

**SPW**

**45**

12. Jahrgang  
Februar 1989  
9,50 DM

SPD-Programm:  
**Traditioneller  
Markt**



**oder  
Sozialistische  
Moderne**

**Herausgeber/Herausgeberinnen:** Detlev Albers (Bremen), Heinz Albrecht (Berlin-West), Jürgen Egert (Berlin-West), Katrin Fuchs (Verl), Josef Hindels (Wien), Klaus Peter Kisker (Berlin-West), Heinrich Lienker (Bielefeld), Ursula Pausch-Gruber (Kairlindach), Olaf Scholz (Hamburg), Kurt Wand (Hamburg), Klaus-Peter Wolf (Frankfurt/M.), Burkhard Zimmermann (Berlin-West)

**Ständige Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen:** Burchard Bösche (Frankfurt/M.), Arno Brandt (Hannover), Hillevi Burmester (Berlin-West), Peter Ellinghausen (Berlin-West), Walter Fabian (Köln), Rainer Frank (Bonn), Alfred G. Frei (Singen), Herbert Grimberg (Niedernhausen), Michael Häupl (Wien), Mechtild Jansen (Köln), Mathias Kohler (Mannheim), Monica Lochner (München), Dieter Muth-Kerth (Hamburg), Kurt Neumann (Berlin-West), Norman Paech (Hamburg), Arno Pasternak (Hagen), Peter Pelinka (Wien), Ulrich Schöler (Bonn), Martin Wilke (Ochtrup), Jochen Zimmer (Duisburg)

**Redaktion:** Jürgen Blume, Joachim Günther, Frank Heidenreich, Sigurd von Ingersleben, Michael Karnatz, Dieter Scholz, Andreas Wehr, Hans Willi Weizen, Andreas Westphal

**Werbung:** Christian Hossbach

**Redaktion und Auslieferung:** Graefestraße 71, D-1000 Berlin 61, Telefon (030) 694 49 42

**Verlag:** spw-Verlag/Redaktion GmbH, HRB 13699, Graefestraße 71, D-1000 Berlin 61  
Geschäftsführer: Michael Karnatz, Andreas Wehr, Andreas Westphal

ISSN 0170—4613

Copyright © spw-Verlag/Redaktion GmbH 1989.  
Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten.

Satz: Barbara Steinhardt, Berlin-Zehlendorf. — Druck: Oktoberdruck, Berlin-Kreuzberg.  
Umschlag: Jürgen Holtfreter. — Auflage 1.-3. Tausend Februar 1989.

Die spw erscheint 1989 in 6 Hefen mit einem Jahresumfang von 576 Seiten. Die Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. Der Buchhandelspreis beträgt 9,50 DM, in der Republik Österreich 70,- ÖS, in der Schweiz 9,- sfr. Im Abonnement kostet das Heft 7,50 DM zuzüglich Versand, im Einzelverkauf über sozialdemokratische Organisationen 8,- DM (60,- ÖS)

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, übernimmt jedoch keine Haftung für unverlangt eingesandte Beiträge. Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinschrift, einseitig beschrieben und mit einem Rand von 30 Anschlägen versehen sein. Aufsatzbeiträge sollen nicht mehr als 13 Manuskriptseiten umfassen und können auch auf Diskette (MS DOS, Word, 5 1/2- oder 3 1/4-Zoll) mit einem Computer-Ausdruck geliefert werden.

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin 111 502 83 00 (BLZ 100 101 11)  
Postgiroamt Berlin-West 109 974 — 105 (BLZ 100 100 10)

Editorial/Verlagsmitteilungen	3
Bonner Tagebuch	5

## Europa

Klaus Peter Kisker	
<b>Europa der Kapitale oder Sozialraum Europa?</b>	
Was bringt der geplante Binnenmarkt 1992?	9

## SPD-Programmdebatte

Interview mit Peter von Oertzen	
<b>Unternehmensentscheidungen auf sozialökologische Ziele lenken</b>	17

## Vorwärts

Klaus Vater	
<b>Vom Umgang mit dem »Vorwärts«</b>	23

## Berlin

Andreas Wehr	
<b>Berlin als Vorbote?</b>	
Anmerkungen zum Berliner Wahlergebnis	25

## Rot-grüne Perspektiven

Richard Meng	
<b>Befund: gut — Patient: gefährdet</b>	
Erfolge und Schwierigkeiten der rot-grünen Kommunalpolitik in Hessen	29
Uli Schöler und Wolfgang Zellner	
<b>»Sind die Grünen noch zu retten?«</b>	36
Jürgen Maier	
<b>Rechtsruck?</b>	
Zur Lage der Grünen nach dem Karlsruher Parteitag	46

## Kommunistische Kontroversen

Mechtild Jansen	
<b>Deutsche Kommunistische Partei — eingeklemt zwischen Vergangenheit und Zukunft</b>	51

## Novemberrevolution

Heinz Gerd Hofschien

### Schöne Geschichte

Die Sozialdemokratie in der Deutschen Revolution 1918/1919:

Replik auf Susanne Miller

58

## Regionale Wirtschaftspolitik

Michael Heine

### Endogene Entwicklungspotentiale

»Sesam öffne dich« für strukturschwache Regionen?

63

Kurt Wand

### Arbeitsplätze für das Revier

Neue strukturpolitische Initiativen für eine Krisenregion

73

Wolfgang Lerch

### Beschäftigungskrise im Saarland

Situation, Ursachen und Handlungsmöglichkeiten

79

## Reaktion

**Betrifft: »Aufwertung der Betriebsarbeit« in spw 44**

86

## Besprechungen

*Stark, Rainer:* Berlin nach dem Vier-Mächte-Abkommen.

Materialien zur Berlin-Politik (*H.W. Weitzen*)

87

*Gélieu, Claudia von:* Geschichte der Frauenbewegung erfahren.

Stadtrundfahrt in Berlin (West) (*B. Michalski*)

88

*Foitzik, Jan:* Zwischen den Fronten. Zur Politik, Organisation und

Funktion linker politischer Kleinorganisationen im Widerstand

1933 bis 1939/40 (*P.Brandt*)

89

*Ditfurth, Jutta:* Träumen Kämpfen Verwirklichen (*W.Roth*)

91

Über die Autorinnen und Autoren

95

# Editorial

## Am Beginn des neuen Jahrgangs

Vor drei Monaten feierten wir 10 Jahre *spw*; in den Diskussionen spielte eine Rolle, zu welchem Zweck dieses Projekt marxistischer und anderer linker Sozialdemokraten einmal begonnen und welcher Weg inzwischen zurückgelegt wurde. Eingangs des neuen, 12. *spw*-Jahrgangs ist jetzt Bilanz zu ziehen über eine Reihe organisatorischer und konzeptioneller Veränderungen, die im Laufe der beiden letzten Jahre vorgenommen oder angebahnt wurden.

Die Abonnenten haben es auf den ersten Blick gemerkt: Ab dieser Ausgabe liegt die Auslieferung der Zeitschrift in fremden, professionellen Händen. Lediglich die Vertriebsagenten erhalten ihre Exemplare und die Abrechnungen weiter durch das Büro (Einzelheiten s.u.). Endgültig abgeschlossen ist die Umwandlung in eine Zweimonatszeitschrift. »Als Vierteljahreszeitschrift«, stellte die Redaktion vor einem Jahr in ihren *Diskussionslinien* fest, »erschien *spw* zu selten, um sich in laufende Diskussionen der Linken wirksam einschalten zu können.« (*spw* 39, S.5) Der erste 6-Hefte-Jahrgang zeigte trotz der gewachsenen Arbeitsbelastung für die Redaktion die Vorteile der Umstellung. So konnte die Zeitschrift sich beispielsweise mit insgesamt sieben Beiträgen direkter und fortlaufend in die Auseinandersetzung um die sozial- und arbeitsmarktpolitischen Vorschläge Oskar Lafontaines einschalten (s. Hefte 40, 41, 42 und 43), als es die vierteljährliche Erscheinungsweise jemals ermöglichte.

Eine andere konzeptionelle Veränderung erfolgt erstmals mit diesem Heft. Bisher erschien *spw* als Themenheft, der Heftschwerpunkt war immer auch Aufmacher. Dies bestimmte die Struktur, gab der Zeitschrift ein Profil. Zugleich aber tendiert diese Konzeption zu Schwerfälligkeit, weil sie den nur begrenzten Spielraum einer Theoriezeitschrift, politisch aktuell sein und redaktionell flexibel gestaltet werden zu können, weiter verengt. Und kaum vermeidbar ist, daß Planungen in letzter Sekunde »platzen«. Eine vorausschauende Redaktionsarbeit kann das bei Einzelbeiträgen abfangen. Ein Themenschwerpunkt dagegen läßt sich nicht kurzfristig ersetzen, Etikettenschwindel muß hier die Folge sein.

Das Problem ist nicht neu. Bereits 1986 suchten Herausgeber und Redaktion nach Lösungen. Die Schwerpunkte sollten inhaltlich spezifischer, greifbarer werden, auch quantitativ weniger umfangreich sein können. Es galt, bestimmte Themen und Fragestellungen stärker als vorher »quer« zu den Heftschwerpunkten, also über mehrere Hefte hinweg, zu behandeln oder bei Bedarf auch erneut aufzunehmen. Diese Überlegungen mündeten schließlich in die von der Redaktion beschlossenen und in Heft 39 abgedruckten »Diskussionslinien«. Sie skizzieren Leitfragen, die in der Zeitschrift den Gegenstand kontroverser Diskussion und Analyse abgeben sollen. Ohne sie ließe sich der Anspruch der *spw*, bewußtseinsbildendes und politisch eingreifendes *Diskussionsorgan* linker Sozialdemokraten zu sein, kaum realisieren.

Künftig verweist der Aufmacher nicht mehr notwendig auf einen Themenschwerpunkt. Es bleibt bei der Einteilung in Rubriken. Als solche werden im Inhaltsver-

zeichnis (neben den ständigen, das sind zur Zeit: Editorial, Bonner Tagebuch, Leserbriefe, Besprechungen) die thematischen Stichworte hervorgehoben, die hinsichtlich ihres quantitativen Umfangs und analytischen Gehalts durchaus verschieden gewichtet werden. Die Themenstichworte umfassen — wie bereits im Jahrgang 1988 — Beiträge unterschiedlicher Art: Berichte, wissenschaftliche Artikel, politische Analysen und Kommentare, Interviews, Repliken. Unter dem Gesichtspunkt der Relevanz in der Linken und in der SPD wird eines der Themenstichworte als Aufmacher ausgewählt und im Heft an den Anfang gestellt. Für diese Ausgabe haben wir den zweiten Entwurf des neuen Parteiprogramms genommen — *SPD-Programm: Traditioneller Markt oder Sozialistische Moderne*.

\* \* \*

So war es nicht gedacht! Wie das Titelblatt verheißt, sollte die SPD-Programmdebatte ausführlich fortgeführt werden. Das Berliner Wahlergebnis — eingeschätzt durch Andreas Wehr — bewirkt, daß Kurt Neumanns Beitrag erst für das nächste Heft zur Verfügung stehen kann: Dann werden auch Detlev Albers und Heinrich Lienker, gleichfalls Mitglieder der Programmkommission, einzelne Aspekte dieser Debatte darstellen. Einstweilen kommt Peter von Oertzen zu Wort. — Mit den Beiträgen von Richard Meng, Uli Schöler, Wolfgang Zellner und Jürgen Maier werden rot-grüne Perspektiven behandelt, die gerade durch das Berliner Wahlergebnis unverhoffte Aktualität erfahren haben. Kommunistische Kontroversen behandelt Mechtild Jansen am Beispiel des DKP-Parteitages. — Michael Heine, Kurt Wand und Wolfgang Lerch untersuchen regionale Wirtschaftspolitik. — Um der *Vorwärts*-Redaktion Gelegenheit zu geben, sich zum leider auch sozialdemokratisch zu verantwortenden Umgang mit dem *Vorwärts* zu äußern, wird dieses Editorial hier abrupt beendet, so daß auch Klaus Vaters Kommentar noch Platz findet.

Hans Willi Weitzen

### Verlagsmitteilung

Wir haben unseren Vertrieb umgestellt. Beginnend mit dieser Ausgabe wird *spw* als Postvertriebsstück von der Vertriebsfirma Data-Print-GmbH, Tauntenzienstraße 4, 1000 Berlin 30, versandt. Die Abo-Rechnung für 1989 liegt deshalb auch erst dieser ersten Nummer des Jahrgangs bei. Kontonummer und Postanschrift der Rechnung haben sich dementsprechend geändert. Wir bitten freundlich um Beachtung.

Adressenänderungen und Bestellungen sind weiterhin an die Verlags- und Redaktionsanschrift zu richten!

## Bonner Tagebuch

6. Dezember. Bundespresseamt. Die »Ostinformationen« bringen Auszüge der Kommentierung von Radio Moskau über den Parteitag der Grünen. Die treffenden Bemerkungen des Kommentators sind schallende Ohrfeigen für die »freien« Medien der BRD: »Kurz gesagt, das auf dem Parteitag angenommene Programm zeugt keineswegs davon, daß die Grünen die Lebensfähigkeit eingebüßt hätten. Sie treten mit einer empörenden Ruhe in Bonn auf, was eben die Machthaber verärgert. Deshalb wird der Akzent in der Presse nicht auf die konkreten Entscheidungen der Grünen gesetzt — darüber zieht es die Presse vor, zu schweigen —, sondern auf Streitfragen und organisatorische Probleme.« Von diesem Fett bekommen auch die anderen Parteien gleich was mit ab. In den harten Urteilen über die Ergebnisse des Parteitags komme mehr der Wunsch, die Grünen mögen endlich wieder verschwinden, als die Wirklichkeit zum Ausdruck. Vielleicht macht der Nowotny mal 'ne Kommentatorenstelle für diesen »Glasnostianer« beim WDR frei.

7. Dezember 1988. Deutscher Bundestag. Ob der Bearbeiter des Wissenschaftlichen Dienstes diesen Kommentar am Vortag gelesen hat? Wahrscheinlich hat er direkt erschrocken zur Feder gegriffen, um Schadensbegrenzung zu betreiben. In der Reihe »Der aktuelle Begriff« wird mir das Stichwort »Glasnost« wissenschaftlich erklärt und die Moskau»hörigkeit« (dabei kann ich gar kein Russisch) schnell wieder ausgetrieben. Glasnost, so heißt es gleich mit einem Zitat von Walter Laqueur, bedeutet weder Redefreiheit im eigentlichen Sinne, noch jede Art kultureller oder politischer Freiheit, wie man sie im Westen kennt. Es ist ein »spezifisch russisches Phänomen«. Aha. Das ist so ähnlich, wie mit der Rosa Luxemburg. Da kennen auch alle den Satz mit der Freiheit, wie man sie halt im Westen kennt, weil da ja jeder was anderes denken darf als der andere. Aber keiner weiß um das »spezifisch russische Phänomen« in ihrem Denken: »Jedes Wahlrecht, wie überhaupt jedes politische Recht, ist nicht nach irgendwelchen abstrakten Schemen der 'Gerechtigkeit' und ähnlich bürgerlich-demokratischer Phrasologie zu messen, sondern an den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen, auf die es zugeschnitten ist.« Naja, man kann ja nicht alles lesen, steht immerhin drei Seiten vorher!

10. Dezember 1988. Kalter Kaffee. Beim späten Frühstück kann ich mir endlich die noch später angekommene *spw* 44 reinziehen. Die »Reaktionen« auf S.560 haben eine schreckliche Ahnung in mir zur Gewißheit werden lassen: Der »interessierte Leser« weiß schon alles! Er ist sportwissenschaftlich (bis hin zu den Exkursen) fit, und den Rest weiß er eh schon aus der Tagespresse. Der schaut die Tischtennistabellen im Bonner General-Anzeiger durch (stimmt, wir stehen schlecht) und hat wahrhaftig irgendwo gelesen, daß ich Schalke-Fan bin. Ein Vorschlag zur Güte: Weiterbildung mit *spw*. Kurs 1: Verfeinerung des dialektischen Instrumentariums der Kritik (Texte: *spw* 33, S.446ff.; *spw* 34, S.38ff.). Bei unerwarteten Erfolgen Kurs 2: Die Rolle der

Polemik im Wandel der Zeit (Einstiegstext: Friedrich Engels im Gespräch mit Alexei M. Woden, in: Rubel, Maximilian [Hrsg.], Karl Marx und Friedrich Engels zur russischen Revolution, Frankfurt/M. u.a. 1984, S.189 — zur Vermeidung kritischer Einwände hier mal nicht als Fußnote ausgewiesen).

12. Dezember 1988. Baracke. Der SPD-Parteivorstand holt sich mit dem Musikmanager, Autor und *spw*-Mitarbeiter Diether Dehm neuen Sachverstand in seine kulturpolitische Kommission. Beiden dazu herzlichen Glückwunsch!

23. Dezember 1988. JR. Wenn mein Landesvater mir (natürlich nicht mir alleine) zu Weihnachten und zum Neuen Jahr persönlich schreibt, muß es schon was Besonderes geben. Richtig: Ein Wahljahr steht an. Und Johannes, der Versöhnliche, hat mir auch nur Gutes zu berichten. Aufbruchstimmung, günstige Geschäftslage, gesteigerter Umsatz, gewachsenes Bruttoinlandsprodukt und zusätzliche Arbeitsplätze in NRW — wem wird da nicht positiv-weihnachtlich zumute? Womit denn wohl schon ausgemacht wäre, welche Wahlkampfthemen der CDU oder den Grünen überlassen werden sollen: Arbeitslose (das Wort suche ich im Brief vergeblich), Kalkar, Hamm-Uentrop, Tief Flüge über Remscheid, Rheinhausen und Hochschulmisere. Ist das nach dem »neuen Denken« die »neue Wahlkampffairneß«? Nun ja, mit seinem Schlußwort kriegt Johannes doch noch die Kurve: »Wir brauchen jetzt eine Offensive der Aufklärung.« Dann aber mal los! Und ein bißchen mehr an Umsetzung sozialdemokratischer Parteitagebeschlüsse dürfte es auch schon sein.

28. Dezember 1988. Frankfurter Rundschau (schon wieder diese Tagespresse!). Wir erfahren, daß die IG Metall Hermann Rappes Bereitschaft zu Verhandlungen über Sonntagsarbeit verurteilt. Aber niemand berichtet darüber, daß Rappe erst nach den Enthüllungen in diesem Tagebuch über sein doppelbödiges Spielchen die Maske fallengelassen hat und Oskar offen auf seinen Pfaden gefolgt ist! Nennt man das Glasnost? Was nützt es da noch, Recht gehabt zu haben, wenn darüber nirgendwo geschrieben wird? Aber Rappe bleibt ein Schlitzohr. In einem FR-Interview vom 4. Januar 1989 versucht er, sich wieder rauszureden. Aber wir lassen ihn nicht. Denn er erklärt wider besseren Wissens, daß »niemand« die Gewerbeordnung ändern wolle, obwohl genau das von seinem IG Chemie-Vorstandskollegen Mettke gefordert worden war. Weiter meint er, Hauptpunkte seiner Auseinandersetzung mit Lafontaine seien die Themen Lohnausgleich und erwerbsorientierte Arbeit gewesen, und hier blieben die Meinungsunterschiede unüberbrückbar.

Nein, Hermann, so einfach geht das nun doch nicht. Wir wollen zwar nicht so kleinlich sein, und Dir immer noch Deine frühere Prioritätensetzung für Vorruhestand und gegen Wochenarbeitszeitverkürzung vorhalten. Aber wenn Du meinst, es gehe bei der Einzelfallentscheidung über die Zulassung von Sonntagsarbeit aus wirtschaftlichen und technologischen Gründen um die Verhandlungsmöglichkeit, dafür Neueinstellungen und all die anderen Bedingungen herauszuholen, dann ist das im Prinzip das gleiche, was Oskar will, wenn er den Lohnausgleich als Verhandlungsmasse für Neueinstellungsgarantien anbietet. In beiden Fällen gehen dabei gewerkschaftlich erkämpfte Errungenschaften für Unternehmerinteressen drauf, im Falle Sonntagsarbeit aus wirtschaftlichen und technologischen Gründen sogar gegen Grundgesetz und

Gewerbeordnung. Es wäre schön, wenn den Kritikern an Rappe aus den Gewerkschaften bald mal die aus Fraktion und Partei folgen würen, die angesichts der vorweihnachtlichen Rappe-Offenbarung in stillen Weihnachtsschlaf versanken.

29. Dezember 1988. Die Welt. Jetzt klaut mir auch schon die Springer-Presse meine Gedanken. Ebenfalls im letzten Tagebuch hatte ich davor gewarnt, daß Oskar mit seiner »Superkommission« die Programmkommission aufs Kreuz legen könnte. Nun legt er im »Sozialdemokratischen Pressedienst« in vier Punkten seine Vorstellung zur Zukunft der Arbeit vor, die — so die »Welt« — in der Programmkommission derzeit nicht mehrheitsfähig erscheinen. Der »Welt«-Kommentator: »Er bastelt vier 'Grundlagen', setzt sie in die Welt und sagt, daraus werde man ein Regierungsprogramm zimmern. Und (vielleicht) auch ein Grundsatzprogramm.« Es heißt also weiter aufgepaßt!

31. Dezember 1988. WDR 3. Das Nachrichtenmagazin »Aktuelle Stunde« (empfehlenswert!) macht eine Jubiläumssendung. Ich bringe es nicht übers Herz, seinen Spruch des Jahres den LeserInnen vorzuenthalten. Er stammt vom ehemaligen Unternehmer-Spitzenfunktionär Otto Wolff von Amerongen: »... natürlich respektiere ich das Primat der Wirtschaft über die Politik ... öh ... natürlich der Politik über die Wirtschaft.«

7. Januar 1989. Frankfurter Rundschau. Wie greift man als linksliberales Blatt in die Programmdebatte der SPD ein? Ganz einfach: Man veröffentlicht ein bereits seit November der Programmkommission vorliegendes Schreiben der Landeswirtschaftsminister und der beiden Bundestags»experten« der SPD (Roth und Jens) mit einer Kritik von rechts am Programmentwurf unmittelbar vor der entscheidenden Kommissionssitzung. Kann es die SPD sich leisten, sich gegen diesen geballten »Sachverstand« aus den eigenen Reihen zu stellen? Hoffentlich kann sie es. Früher dachte man den Weg so, daß Sozialdemokraten in Ministerämtern die Beschlüsse ihrer Partei umzusetzen hätten. Heute erwarten sie, daß ihr wirtschaftspolitischer Offenbarungseid vor dem Status quo zum Programm erhoben wird.

Nur drei kurze Absätze braucht Arno Klönne in seinem Leserbrief vom 14. Januar, um zu zeigen, daß die Verfasser den Programmentwurf an Unschärfe und nichtssagenden Formeln weit überbieten. Klönne: »Diese Art von 'Wirklichkeitssinn' ließe sich noch kürzer fassen: 'Das Gute suchen und das Schlechte meiden.' Darauf könnte sich dann nicht nur die SPD, sondern die Gesamtheit der Parteien einigen.« So böse waren wir früher nur im Umgang mit der Konkurrenz: »Allen wohl und niemand weh — Scheiß-(Verzeihung) Liberale, F.D.P.!«

8. Januar 1989. Stresemann-Institut. Die Vergangenheit hat mich wieder. Die Zeitschrift »Sozialistische Praxis« veranstaltet in dieser Nobelherberge ein Funktionärsseminar zum Thema »20 Jahre Linkswende der Jusos«. In der Einladung erfahre ich, daß es die Jusos waren, die gegen große Widerstände in der Partei und in der eigenen Organisation (!) Kernpositionen der Ökologie-, Frauen-, Friedens- und Solidaritätsbewegung in der SPD zur Mehrheitsposition verhalfen. Es waren also wohl Leute wie ich, die mit ihrer antiökologischen, antisolidarischen, ihrer frauen- und friedensfeindlichen Haltung, mit ihren »großen Beständen an Orthodoxie« verhinderten, daß der Erfolg dieser guten Jusos noch größer wurde. Aber immerhin: In einem Roundtable-Gespräch

zum Abschluß des Seminars über »Theorie und Praxis — was können wir aus der Vergangenheit für die Zukunft lernen?« sollte ich (als »Stamokap« — und ich dachte immer, ich wäre dagegen gewesen) mit Richard Meng (»Undogm.«) und Michael Scholing (»Gött.«) mich rechtfertigen können. Die alten Bezeichnungen hatten die Veranstalter wohl vergessen. Denn in den siebzigern sprach man noch von Juso-Linke, Reformsozialisten und Antirevisionisten.

Leider kamen die beiden anderen nicht. So hatte ich das Vergnügen mit Martin Gorholt (ihn nennt man wohl heute einen Baracken-Juso). Er weiß eine Menge über die Unterschiede der politischen Praxis der siebziger Jahre zu berichten. *Wir* hätten an Hochschule und Schule alles rigide von oben durchsetzen wollen, hierarchische Vorgaben für die Bezirksarbeit gemacht, alles beschränken wollen, während es bei *ihnen* ordentlich pluralistisch und selbstbestimmt zugging. Politische Kultur gab's und gibt's in den Juso-Hochschulgruppen, aber nicht im SHB. Schließlich hätten *wir* bei allem die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, sprich die Zusammenarbeit von SPD und DKP herstellen wollen. Alles klar? Weil ich trotz dieses klischeehaften Blödsinns nicht gleich wieder gehen wollte, erzähle ich was über meinen Einstieg in die Juso-Praxis in einer Kleinstadt mit der gemeinsamen Lektüre von Wilhelm Reich. Der hat übrigens ein Buch geschrieben, das Gorholt vielleicht bei einem zentralen Problem helfen könnte — Titel wird nicht verraten, muß er sich selber suchen.

Schade, daß die von Matthias Kollatz und Gerd Oelsner eingebrachten anregenden Ansätze und Fragestellungen für eine gemeinsame nach vorne gerichtete Diskussion auf diese Weise vertan wurden.

9. Januar 1989. Bundesarbeitsministerium. Der Sprecher der SPD-Landesfraktion im Saarland, Reinhard Klimmt, protestiert gegen die im Rahmen eines vom BMA an das Institut »Infratest« vergebenen Forschungsvorhabens durchgeführten Befragungen bei den Hauptvermittlern der Arbeitsämter. Sie müßten etwa die Frage beantworten, wieviele Arbeitslose — subjektiv gesehen (!) — nicht arbeitswillig seien. Im zweiten Schritt würden sie gefragt, ob diese »Arbeitsunwiligen« Leistungen bezögen. Der Protest ist überfällig, die Sache eine Schweinerei, aber schon etwas älter. Das Mitteilungsschreiben der Bundesanstalt für Arbeit an seine Arbeitsämter datiert vom 25. Mai 1988. Klimmt argumentiert, für die SPD dränge sich der Verdacht auf, daß hier mit Hilfe der Wissenschaft versucht werden soll, eine »objektive Grundlage« zur weiteren Manipulation der Arbeitslosenstatistik zu schaffen. In diesem Verfahren sei die Bundesregierung bereits geübt.

Klimmt hat hier in sehr viel weiterem Sinne recht, als er wohl selber annimmt. Das »Geübtsein« gilt nämlich nicht nur für die von ihm angeführte 8. AFG-Novelle, nach der Arbeitslose, die keine Leistung beziehen und sich nicht regelmäßig beim Arbeitsamt melden, aus der Statistik fallen. Eine andere Übung der Bundesregierung ist älter. Die Regierung Schmidt ließ 1978/79 eine Umfrage durchführen, in der exakt dieselben Fragen gestellt wurden. Kein Wunder, daß seit dem Mai 1988 von Protesten der größten Bonner Oppositionsfraktion nichts zu vernehmen war. Die »Erblasten« der Schmidt-Ära werden der SPD wohl noch eine Weile zu schaffen machen.

# Europa

Klaus Peter Kisker

## Europa der Kapitale oder Sozialraum Europa?

### Was bringt der geplante Binnenmarkt 1992?

1987 haben sich die Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft in der »Einheitlichen Europäischen Akte« (vgl. BGBl 1986, II, 1104) verpflichtet, bis zum 31. Dezember 1992 einen einheitlichen Wirtschaftsraum ohne Binnengrenzen zu verwirklichen. Der von der EG-Kommission in Auftrag gegebene *Padoa-Schioppa-Report* formulierte die Vorteile des Binnenmarktes folgendermaßen:

»Wenn 1992 ein einheitlicher Markt von 320 Millionen Verbrauchern und Erzeugern vollendet sein wird, in dem Waren, Dienstleistungen und Produktionsfaktoren frei zirkulieren können, wird dies wesentliche Fortschritte an Effizienz, Wohlfahrt, mehr wirtschaftlichen Einfluß in der Welt im Vergleich zu dem kleineren, durch zahllose interne Hemmnisse aufgesplitterten Markt des Jahres 1985 nach sich ziehen.« (Padoa-Schioppa 1988, XIII)

Noch euphorischer heißt es in dem ebenfalls von der EG-Kommission in Auftrag gegebenen *Cecchini-Bericht*:

»Erstmals nach knapp zwei Jahrzehnten bietet sich in den neunziger Jahren die Chance zu einer spürbaren und dauerhaft wirksamen Verringerung der Arbeitslosigkeit in der Europäischen Gemeinschaft. Es bahnt sich ein neuer Wachstumsschub an, der weit über die Grenzen der Zwölfergemeinschaft ausstrahlen kann.« (Cecchini 1988, 15)

Skeptischer wird der Padoa-Schioppa-Report in seinem analytischen Teil:

»Es bestehen erhebliche Gefahren, daß sich die regionalen Ungleichgewichte im Zuge der Liberalisierung des Marktes verschärfen könnten.« — Und: »Es ist keine Selbstverständlichkeit, daß besser funktionierende Märkte auch zu besseren makroökonomischen Ergebnissen führen.«

Kritisch wird angemerkt, daß der in dem sogenannten Weißbuch der Kommission (vgl. EG-Kommission 1985, 310) aufgestellte Maßnahmenkatalog dringend durch zwei Elemente ergänzt werden muß, »eine gerechte Verteilung der Gewinne an wirtschaftlicher Wohlfahrt und tatsächliche Wachstumserfolge« (Padoa-Schioppa 1988, 4). Die deutschen Gewerkschaften befürchten, daß die Harmonisierungsansätze in eine falsche und gefährliche Richtung gehen. »Ganz offenkundig wollen die Arbeitgeber mit dem EG-Binnenmarkt das vollenden, was sie im nationalen Rahmen noch nicht geschafft haben: den Abbau des Sozialstaates« (Steinkühler 1988). Angesichts von 16 bis 20 Millionen Arbeitslosen, 13 Millionen Sozialhilfeempfängern und über 44 Millionen Armen in der Zwölfergemeinschaft und angesichts der selbst in den offiziellen Berichten genannten sozialpolitischen Gefahren der Integration ist es bemerkenswert, daß die Kommission in ihrem Weißbuch die soziale Dimension völlig ausgeklammert hat.

Der Binnenmarkteuphorie steht die Skepsis der westeuropäischen Linken, insbesondere der Gewerkschaften gegenüber. Sie sind mehrheitlich nicht gegen einen europäischen Binnenmarkt, befürchten aber, daß ohne eine sozialpolitische Erweiterung der programmatischen Vorstellungen ein Europa des Kapitals entsteht, das die in über hundert Jahren erkämpften sozialen Errungenschaften auf den jeweils niedrigsten gemeinsamen Nenner reduziert.

### Die ökonomischen Rahmenbedingungen

Der Kapitalismus ist weltweit in eine seine Existenz gefährdende Krise geraten. Im Unterschied zu früheren zyklischen Aufschwungsphasen sehen wir seit Beginn des 7. Nachkriegszyklus, d.h. seit 1975, daß

- die Arbeitslosigkeit im Zuge des Aufschwungs nicht abgebaut wird,
- die Armut auch in den reichen Ländern zunimmt,
- Überkapazitäten trotz massenhafter Konkurse über den Zyklus hinweg bestehen bleiben,
- eine in dieser Rigorosität noch nie zu beobachtende Verdrängungskonkurrenz eingesetzt hat und
- die Wachstumsraten in den Aufschwüngen deutlich hinter früheren zurückbleiben.

Diese neuen Phänomene sind Zeichen eines Strukturbruches in der längerfristigen Entwicklung des Kapitalismus. Bis in die siebziger Jahre begann jeder zyklische Aufschwung mit einer Erneuerung des Maschinenparks, d.h. der Installation von zusätzlichen, technisch fortschrittlicheren Anlagen. In jedem Abschwung wurde ein Teil der Produktionsmittel entwertet oder vernichtet. Damit standen am Beginn jedes neuen Zyklus *mehr* und *technologisch wirkungsfähigere* Anlagen bereit, als zu Beginn des vorangegangenen. Für die längerfristige Entwicklung bedeutete dies zum einen eine Steigerung der Mehrwertrate gemäß der technischen Entwicklung und zum anderen ein Wachstum der Profitmasse gemäß des Wachstums des Kapitals. Mit dieser Entwicklung geht allerdings auch der Fall der Profitrate infolge des Ersatzes von Menschen durch Maschinen einher. Diese in allen hochindustrialisierten kapitalistischen Ländern zu registrierende längerfristige Tendenz zum Fall der Profitrate war solange für den Bestand des kapitalistischen Systems unproblematisch, wie sie durch steigende Profitmassen kompensiert werden konnte.

Neu ist nun seit Mitte der siebziger Jahre, daß die längerfristige Akkumulationsrate gesamtgesellschaftlich nicht mehr ausreicht, den Fall der Profitrate zu kompensieren. Die Akkumulationsrate fällt, weil die Ausgangsmenge an Kapital immer größer geworden ist. Deshalb sinken seit Mitte der siebziger Jahre im längerfristigen Trend nicht nur die Profitraten, sondern auch die gesamtgesellschaftliche Profitmasse: Gesamtgesellschaftlich bedeutet jede Erweiterungsinvestition eine absolute Minderung des zukünftigen Gewinnes. Nur so ist zu erklären, daß die Unternehmer Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen gegenüber Erweiterungsinvestitionen Priorität einräumen, riesige Geldkapitale auf Kosten der Realinvestitionen bilden und Gewinne zum Aufkauf anderer Firmen statt zum Ausbau der bestehenden Unternehmen verwenden.

Diese als *strukturelle Überakkumulation* bezeichnete längerfristige Entwicklung bedroht ernsthaft den Fortbestand des kapitalistischen Systems. Das System als Ganzes muß wie jedes Einzelkapital versuchen, diese Entwicklung zumindest abzubremsen. In der nächsten zyklischen Krise und in dem sich daran anschließenden vermutlich langanhaltenden Abschwung, werden sich die aus dieser Entwicklung ergebenden Probleme zuspitzen. Die Versuche der Kapitale, durch rigorose Umverteilung des Volkseinkommens zu Lasten der abhängig Beschäftigten, durch schärfere Ausplünderung der Länder der Dritten Welt und nicht zuletzt auf Kosten der Natur den Profitverfall aufzuhalten, werden zunehmen. Dafür braucht das Kapital den europäischen Binnenmarkt, denn es strebt, nach den Worten von *Gerhard Fels* (1988), eine Normenharmonisierung auf niedrigem Niveau, d.h. mit niedrigeren Löhnen, geringeren Sozialkosten, mit weniger Mitwirkungsrechten, Gesundheits- und Umweltschutzvorschriften an. Die Aussichten dafür sind aus zwei Gründen günstig: Zum einen haben sich die westeuropäischen Kapitale im Unterschied zu den Gewerkschaften schon seit langem intensiv auf die Integration vorbereitet und zum anderen findet die Angleichung von sozialen und ökologischen Normen und Regulierungen in einer Krise statt, d.h. in einer Phase, in der sich das Kräfteverhältnis zugunsten der Unternehmer verschiebt.

## Aussichten für die Kapitale

### *Maßnahmen zur Vollendung des Binnenmarktes*

Der Weg zum Binnenmarkt '92 ist in dem Weißbuch der Europäischen Kommission detailliert und mit einem genauen Zeitplan verbunden beschrieben. Das Ziel ist Freizügigkeit für Personen, Güter, Dienste und Kapital. Um diese vier »Freiheiten« zu erreichen, sind drei Arten von Handelsschranken zu beseitigen:

- materielle Schranken, wie Kontrollen an den EG-Binnenengrenzen, Grenzformalitäten, Ex- und Importquoten, Schutznormen und Sicherheitsbestimmungen,
- technische Schranken, wie einzelstaatliche Produktionsnormen, technische Vorschriften und das öffentliche Auftragswesen betreffende Normen,
- steuerliche Schranken, insbesondere Unterschiede bei der Mehrwertsteuer und anderen Verbrauchsteuern.

Mit über 300 Einzelmaßnahmen zur Eliminierung bestehender nichttarifärer Handelshemmnisse soll sich die Europäische Gemeinschaft zu einem einheitlichen Binnenraum verwandeln. Dies wird ein Binnenraum ohne koordinierte Wirtschaftspolitik sein, denn der einseitig auf Deregulierung abgestellte Fahrplan enthält keine bindenden Vorschriften zur Harmonisierung der einzelstaatlichen Wirtschaftspolitiken.

### *Vorteile der Marktintegration*

Der Abbau der Handelsschranken wird nach dem Cecchini-Bericht zu Kosteneinsparungen für das Kapital von rund 16 Mrd. DM pro Jahr führen (vgl. Cecchini 1988, 28f.). Nach Schätzungen der Kommission wird sich die Summe aller Vorteile, in Geld ausgedrückt, auf jährlich 120 Mrd. DM belaufen (EG-Kommission 1986). Der Bericht

erachtet es als realistisch davon auszugehen, daß die Marktintegration ein zusätzliches jährliches Wachstum von 4 bis 7 Prozent des EG-Bruttoinlandsproduktes bringt (Cecchini 1988, 15).

Der Cecchini-Bericht geht bei diesen Prognosen davon aus, daß der Wegfall der Grenzformalitäten die Kosten der Exporteure senkt und dies unter zunehmendem Konkurrenzdruck zu Preissenkungen führt, die ihrerseits Absatzsteigerungen ermöglichen. Absatzausweitung wird — so die weitere Argumentation — eine Stückkostendegression bewirken. Zusätzlich werden die Unternehmen »ihren Bedarf an Arbeitskräften, Kapitalausstattung, Produktionsstätten und -mitteln kostengünstiger decken können« (ebd., 103). Diese beiden Effekte bewirken höhere Gewinne, die unter dem Druck zunehmender Konkurrenz zu zusätzlichen Investitionen führen müssen. Neben den die Produktion ankurbelnden Preis- und Kostensenkungen sollen branchenspezifische und übergreifende Rationalisierungsmaßnahmen, wozu auch Standortverlagerungen sowie Fusionen gerechnet werden, der Abbau innerbetrieblicher Mißstände und die Beseitigung von Monopolstellungen wachstumsfördernd wirken (vgl. ebd., 100ff.).

### *Skepsis ist angebracht*

Dieses überaus optimistische Szenario ist auf Grund seiner schwachen theoretischen Fundierung und der Nichtberücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wenig überzeugend. Zwar senkt der Fortfall der Grenzformalitäten und des Normendschungels die Kosten der Exporteure und mindert die Marktzutrittschranken für kleinere und mittlere Unternehmen. Ob aber die Kosteneinsparungen in den Preisen weitergegeben werden, hängt nicht nur von der Intensität, sondern auch von der Art der Konkurrenz ab. Auf den relevanten Märkten Westeuropas sind bereits heute alle größeren Unternehmen — überwiegend mit Tochtergesellschaften — vertreten. Durch den Abbau der Grenzschränken wird sich die Konkurrenzsituation nicht grundsätzlich ändern. Sicher ist, daß mit dem Wegfall unterschiedlicher technischer Normen und Steuersätze sowie dem Wegfall des Papier- und Verwaltungsaufwands erhebliche Kosten eingespart werden. Aber nur in den neoklassischen Lehrbüchern führt dies automatisch zu Preissenkungen. In der Realität werden die Gewinne steigen, die ein Mehr an betrieblicher Umstrukturierung, an Rationalisierung, an Diversifizierung und an Verdrängung ermöglichen. Denn auf monopolistischen Märkten spielt die Preiskonkurrenz keine wesentliche Rolle, hier herrschen Preisführerschaft oder Parallelverhalten.

Die im Cecchini-Bericht unterstellte generelle Absatzausweitung auf dem europäischen Markt setzt nicht nur eine bestimmte Form der Konkurrenz und eine preiselastische Nachfrage voraus, sondern auch gesamtwirtschaftliches Wachstum, wie gezeigt, eine für die kommenden Jahre höchst fragliche Annahme. Einschränkend ist allerdings anzumerken, daß die optimistischen Prognosen des Cecchini-Berichts auf der durch nichts gerechtfertigten Annahme einer von allen beteiligten Regierungen betriebenen konsequenten Wachstumspolitik beruhen.

Der Cecchini-Bericht setzt gleichzeitig auf Wettbewerbsintensivierung und auf Economies of Scale, ohne die Widersprüchlichkeit dieser Argumentation zu bemerken.

Steigende Skalenerträge fördern monopolistische Marktstrukturen (vgl. Owen 1983). Es erscheint realistisch davon auszugehen, daß wesentliche Teile des Kapitals in Westeuropa heute im Bereich langfristiger sinkender Stückkosten produzieren. Dies hat bereits in den letzten Jahren, also vor dem Fall weiterer Grenzschränken, dazu geführt, daß die intra-industrielle Arbeitsteilung, die Spezialisierung einzelner Unternehmen auf bestimmte Produktgruppen, in der Gemeinschaft gestiegen ist (vgl. Busch 1988). Diese Arbeitsteilung ging einher mit einer rigorosen Verdrängungskonkurrenz und einer beispiellosen Zentralisation des Kapitals. Die Binnenmarktintegration wird diesen Prozeß weiter beschleunigen. Noch problematischer ist die kritiklos übernommene neoklassische Behauptung, daß die auf Grund sinkender Kosten steigenden Gewinne zu einem höheren Investitionsvolumen führen.

Das durch keine Zweifel getrübe Bild von den Vorteilen des Binnenmarktes beruht auf der simplen Aneinanderreihung neoklassischer Lehrbuchsätze und nicht auf einer Analyse der realen Verhältnisse in der Europäischen Gemeinschaft am Ende der achtziger Jahre. Unbestreitbar wird der Abbau von Handelshemmnissen Kosten von Unternehmen mindern und Gewinne erhöhen. Es ist abzusehen, daß die großen, ertragsstarken Konzerne mehrheitlich zu den Gewinnern der Integration gehören werden. Welche Unternehmen dabei untergehen und welche Verluste dabei entstehen, ist ohne weitere Analysen kaum abzuschätzen.

## **Gesellschaftliche Auswirkungen der Marktintegration**

### *Die goldenen neunziger Jahre?*

Der Cecchini-Bericht enthält neben der skizzierten mikroökonomischen Betrachtung auch eine makroökonomische Analyse der EG-Marktintegration. Wie bereits erwähnt, geht er von einem zusätzlichen Wirtschaftswachstum von etwa 4,5 Prozent infolge der Integration aus. Außerdem wird prognostiziert, daß der inflationäre Druck um durchschnittlich 6,1 Prozent gemindert wird, daß die öffentlichen Haushalte um ca. 2,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) entlastet werden, daß sich die außenwirtschaftliche Position der Gemeinschaft um mindestens 1 Prozent des BIP verbessert und vor allem, daß durch die Integration etwa 1,8 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze in der Gemeinschaft entstehen. Zu der letzten Aussage wird einschränkend darauf verwiesen, daß kurzfristig — das heißt, in den ersten zwei Jahren nach der Verwirklichung des Binnenmarktes — allerdings ein Nettoverlust von etwa 500 000 Arbeitsplätzen eintreten wird und daß zwei Drittel des prognostizierten Beschäftigungseffektes auf der Annahme eines wirtschaftspolitischen Kurswechsels in der Gemeinschaft beruhen (vgl. Cecchini 1988, 130ff.).

Diese positiven Effekte werden aus den oben skizzierten Wirkungsketten — vor allem aus den sinkenden Produktionskosten und der höheren Produktivität — abgeleitet. Zusätzlich wird konstatiert, höhere Kaufkraft belebt die Nachfrage, gesteigerte Wettbewerbsfähigkeit wirkt wachstumsfördernd, Preissenkungen führen zu Deflation und die Liberalisierung der Beschaffungsmärkte sowie der wirtschaftliche Aufschwung

entlasten die öffentlichen Haushalte. Implizit enthält dieses Konzept eine imperialistische Komponente, denn die Stärkung der Außenhandelsposition beziehungsweise die Betonung der internationalen Konkurrenzfähigkeit zielen sowohl gegen die USA und Japan als auch auf eine stärkere Ausplünderung der Entwicklungsländer.

### *Auswirkungen der Integration auf die Beschäftigung*

Die Arbeitslosigkeit ist in der Zwölfergemeinschaft heute das gesellschaftspolitisch zentrale Problem. Es ist deshalb von besonderem Interesse, ob die Integration hilft, die Arbeitslosigkeit zu mildern. Die Behauptung, der Binnenmarkt bringe von sich aus mittelfristig ca. 1,8 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze, womit die Arbeitslosenquote lediglich von derzeit 11 auf 9 Prozent sinken würde, ist wenig glaubhaft. Zwar zwingt die Integration zu Rationalisierung und Spezialisierung, ist aber zugleich mit einer verstärkten Zentralisation und Verdrängung der »Grenzanbieter« verbunden. Der ehemalige Vorsitzende des Chemiekonzerns ICI, *Harvey-Jones*, prognostiziert, daß in den nächsten zehn Jahren mehr als die Hälfte der europäischen Fabriken geschlossen werden (vgl. *Der Spiegel*, 28.11.1988, 23). Eine Beschleunigung des gesamtgesellschaftlichen Produktivitätsanstieges heißt darüber hinaus, daß ein gegebenes Produktionsvolumen mit weniger Arbeitskräften zu erstellen ist. Unter den gegenwärtigen Bedingungen bedeutet dies, daß sich im Zuge der Integration die arbeitsplatzvernichtende Schere zwischen Produktivitätsentwicklung und Wachstum weiter öffnen wird.

Die zu erwartenden Umstrukturierungen können sich längerfristig und gesamtwirtschaftlich zwar positiv auf das Wachstum und die Beschäftigung auswirken, in den nächsten Jahren werden sie jedoch die Situation in einzelnen Branchen und Regionen verschärfen. Zwar ist, wie oben bereits skizziert, nicht damit zu rechnen, daß ganze Branchen einzelner Mitgliedsstaaten zu Verlierern und andere zu Gewinnern der Integration werden, aber die zunehmende intra-industrielle Arbeitsteilung wird viele Einzelkapitale zur Aufgabe zwingen, die gegenwärtige Fusionsbewegung weiter verschärfen und viele multinationale Konzerne dazu veranlassen, Produktionsstandorte aufzugeben. Das hat weitreichende Folgen für die einzelnen Mitgliedsstaaten und für verschiedene Regionen, denn über die generelle Vernichtung von Arbeitsplätzen hinaus bedeutet dies eine Umverteilung. Auf Grund theoretischer Überlegungen und vorliegender Untersuchungen ist z.B. zu befürchten, daß periphere Regionen im Zuge der Integration weiter benachteiligt werden (vgl. Franzmeyer 1987, 146ff.). In ihnen wird die Arbeitslosigkeit überproportional ansteigen. Da dieses mit entsprechenden Steuerausfällen verbunden ist, können die Gebietskörperschaften nicht kompensierend eingreifen. Bedenkt man, wie wenig die Ausweitung der EG-Ausgaben für regionalpolitische Zwecke bisher für zurückgebliebene Regionen bewirkt hat, ist Skepsis hinsichtlich der zukünftigen Möglichkeiten, eine solche Entwicklung durch Regionalpolitik zu kompensieren, angebracht.

Die hier skizzierten negativen Folgen der Integration sind allerdings kein Schicksal. Sie werden dann eintreten, wenn die abhängig Beschäftigten und ihre Organisationen, die Gewerkschaften, die Linken, die Grünen und Alternativen es versäumen, über den

EG-Binnenmarkt hinaus einen EG-Sozialraum zu erkämpfen. Die europäische Integration ist nicht nur unvermeidlich, sie ist auch wünschenswert und nötig, allerdings unter anderen Vorzeichen als bisher geplant. Kein einzelnes Land der Europäischen Gemeinschaft kann auf Grund der Internationalisierung des Kapitals und der Hegemonialstellung der USA heute noch darauf hoffen, eine eigene, an den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung orientierte ökologisch und beschäftigungspolitisch notwendige Umstrukturierung der Wirtschaft durchsetzen zu können. Dies gilt auch für die Bundesrepublik, obwohl sie als weltwirtschaftlicher Machtpol selbst wesentlichen Anteil an der Blockade alternativer Wege hat (vgl. Westphal 1988).

Die europäische Integration birgt die Gefahr der sozialen und ökologischen Demontage, aber auch die Chance, kapitalistische Ausbeutung, systembedingte Arbeitslosigkeit und kapitalistische Ausplünderung der Natur durch Überwindung der kapitalistischen Logik zu beenden. Dazu bedarf es eines Bewußtseins von der Notwendigkeit von Veränderungen und der internationalen Solidarität der europäischen Linken, nicht nur in Worten, sondern in Taten.

### Literaturverzeichnis

- Busch, Klaus 1988: Der Binnenmarkt, Die Entwicklung der Arbeitsteilung der Bundesrepublik mit den EG-Staaten und die Probleme der Gewerkschaften. In: Die Mitbestimmung 11, S.646ff.
- Cecchini, Paolo 1988: Europa 92, Der Vorteil des Binnenmarktes. Baden-Baden.
- EG-Kommission, 1985: Weißbuch der Kommission an den Europäischen Rat, Reihe *Dokumente der Kommission*
- EG-Kommission, 1986: Berichte und Informationen, Nr.32, 12.8.
- Fels, Gerhard 1988: Referat auf dem Gesamtmetall-Forum, Oktober 1988 in Frankfurt/M.
- Franzmeyer, Fritz, 1987: Was kostet die Vollendung des europäischen Binnenmarktes? In: Konjunkturpolitik, 33. Jg., H.3
- Owen, Nicholas, 1983: Economies of Scale, Competitiveness and Trade Patterns in the European Community. Oxford
- Padoa-Schioppa, Tommaso, 1988: Effizienz, Stabilität und Verteilungsgerechtigkeit. Eine Entwicklungsstrategie für das Wirtschaftssystem der Europäischen Gemeinschaft. Wiesbaden
- Steinkühler, Franz, 1988: Die andere Zukunft gestalten. Referat auf dem internationalen Zukunftskongreß der IG Metall am 29.10.1988 (verteiltes Redemanuskript)
- Westphal, Andreas, 1988: Weltwährungssystem und internationale Kapitalbewegungen. In: D. Albers u.a. (Hrsg.), Sozialismus der Zukunft. Berlin (West)

# Künstler in Aktion

## Anstoß zu neuem Denken

»In dieser Zeit der Entscheidungen« (Brecht) heißt Neutralität Selbstaufgabe. Das altherrschende Denken hat unseren Globus dahin gebracht, wo er jetzt ist: an den Rand. Sein oder Nichtsein, Flaschenpost an künftige Mutanten oder hier und heute das neue Denken verbreiten — das ist hier die Frage!

Der ökologische Kollaps liegt in der Luft. Alle sprechen von ihm. Dennoch heizt die herrschende Kapitalverwertung der Energie- und Chemie-Konzerne unsere Sphäre und unsere Meere weiter auf, zwingen Wucherzinsen der internationalen Großbanken die Völker der sogenannten Dritten Welt zum Abholzen ihrer Tropenwälder, zum Verschrotten der natürlichen Lebensgrundlagen. Das neue Denken von der »einen« Welt muß gegen diese Profitlogik der Multis durchgesetzt werden, in der reichen sogenannten Ersten Welt müssen wir damit anfangen!

Völker und Regionen, die sich aus diesem Würgegriff befreien wollen wie Nicaragua, Mosambique, Palästina u.a. sollen von der »Solidarität der alten Herren« niedergemacht werden. Diese »Solidarität« kann nur durch eine weltweite Solidarität des »neuen Denkens«, der »Zärtlichkeit der Völker« (E. Cardinale) überwunden werden.

Weitestgehende Angebote aus dem Osten für eine Welt ohne Massenvernichtungswaffen werden bei uns ungenutzt gelassen. Mit neuen Initiativen der Friedensbewegung werden wir die NATO-ALP-träume vom Jäger 90, modernisierten Kurzstreckenwaffen und anderen tieffliegenden Wahnsinn verhindern. Obwohl und weil die marktbeherrschenden Kraken der Militärindustrie MBB, DB und andere bei uns zu Haus sein wollen.

Viele KünstlerInnen, JournalistInnen, Medien- und Werbefachleute, KulturfunktionärInnen und andere Verbreiter von Meinung und Denken wollen sich nicht mehr auseinanderdividieren lassen. Ob sogenannter Schlager oder sogenannte Hochkultur, ob im bunten Videoclip oder spröder Etatberatung, jeder hat unterschiedlichen Handlungsspielraum für das »neue Denken«, aber er braucht denselben Mut, ihn zu nutzen!

Dazu ist Solidarität nötig. Mit Organisationen, die nicht vereinnahmen, aber aufrichtig mithelfen. Amnesty International, Greenpeace, Robin Wood, Krefelder Initiative und viele andere sind dafür gute Beispiele. Die Existenz der DGB-Gewerkschaften ist dabei notwendig. Die Gewerkschaften bleiben in den Industriemetropolen das Stärkste, was die Schwachen haben.

Das neue Denken ist global, aber bewährt sich immer nur konkret vor Ort. Ob verantwortungsbeußter Unterhaltungsmann oder radikale Querdenkerin — Ausgrenzungen finden mit uns nicht statt. Neues Denken heißt immer auch Schutz des Umstrittenenen.

Köln, 11. Dezember 1988

Lydie Auvray; Tommy Bayer; Vera Brandes; Franz-Josef Degenhardt; Diether Dehm; Renan Demirkan; Ina Deter; Katja Ebstein; Vivi Eickelberg; Joana Emetz; Hans W. Geißendörfer; Lutz Görner; Nedim Hazar; Anne Haigis; Haindling; Hermjo Klein; Einhardt Klucke; Toni Krahl (City); Heinz-Rudolf Kunze; Klaus Lage; Peter Maffay; Ulla Meinecke; Hans-Peter Minetti; Dorlies Pollmann; Hans Scheibner; Dietmar Schönherr; Dieter Süverkrüp; Mikis Theodorakis; Hannes Wader; Stephan Wald; Bettina Wegener; Rafaela Wilde; Henning Zierock; Kabarett Die Machtwächter; Purple Schulz ...

**Ich unterstütze die Erklärung:**

Name

Anschrift

Unterschrift

**Anschrift: Künstler in Aktion c/o Raphaela Wilde · Goltsteinstr. 75a · 5000 Köln 51 · (0221) 38 61 08**

## SPD-Programmdebatte

### Unternehmensentscheidungen auf sozialökologische Ziele lenken

Interview mit Peter von Oertzen\*

*spw*: Friedrich Stampfer, Chefredakteur des *Vorwärts* in den zwanziger Jahren und Kommentator des damaligen Görlitzer Programms (1921) der Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie, schrieb: »Die Überführung der großen konzentrierten Wirtschaftsbetriebe in die Gemeinwirtschaft und darüber hinaus die fortschreitende Umformung der gesamten kapitalistischen Wirtschaft zur sozialistischen zum Wohl der Gesamtheit betriebenen Wirtschaft erkennt sie (also die Sozialdemokratie) als notwendige Mittel, um das schaffende Volk aus den Fesseln der Kapitalherrschaft zu befreien, die Produktionserträge zu steigern, die Menschheit zu höheren Formen wirtschaftlicher und sittlicher Gemeinschaft emporzuführen.« Und er fügte an: »Hier wird eigentlich erst ausgesprochen, was uns zu Sozialdemokraten macht. Das ist die programmatische Kriegserklärung an den Kapitalismus.« — Hat die SPD heute aufgehört, sozialdemokratisch zu sein?

*Peter v. Oertzen*: In dem Sinne, in dem der Begriff Sozialdemokratie noch vor 1933 verwendet worden ist, nämlich als die konkrete politische Form einer sozialen Bewegung, die zum authentischen Sozialismus hinstrebt, hat sie in der Tat mit dieser sozialdemokratischen Tradition gebrochen, aber das geschah schon unmittelbar nach 1945. Das Godesberger Programm war insoweit nur die Ratifizierung eines Prozesses, der schon 1945/46 mit der Wiederbegründung der Partei begonnen hat. Man muß allerdings fairerweise sagen, daß diese sozialistischen Zielvorstellungen, die dem alten Reformismus etwa Bernsteinscher Prägung — und Bernstein ist ja der Hauptverfasser des Görlitzer Programms — noch ernst vor Augen geschwebt haben, vermutlich von der Mehrheit der Sozialdemokratischen Partei in der Praxis schon zwischen 1919 und 1933 fallengelassen worden sind. Aber sie wurden als Zielvorstellung im Programm noch mitgeschleppt, sogar im Görlitzer Programm von 1921, und von einem großen Teil der Anhängerschaft auch noch ehrlichen Herzens geglaubt.

Mit diesem Zustand, den Heinrich Deist 1958 auf dem Stuttgarter Parteitag sehr treffend als einen »Zwischenhandel mit Antiquitäten« zwischen Theorie und Praxis bezeichnete, hat dann allerdings die Programmdebatte der fünfziger Jahre aufgeräumt — schon im Aktionsprogramm von 1952 und 1954 und dann endgültig im Godesberger Programm 1959. Insoweit heißt Sozialdemokratie seit 1945 etwas anderes als vor 1933 — insoweit! In der Praxis sind sich die Parteien von vor 1933 und nach 1945 viel ähnlicher gewesen, und Traditionselemente dieser älteren Vorstellung von sozialdemokratischem Sozialismus leben natürlich auch heute noch in der Partei fort, aber meiner

\* Das Gespräch für *spw* führte Uli Schöler.

Überzeugung nach als eine politisch-programmatische Minderheit innerhalb der Sozialdemokratischen Partei.

*spw:* Über den Entwurf des Stuttgarter Parteitages 1958 zum Godesberger Programm sagtest Du in einem Artikel: »Dieses schwammige Monstrum, zu lang, widersprüchlich, in schlechtem Deutsch verfaßt, sachlich fast an jeder Stelle angreifbar.« Läßt sich das auch vom Irseer Entwurf sagen?

*Peter v. Oertzen:* Damals habe ich die strengen Maßstäbe eines in sich geschlossenen, theoretisch gut begründeten, marxistisch geprägten Parteiprogramms an den Stuttgarter Text angelegt. Ich habe vor den jüngsten Programmberatungen mir den Stuttgarter Text noch einmal angesehen. Gemessen an dem Niveau, das die sozialdemokratische Programmdebatte seitdem erreicht hat, ist der Stuttgarter Programmtext eigentlich sehr respektabel und sehr diskutabel. Er ist ein sozialdemokratischer Programmtext, kein sozialistischer. Aber ich würde dieses harte Urteil von vor dreißig Jahren heute nicht mehr für gerecht halten. Der Stuttgarter Entwurf ist, wie mir scheint — rückblickend betrachtet —, konsequenter, zusammenhängender und auch in einem besseren Deutsch verfaßt als der Irseer Entwurf. Auf den könnte man mein damaliges Urteil vielleicht anwenden, obwohl ich das heute freundlicher und verständnisvoller formulieren würde.

*spw:* Du hast dann damals hinzugefügt, daß viele Genossen bei der Lektüre dieses Entwurfes nicht ohne Grund vermuteten, daß sich die Praxis durch diese Grundsätze nicht um einen Deut von ihrem Weg abbringen lassen würde, und diesen Weg hast Du dann so beschrieben: »Wahlkampf und Koalitionsverhandlungen, Kommunalpolitik und Ämterpatronage — und damit Schluß.« Siehst Du die Gefahr auch heute?

*Peter v. Oertzen:* Ja! Das war eine Beurteilung der historischen Praxis sozialdemokratischer Politik, in der schon seit dem Erfurter Programm die programmatischen Aussagen überwiegend den Charakter von symbolischen Handlungen hatten oder den Charakter von Vorlagen für die — für den inneren Zusammenhalt der Partei ja nicht unwichtigen — sogenannten »sozialistischen Sonntagsreden«. In gewisser Beziehung hat auch der Inhalt des Godesberger Programms diesen Charakter gehabt, denn von den darin noch enthaltenen Vorschlägen für einschneidende Strukturveränderungen der Wirtschaft ist kein einziger ernsthaft in Angriff genommen, geschweige denn verwirklicht worden. Eine Reihe von Reformen sind hingegen nach Godesberg in Angriff genommen worden, von denen im Godesberger Programm nichts gestanden hat, zum Beispiel die gesamte Schulreform, die Einführung der Gesamtschule etwa, ebenso die Ost-West-Vertragspolitik. Aber generell gilt auch heute noch: Die Gefahr besteht, daß die Sätze des Grundsatzprogramms auf dem Papier stehen bleiben, auf dem sie gedruckt sind, und die Praxis sich darum nicht kümmert. Dies ist ein altes sozialdemokratisches Strukturproblem

*spw:* Wenn dieses Strukturproblem existiert, welche Konsequenzen wären daraus für das »Bremer Programm« zu ziehen, welche Festlegungen wären darin zu treffen, daß die Perspektive eines solchen Programmtextes praktischer werden könnte? Und:

Siehst Du die Gefahr eines Salto rückwärts zum Sozialliberalismus mit dem Programmwurf?

*Peter v. Oertzen:* Zum ersten: Ich bin der Überzeugung, daß sogar der von mir als nicht ausreichend beurteilte Irseer Entwurf doch konkrete Zielsetzungen und Problembeschreibungen enthält, die deutlicher auf ganz bestimmte politische Strategien verweisen als frühere Programme. Zum Beispiel: Die Verpflichtung, weiterhin konkret etwas für die Gleichstellung der Frauen zu tun, oder die Verpflichtung, wirklich ernsthafte Maßnahmen zur Wiederherstellung der bereits geschädigten Umwelt und zur Schonung und zum Schutz der Umwelt in der Zukunft zu ergreifen, sind so sehr Allgemeinut des sozialdemokratischen Programmes, daß sich diesen Verpflichtungen keine sozialdemokratische Regierung mehr entziehen könnte. Ich vermisse jedoch zum Beispiel auch jetzt noch konkrete Aussagen über das wirtschaftspolitische Instrumentarium, die in den vorliegenden Texten die Lücke zwischen den allgemeinen Zielvorstellungen und der zu führenden praktischen Politik füllen müßten.

Damit sind wir bei dem zweiten Thema: Es hat in der Programmdebatte bis zum Schluß, bis zur Sitzung der Kommission im Januar dieses Jahres immer wieder Tendenzen gegeben, auch die Elemente planender öffentlicher Eingriffe in die Wirtschaft, die Elemente der konkreten politischen Verantwortung für die wirtschaftliche Entwicklung, weit hinter den Stand von Godesberg und vor allem des Orientierungsrahmens '85 zurückzuwerfen. Das hätte wirklich bedeutet, den Weg zu einem reinen Sozialliberalismus einzuschlagen. Diese Tendenzen haben sich aber in der Programmdebatte nicht durchgesetzt. Der jetzt seit Januar vorliegende Text ist ein im guten wie im weniger guten Sinne sozialdemokratischer Kompromiß.

*spw:* Könntest Du genauer begründen, wo in bezug auf staatliche Rahmenplanung genau die Kontroverse verläuft zwischen Kräften, die Du gerade angesprochen hast, und den linken Tendenzen in der Programmkommission?

*Peter v. Oertzen:* Das Programm enthält unter den allgemeinen Zielvorstellungen eine ganze Reihe Formeln — ich habe nicht gezählt wie viele, wahrscheinlich zwischen einem halben und einem Dutzend — von der Art wie: Die Arbeit soll nicht dem Kapital, sondern das Kapital soll der Arbeit dienen. Die Formulierung lautet jetzt so: »Die Menschen sollen nicht dem Kapital, sondern das Kapital soll den Menschen dienen.« Es wird nicht gefragt, was muß ich konkret daraus ableiten. Denn ungeachtet jener Formeln wird daran festgehalten, daß die Unternehmensentscheidungen im Rahmen einer Wettbewerbswirtschaft weitgehend autonom bleiben sollen, und auf Grund der vorliegenden Analysen muß man schließen, daß autonome Unternehmensentscheidungen im Rahmen einer überwiegend wettbewerblich geordneten Wirtschaft eben nicht automatisch dazu führen, daß das Kapital den Menschen, sondern daß die Menschen dem Kapital untergeordnet werden. Denn das Kapital entfaltet sich in den autonomen Unternehmensentscheidungen im Rahmen einer Marktwirtschaft, und die Instrumentarien, die bei Belassung weitgehender Autonomie diese Unternehmensentscheidungen dennoch gegen ihre eigene ursprüngliche Tendenz in Richtung auf die angestrebten

humanitären, sozialökologischen Ziele lenken könnten, schienen der linken Kritik an der Programmdebatte unzulänglich. Dagegen leugneten die Vertreter des status quo oder gar eines eher liberalen Kurses schlicht und einfach die Relevanz des Problems und vertraten den Standpunkt, daß allgemeine steuerliche oder rechtliche Rahmenseetzungen ausreichend seien, um auch die konkrete Unternehmenspolitik, zum Beispiel die Investitionspolitik, die Personalplanung, die Standortpolitik in die gewünschte soziale und ökologische Richtung zu lenken. Ob das ausreichend sei, und ob man, um diese Ziele zu erreichen, eines Lenkungs- und Orientierungsinstrumentariums, nämlich einer Rahmenplanung bedürfe, darum ging der Streit.

*spw:* In einem Interview für die *Frankfurter Rundschau* sagtest Du: »Wo allerdings aus gigantischer Zusammenballung ökonomischer Macht politische Macht erwächst, muß das gesamte Verhalten solcher Konzerne rechenschaftspflichtig und kontrollierbar werden.« Dieser Gedanke knüpft an Formulierungen auch des Godesberger Programms noch an. Dann sagst Du aber weiter: »Eine Überführung von Konzernen in die Verfügungsgewalt des Staatsapparates erscheint mir generell nicht sinnvoll, es sei denn, in Branchen, wo wir nicht daran interessiert sein können, daß möglichst viel produziert wird.« Du nennst Energiewirtschaft und Pharmaindustrie. Besteht nicht die Gefahr, daß man hier nur in den Bereichen der Sozialisierung der Verluste hineingerät?

*Peter v. Oertzen:* Nein, im Gegenteil. In bezug auf die Energiewirtschaft und die Pharmaindustrie kann ja von der Sozialisierung der Verluste keine Rede sein, weil es sich um durchaus profitable Branchen handelt. Das sind spezielle Fälle, weil hier in der Tat die Grundsätze, die die Logik der Wettbewerbswirtschaft beherrschen, außer Kraft treten. Denn dort ist nicht wie bei der Produktion nützlicher Güter und Dienstleistungen die Maximierung von Verbrauch und Produktion das gesellschaftlich gewünschte Ziel, sondern die Minimierung. Ich will es extrem sagen: In der Pharmaindustrie wäre das erwünschte Ziel, daß der Gesundheitszustand der Bevölkerung so ist, daß überhaupt keine Arzneimittel mehr gebraucht werden. Die Erzeugung von Arzneimitteln müßte dem gesundheitspolitischen Ziel dienen, sich selbst überflüssig zu machen. Und in der Energiewirtschaft ist das Ziel, möglichst wenig Energie zu verbrauchen, und nicht, möglichst viel Energie abzusetzen. Die klassische betriebswirtschaftliche Rationalität — außer der im engeren Sinne technischen, daß Aufwand und Ertrag in einem vernünftigen Verhältnis stehen müssen — tritt dort außer Kraft. Im übrigen aber besteht gerade bei den klassischen Vergesellschaftungsvorstellungen, also der Überführung von ganzen Branchen oder Unternehmenskomplexen in Gemeineigentum, die politische Gefahr, daß dieses Mittel immer dann angewendet wird, wenn eine Branche in Schwierigkeiten geraten ist. Es ist typisch, daß in den vergangenen Jahren zum ersten Mal wieder über Sozialisierung gesprochen worden ist angesichts der Strukturkrise einer Branche, der Stahlindustrie. Das ist in der Tat Sozialisierung der Pleiten, aber Privatisierung der Gewinne.

Die Vorstellung, die ich statt dessen ins Programm eingeführt habe (eine alte Vorstellung von Heinrich Deist aus der Zeit des Godesberger Programms aufgreifend und angeregt von Heinz Rapp, dem Vertreter des Landesverbandes Baden-Württemberg) ist

eine qualifizierte Informationspflicht für Groß- und Riesenunternehmen — und zwar gerade die florierenden. Zweitens ist meine Überlegung, die Betriebsverfassung dieser strukturbestimmenden Großunternehmen so umzugestalten, daß nicht etwa das Kapital enteignet wird und die privaten Eigentümer durch öffentliche oder gesellschaftliche Eigentümer ersetzt werden. Die privaten Eigentümer sollen vielmehr im Unternehmen verbleiben und auch das Recht haben, ihre Dividende zu beziehen, am Gewinn zu partizipieren, aber sie sollen ihr mehrheitliches oder Alleinbestimmungsrecht in der Unternehmensführung verlieren. Und das Ziel wäre, daß neben den Arbeitnehmervertretern gemäß Mitbestimmung auch noch Vertreter des öffentlichen Interesses in die Unternehmensleitung eintreten, um dort die Einhaltung allgemeiner Rahmenplanvorstellungen als Unternehmensmotiv unmittelbar in die Unternehmensentscheidungen mit einzubringen. Zum Beispiel ginge es darum, die Unternehmensführung zu zwingen, nicht nur eine betriebswirtschaftliche, sondern darüber hinaus auch eine gesamtwirtschaftliche Kosten-Nutzen-Rechnung der jeweiligen Produktion anzustellen. Ein Unternehmen, das umweltschädliche Gifte produziert, kann betriebswirtschaftlich außerordentlich profitabel sein, insgesamt gibt es aber enorme gesellschaftliche Kosten mit den Auswirkungen etwa auf die Gesundheit oder auf die Landschaft im allgemeinen, auf Luft und Wasser. Gesamtwirtschaftlich gesehen, ist eine solche Produktion nicht rentabel, sie kostet gesellschaftlich mehr als sie Werte schafft. Und diese Überlegungen sollten meiner Überzeugung nach nicht nur durch steuerliche oder allgemeine gesetzliche Rahmenbedingungen, also gewissermaßen von außen, sondern bereits unmittelbar in das Kalkül der Unternehmensleitung eingeführt werden. Diese Idee hat in der Programmkommission aber, auch weil sie relativ neu ist, in dieser Konkretheit keine Zustimmung gefunden.

*spw:* Handelt es sich hierbei um eine Übergangsvorstellung, oder ist dies schon das Endziel sozialdemokratischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik?

*Peter v. Oertzen:* Na, das will ich mal ganz salopp beantworten: Es ist vermutlich der Endzustand sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik, es ist nicht das Endziel sozialistischer Wirtschaftsvorstellungen. Aber die erklärten Sozialisten sind in der sozialdemokratischen Partei eine Minderheit. Meine Hoffnung wäre, daß, wenn die Sozialdemokratie auf ihrem Wege eines sozialdemokratischen Reformprogramms, das weitgehend noch Reformen innerhalb eines fortbestehenden kapitalistischen Systems umfaßt und das kapitalistische System nur in einigen Schlüsselpositionen verändert, erfolgreich wäre, irgendwann an den Punkt kommen würde, an dem es sinnvoll wäre, zu einer wirklichen sozialistischen Wirtschaftspolitik überzugehen. Aber das steht in dieser politischen Generation in Westeuropa nicht auf der Tagesordnung.

*spw:* Konkrete Frage zum Kapitel »Zukunft der Arbeit«. Wie würdest Du die Ergebnisse der Programmkommission einschätzen in bezug auf das, was in der Lafontaine-Kontroverse die Öffentlichkeit beschäftigt hat. Erster Punkt: Arbeitsbegriff. Zweiter Punkt: Arbeitszeitverkürzung mit oder ohne Lohnausgleich. Dritter Punkt: Wochenendarbeit.

*Peter v. Oertzen:* Zum Arbeitsbegriff: Das scheint mir eine ganz außerordentlich produktive Synthese der unterschiedlichen, keineswegs einander ausschließenden Standpunkte zu sein. Wir wollen die gesellschaftlichen Erfordernisse der Gleichstellung der Frauen verwirklichen. Gleichberechtigte Teilhabe auch an der nicht bezahlten Arbeit, was bedeutet, daß die Männer einen Teil davon mitübernehmen sollen. Hier hat sich insbesondere Sigrid Skarpelis-Sperk ein ganz großes Verdienst erworben, auf deren Antrag diese Passage des zweiten Entwurfs zurückgeht.

Die Frage der Arbeitszeitverkürzung im Zusammenhang mit dem Lohnausgleich ist in Kompromißform behandelt worden, nämlich, daß bei Arbeitszeitverkürzung die höhere Einkommensgruppen nicht in dem selben Maße Lohnausgleich zu genießen oder bei Lohnsteigerung nicht in dem selben Maße berücksichtigt zu werden brauchen wie die mittleren und unteren. Das ist ein theoretisch noch nicht zu Ende diskutierter Problembereich, weil — ich erinnere zum Beispiel an die Stellungnahmen von Ingrid Kurtz-Scherf — von Gewerkschaftern, auch von linken, der Standpunkt vertreten wird, daß dies keine kreislaufschädlichen, also etwa die Nachfrage schwächenden Folgen haben würde, während ich selber da eher meine Zweifel habe, ob das in der Praxis nicht doch arbeitsplatzvernichtende Wirkung haben könnte. Aber dieser Konflikt hat sich reduziert, zumal in der gewerblichen privaten Wirtschaft, wo die Angestellten und die Arbeiter der Privatwirtschaft betroffen sind, und die höheren Einkommensgruppen von der gewerkschaftlichen Tarifpolitik nur sehr schwer erreicht werden können.

Zum dritten Punkt: Die Frage der Wochenendarbeit ist völlig glasklar entschieden worden. Sonntagsarbeit nur in Ausnahmefällen bei zwingender gesellschaftlicher Notwendigkeit, auch Nachtarbeit nur bei zwingender Notwendigkeit und Samstagsarbeit nicht als Regel und auch nur in Ausnahmefällen, wobei die Dringlichkeit der Sonntagsarbeit noch strenger bestimmt wird als die Dringlichkeit der Samstagsarbeit. Im Grunde ist das eine völlig klare Verteidigung des freien Wochenendes, eine klare Absage an übermäßige Schicht- und Nachtarbeit, allerdings mit der zutreffenden, empirisch einfach notwendigen Feststellung, daß eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit natürlich bedeuten muß, daß die individuelle wöchentliche Arbeitszeit nicht mehr identisch sein kann mit der Maschinenlaufzeit. Das heißt, in irgendeinem betrieblichen Bereich die Wochenarbeitszeit auf dreißig Stunden reduziert wird, dann können wir nicht davon ausgehen, daß eine Behörde nur noch dreißig Stunden wöchentlich arbeitet oder geöffnet hat, und daß Maschinen in einem technischen Betrieb nur dreißig Stunden in der Woche laufen. Hier muß das Zusammenfallen der Maschinenlaufzeit und der individuellen Arbeitszeit aufgehoben werden, was natürlich ein Einfallstor für verlängerte Maschinenlaufzeiten ist, aber das ist etwas, was ernsthaft von keinem, auch von keinem radikalen Gewerkschaftler, bestritten wird und im das Problem der Wochenendarbeit nicht berührt. An diesem Punkt hat übrigens Oskar Lafontaine in der Kommission eine eklatante Abstimmungsniederlage erlitten.

# Vorwärts

Klaus Vater

## Vom Umgang mit dem »Vorwärts«

Alles in allem soll eine Handvoll Redaktionsmitglieder im vergangenen Jahr der Sozialdemokratie rund fünf Millionen Mark Miese — also Verluste — eingebracht haben. So jedenfalls kolportierten Zeitungen eine Darstellung von SPD-Schatzmeister Hans-Ulrich Klose. Diese Zahl sollte ein Schlaglicht auf den Umgang mit Parteigeldern beim *Vorwärts* werfen und zugleich begründen, warum gegenüber diesem Magazin die »Reißleine« habe gezogen werden müssen.

Der Schatzmeister und mit ihm zusammen die Promotoren einer Einstellung wie Oskar Lafontaine haben diese Darstellung nie korrigiert, sondern sie laufen lassen: Paßte sie ihnen doch ins Konzept. Es wurde seitens des Schatzmeisters der Partei auch kein Wort darüber verloren, daß diese Horrorzahlen in Verbindung mit der Redaktion die weiteren beruflichen Chancen von Redakteuren nachhaltig schädigt; Manfred Bruckschen, der Betriebsratsvorsitzende der Krupp-Rheinstahl AG aus Rheinhausen kennt die Verwerflichkeit eines derartigen Tuns — er hat daher auch eine Protestnote unterzeichnet, in der gefordert wird, daß der SPD-Vorstand sich erneut mit dem *Vorwärts* beschäftigt, mit den Konzepten zur Rettung des Blattes — kurz: er will ebenfalls eine Revision des Einstellungsbeschlusses vom 30. Januar 1989.

Weil die Horrorzahl so schnell verfährt, Widerhaken ins Bewußtsein krallt, einiges zur Korrektur: Der *Vorwärts*-Verlag mit all seinen Abteilungen hat 1988 tatsächlich 3,3 Millionen Verluste gemacht. Von den 3,3 Millionen entfallen 2,3 Millionen Mark als errechenbare und klar abgrenzbare Verluste auf die Redaktion und das Blatt selber. Bereits im November 1988 wurden »Maßnahmen«, wie es immer so unschön heißt, eingeleitet, die die Betriebsverluste im Bereich der Redaktion und der Blattherstellung während des laufenden Jahres um eine Million senken werden — darin sind zum Beispiel Verzicht auf teure Werbeaktivitäten einer teuren Agentur und eine Anhebung der Abo-Preise enthalten. Ferner hat die Redaktion ein Sparkonzept entworfen, das die Kosten noch einmal um rund eine halbe Million Mark senkt — bitte, denkt nicht, das seien Nebensächlichkeiten: Das beinhaltet bittere Einschnitte, die die Arbeitsfähigkeit belasten und die Arbeitsbelastung enorm steigern. Die SPD hätte 1989 der Redaktion des *Vorwärts* einen Zuschuß von 800000 Mark zukommen lassen müssen — bei gleichbleibendem Abonnennten-Stamm. Das ist die Wahrheit. Und trotzdem sollte der *Vorwärts* gekillt werden.

Die Redaktion hat schnell reagiert und ein Konzept erarbeitet, das es gestatten würde, das Blatt in Eigeninitiative über Wasser zu halten und nach einer Durststrecke wieder richtig hochzubringen. Daran wird noch gefeilt. — Was nun wichtig und zu tun

ist: Bei der Stange bleiben und für uns werben, auch wenn Euch manches nicht geschmeckt hat, was wir geliefert haben. Wir sind schließlich auch noch nicht da, wo wir hinwollen.

Eines macht uns dabei allerdings Kummer — und das hat auch im Parteivorstand eine wesentliche Rolle gespielt: Die emotionale Bindung an das Blatt, das Bewußtsein, das könnte unsere politische Stimme sein, die ist vielen verloren gegangen. Der *Spiegel* und andere besetzen in den Köpfen so mancher namhafter Sozialdemokraten den Platz, den wir einnehmen sollten.

Ein derartiger Umbruch bietet gleichwohl immer auch eine Chance: Neuaufbau eines Stücks originärer sozialdemokratischer Medienkultur durch Gegenöffentlichkeit und Debatte, durch kritische Analyse und farbige Reportage. All das war schon im bisherigen *Vorwärts* drin — freilich noch nicht ausgeprägt genug. Wir trauen uns immer noch zu, Brücken zwischen Ökologie und Sozialismus zu schlagen und gleichzeitig unsere bewahrenswerten humanistischen Traditionen hochzuhalten sowie alternativ Denkenden ein Forum zu sein — die Parteispitze muß uns nur lassen, und das muß sie wirklich wollen.

# Berlin

Andreas Wehr

## Berlin als Vorbote?

### Anmerkungen zum Berliner Wahlergebnis

»Keine der vier Parteien, weder CDU und FDP noch SPD und AL, wird meine Stimme bekommen. Ich wähle ungültig.« So endete ein Kommentar kurz vor der Berliner Wahl in der auflagenstärksten Berliner Stadtilustrierten *tip*. Der Kommentator stand keineswegs allein. Vor allem in Kreuzberg und Schöneberg, den klassischen AL-Hochburgen, blieben viele am trüben 29. Januar lieber im Bett. Massive Wahlenthaltungen aber auch bei rechts. Allein 25 000 potentielle CDU-Wähler sahen keinen Sinn in der Stimmabgabe: alles »Jacke wie Hose«. So kam es zur geringsten Wahlbeteiligung seit Kriegsende. Nur noch 79,6 Prozent der wahlberechtigten Bürger machten ihre Kreuze.

### Einschläfernder Wahlkampf

Alle Parteien leisteten ihren spezifischen Beitrag zu dieser Wahlmüdigkeit. Die CDU stellte ausschließlich Eberhard Diepgen aus (»Ihn will Berlin«), der sonst wenigstens in Wahlkämpfen phantasie reich auftretenden FDP fiel überhaupt nichts mehr ein, und bei der AL hatte man den Eindruck, ihre verschiedenen Bereiche führten jeweils eigenständige Wahlkämpfe. Die SPD hingegen verwirrte die Bürger mit Plakaten, die zwar Anlaß für vielfältigste Interpretationen gaben, aber auch von jeder anderen Partei hätten sein können. Die Yuppies im sozialdemokratischen Wahlkampfstab hatten diesmal der Partei den sinnreichen Spruch »Berlin ist Freiheit« förmlich aufoktroziert. Es sollte der Kampf um ein liberales Image geführt werden, da ja bekanntlich soziale Fragen nach ihren schlaun Analysen out sind.

Im Mittelpunkt des sozialdemokratischen Wahlkampfes standen jedenfalls nicht die Fragen, die jetzt zu Recht als Hauptgründe für die Abwahl des konservativen Senats genannt werden: Umweltprobleme, Mieten, Arbeitslosigkeit, Gesundheitspolitik. Die wahrscheinlich wahlentscheidenden Auswirkungen der Bonner Gesundheitsreform wurden von der Berliner SPD nur mit einigen Flugblättern aufgegriffen. Diese Beschränkung auf einen reinen Sympathiewahlkampf in den letzten Wochen stand zudem im Widerspruch zu den Kampagnen der letzten Jahre, in denen die SPD vor allem die Themen Mieten und Umwelt erfolgreich zu ihrer Angelegenheit machen konnte.

### Eine beispiellose Mobilisierung — nach der Wahl

Diesem defensiven Wahlkampf entsprach ein Setzen auf Platz, nicht auf Sieg. Die Partei warb für eine »starke SPD«, die die »Mehrheit der Koalition brechen« wollte, ohne angeben zu können oder zu wollen, was statt dessen kommen würde. Bei einem

1985 erreichten Niveau von 32,4 Prozent hielt man es für ausgeschlossen, daß der CDU-/FDP-Senat durch die SPD gefährdet werden könnte. Selbst der Spitzenkandidat ging in einem Gespräch mit dem *Handelsblatt* wenige Wochen vor der Wahl davon aus, daß »es in der Stadt keine Stimmung für den Wechsel« gäbe.

Der Wechsel mußte gegen die Kleingläubigkeit der Linksparteien förmlich erzwungen werden. Er hätte noch deutlicher ausfallen können, wenn nicht der blasse Wahlkampf von AL und SPD so viele Wähler gleichgültig gelassen hätte. Denn bei aller Freude über den Zugewinn der Partei sollte man nicht vergessen, daß die errungenen 37,3 Prozent immer noch das zweitschlechteste Ergebnis in der Nachkriegsgeschichte der SPD darstellen. Vor allem die erhofften Rückgewinne der AL blieben aus.

Schläfernte der »Wahlkampf ohne Themen« die kritischen Wähler« ein, so sind sie jetzt hellwach. Kaum ein Tag ohne Demonstrationen gegen die Republikaner, spontane Unterschriftensammlungen für Rot/Grün, Initiativen von Gewerkschaftern, Künstlern, Hochschullehrern und vielen anderen Gruppen für eine Zusammenarbeit von SPD und AL. Die Jusos und der Jugendbereich der AL haben sich in einer Initiative »Rot/Grün: Jetzt« zusammengetan. Auch der Wahlerfolg der Republikaner hat vielen die Augen dafür geöffnet, daß jetzt ein Zusammengehen der Linksparteien um so notwendiger ist, um vor allem in der Ausländerpolitik offensiv vorangehen zu können. Die gegenwärtige Mobilisierung stellt für die SPD eine Hilfe dar, noch zögernde Anhänger auf den eingeschlagenen Weg einer Zusammenarbeit mit der AL mitzunehmen. Die Aufrechterhaltung der Bewegung für ein rot-grünes Bündnis ist zugleich das wichtigste Instrument, um auf beide Parteien Druck auszuüben, damit sie diese historische Chance nicht verspielen.

### **Rot-grüne Zukunft?**

Wie SPD und AL dem öffentlichen Druck der Rechtskräfte und der Medien standhalten, ist ungewiß. Niemand wird gegenwärtig Prognosen darüber abgeben, ob eine Zusammenarbeit das innere Gefüge einer der beiden Parteien überfordert. Dennoch sind die Bedingungen für den Beginn eines neuen Experiments Rot/Grün nach dem Scheitern der hessischen Koalition vergleichsweise günstig.

Seit der Wahl von Jürgen Ebert zum Landesvorsitzenden und Walter Momper zum Fraktionsvorsitzenden kurz nach der verheerenden Wahlniederlage 1985 führt die Linke den Landesverband. Die Partei kann heute an eine bereits 1987 von beiden Parteiflügeln geführte Debatte über die Bündnismöglichkeiten anknüpfen. Seinerzeit verfaßten unter anderen Walter Momper und Jürgen Ebert ein Positionspapier, in dem es hieß:

»Vergleicht man die Positionen von Grünen und SPD in wichtigen gesellschaftlichen Bereichen, so wird man leicht feststellen, daß hinsichtlich der Ziele noch am ehesten eine Reihe von Gemeinsamkeiten existiert. (...) Dies widerspricht nicht der Erkenntnis, daß es gleichzeitig gewichtige Unterschiede in politischen Vorstellungen gibt ... Doch gravierende Unterschiede hat es auch in den Aufbruchzeiten der sozialliberalen Koalition gegeben. Entscheidend bleibt, daß der Vorrat an gemeinsamen Ansichten groß genug und erweiterungsfähig ist — und jeder potentielle Partner weiß, was er dem anderen zumuten kann.« (*Berliner Stimme* vom 11.4.87, S.4)

Für die Parteirechte bedeutet der Niedergang der FDP jetzt die Blockierung einer von ihr immer als Ausweg offengehaltenen Option. Eine rechnerisch mögliche Zusammenarbeit mit der CDU würde jedoch auch nach ihrer Einschätzung nur der AL dienen. Neuwahlen wären ebenso kein Ausweg, da damit zugleich die gerade erst wieder zurückerobernten Bezirksrathäuser gefährdet wären. So geht sie für's erste — wenn auch zähneknirschend — den Weg der Gesamtpartei mit.

Die Alternative Liste wurde bereits 1978 gegründet und ist damit um einiges älter und vielleicht auch gereifter als die Partei der Grünen. Sie verfügt über einen soliden Stammwähleranteil, der von der Sozialdemokratie gegenwärtig kaum angetastet werden kann. Abgrenzungsrituale werden dadurch überflüssig. Die AL kennt auch nicht vergleichbare lähmende Auseinandersetzungen zwischen Fundis und Realos. Die Linke hatte hier von Beginn an die Mehrheit und wird gegenwärtig von der Gruppe der »Undogmatischen Sozialisten« geführt, die auch auf Bundesebene einen neuen Anlauf unternimmt, um zu einer realistischen Einschätzung der Chancen grüner Politik zu kommen. Ihre strategische Option formulieren sie wie folgt:

»Grüne Inhalte können — wenn überhaupt — nur gebrochen und in Teilen realisiert werden, indem sie von anderen gesellschaftlichen und politischen Kräften partiell aufgegriffen werden. Das mag einem gefallen oder nicht — es ist zunächst einmal die (bittere) Wahrheit, die zur Kenntnis genommen werden muß ... Derartige Kompromisse haben nichts mit der Anpassung und Unterordnung unter das Bestehende zu tun. Sie müssen existierende Brüche im politischen Konsens konsolidieren und vertiefen, die Bedingungen für die Verfolgung oppositioneller Ziele verbessern, partielle Errungenschaften absichern — kurz: die Option auf eine radikale Gesellschaftstransformation offenhalten und nicht blockieren.« (Langweilige Bekenntnisse zu einer illusionslosen Bestandsaufnahme, in: *spw* 43, S.404ff.)

Das der Berliner SPD kurz vor der Wahl offerierte Kalitionsangebot enthält mit Sicherheit einige taktische Elemente — allein die Einmütigkeit bei seiner Annahme kann nur so erklärt werden —, es ist aber zugleich Ausdruck einer der AL im zehnten Jahr ihres Bestehens allmählich dämmernden Erkenntnis, daß die Weltgeschichte auf die Frage »Alles oder Nichts« meist nur eine Antwort kennt: Nichts.

## Berlin als Vorbote

Das Berliner Ergebnis wird auch erhebliche Auswirkungen auf die Politik in der Bundesrepublik haben. Die »Undogmatischen Sozialisten« können jetzt ihr Gesellenstück abliefern und damit zur führenden Kraft in der Parteilinken und bei den Grünen insgesamt werden. Die Grüne Partei könnte damit noch gerade rechtzeitig vor der nächsten Bundestagswahl aus dem unfruchtbaren Streit zwischen Fundis und Realos herausfinden und zu einem berechenbaren Faktor werden.

Ein rot-grünes Bündnis in Berlin könnte aber auch die strategischen Optionen eines Oskar Lafontaine gehörig durcheinanderbringen. Eine Schwächung der Freidemokraten und zugleich eine Konsolidierung der Grünen entwertet leicht seine wirtschafts-politischen Anpassungsbemühungen an die FDP.

Die Freidemokraten haben als Partei des Grafen ihre erste herbe Niederlage einstecken müssen. In einigen Stadtteilen wurden sie geradezu marginalisiert. In Kreuz-

berg überrundete sogar noch die SEW bei den Erststimmen die FDP (2 zu 1,7 %). Dabei liegt das Ergebnis der FDP durchaus im Trend von 1985. Bereits nach dem Wechsel zur CDU schrumpfte ihre Stammwählerschaft deutlich: Nur noch in zwei von zwölf Bezirksparlamenten war sie vertreten. Allein eine massive Zweitstimmekampagne u.a. von Maklern und Bauspekulanten hatte sie 1985 noch einmal in das Abgeordnetenhaus einziehen lassen.

Am gravierendsten dürften wohl die Auswirkungen für die Unionsparteien sein. Der Aufstieg der Republikaner brach einen Teil ihres rechten Randes weg. Vor allem diejenigen Wähler wechselten das Lager, die noch Anfang der achtziger Jahre von der CDU mit ausländerfeindlichen Parolen und law- und order-Rufen von der SPD abgeworben wurden. Die Hochburgen der Republikaner und der SPD sind deshalb weitgehend identisch. Es sind die Arbeiterquartiere im Wedding, in Neukölln und Tiergarten und die Neubaugebiete in den Außenbezirken. Die Spannweite der CDU hat sich als zu extrem offenbart. Liberale Metropolenkonzeptionen sind mit einer ausländerfeindlichen Haltung nicht mehr unter einen Hut zu bringen. Die Union steht jetzt vor ähnlich unlösbaren Problemen wie die SPD Anfang der achtziger Jahre mit den Grünen: Abgrenzung oder partielle Zugeständnisse als Mittel zur Reintegration der verlorengegangenen Wähler.

In Berlin könnte die Herausbildung einer fünften Partei eingeleitet worden sein. Die Stadt wäre damit einmal mehr Vorreiterin für bundesweite Entwicklungen. Hier entstand vor den Grünen die AL. Die FDP wechselte das Bündnis bereits 1981, ein Jahr bevor die Bonner Koalition in die Brüche ging. Wohin die Reise bei Existenz einer fünften Partei am rechten Rand der CDU gehen kann, deutete bereits die FAZ am 3. Februar an:

»Es wäre der Abschied von der Machtmechanik, die die Bundesrepublik in den letzten Jahrzehnten geprägt hat: der Machtwechsel von CDU/CSU und SPD in langen Intervallen bei nahezu permanenter Teilhabe der FDP an der Regierungsverantwortung«.

# Rot-grüne Perspektiven

Richard Meng

## Befund: gut — Patient: gefährdet

### Erfolge und Schwierigkeiten der rot-grünen Kommunalpolitik in Hessen

So schnell geht das. Rot-grün in Hessen: für viele ist das Vergangenheit, nicht nur für Beobachter von außerhalb. Seit dem Regierungswechsel in der Landeshauptstadt, dem ein chaotischer Zusammenbruch des rot-grünen Experiments auf Landesebene vorausgegangen war, gilt die spannende Zeit der Zusammenarbeit von SPD und Grünen in Hessen als abgeschlossen. Das Thema ist bundesweit in beiden Parteien tabu. Aus der Perspektivdiskussion wurde, so scheint es, ein Fall für die Historiker. Mehr nicht?

Solche Stimmungslagen verdecken, daß die politische Praxis ausgerechnet im Lande Hessen noch ganz anders aussieht. Denn Rot-grün im Landtag war dort kein singuläres Ereignis, sondern seit der Kommunalwahl von 1985 untermauert durch eine Reihe von rot-grünen Koalitionen oder Tolerierungsbündnissen auf kommunaler Ebene. Zwei Jahre nach der Bonner Wende hatte die SPD damals in Hessen ein außerordentlich gutes Ergebnis erzielt, ihre absoluten Mehrheiten in Nordhessen ausgebaut und im Bündnis mit den Grünen auch in einem breiten Gürtel rund um die Rhein-Main-Region den kommunalen Machtwechsel geschafft. »Wo immer möglich«, so der damalige SPD-Landesvorsitzende Holger Börner, sollte die Zusammenarbeit auf Landesebene kommunal fortgesetzt werden. Das Ergebnis waren rot-grüne Bündnisse auch in den Städten Wiesbaden, Offenbach, Gießen und Marburg sowie in den Landkreisen Bergstraße, Darmstadt-Dieburg, Main-Kinzig, Wetterau, Gießen und Marburg-Biedenkopf.

### Bausteine des rot-grünen Hessen — es gibt sie noch

Die rot-grünen Bündnisse haben 1985 dazu geführt, daß die CDU nur noch in Frankfurt und Fulda mit absoluten Mehrheiten und in drei Landkreisen rund um Frankfurt zusammen mit der FDP kommunal regieren konnte. Und die meisten der damaligen »Bausteine« eines rot-grünen Hessen haben den Wiesbadener Zusammenbruch von 1987 überlebt: Auch die CDU/FDP-Landesregierung hat es in wichtigen Teilen des Landes auf den unteren Ebenen noch mit rot-grüner Politik zu tun.

Natürlich bildete der Machtwechsel auf Landesebene auch für die rot-grüne Kommunalpolitik einen tiefen Einschnitt. Waren die kommunalen Bündnisse vorher quasi die Speerspitze beim Umsetzen neuer landespolitischer Vorgaben gewesen, so mußten

sie in vielen Bereichen nach der konservativen Wende im Land auf »Abwehrkampf« umstellen. In beiden Rollen, das zeigte sich, kann die Zusammenarbeit von SPD und Grünen funktionieren. In beiden Rollen aber gab es auch vergleichbar der Landesebene jede Menge Reibungsverluste durch internen Streit, Koalitionskrisen und in einem Fall (Wetteraukreis) schließlich sogar Koalitionsbruch. Rot-grüne Kommunalpolitik hat sich für beide Partner als nicht weniger ermüdend erwiesen wie die rot-grüne Landespolitik. Es gab hier wie da gegenseitige Überforderungen, und so wird Rot-grün auch zur Kommunalwahl am 12. März 1989 wieder als Zweckbündnis zur Wahl stehen, nicht als in beiden Parteien strategisch getragenes Politikkonzept.

Der Widerspruch von Theorie und Praxis: ein altes Thema. SPD und Grüne fanden in Hessen auch in der Kommunalpolitik bemerkenswert schnell zu umfassenden programmatischen Konzepten zusammen. Die Praxis war dann aber für beide — trotz passabler politischer Ergebnisse — doch immer wieder (über-)anstrengend mühsam. Hessens rot-grüne Bündnisse in Städten und Landkreisen haben bewiesen, daß durch die Zusammenarbeit von SPD und Grünen auch auf die Kommunalpolitik wichtige neue Impulse ausgehen, selbst wenn die rot-grünen Projekte seit Amtsantritt der konservativen Landesregierung oft notgedrungen zum Stillstand kamen oder sogar zurückgeschraubt werden mußten.

Die neue Bündniskonstellation hat gezeigt, daß die SPD durch fordernden Druck ihres neuen Partners programmatisch zu bewegen ist, daß mit Programmen allein aber oft die gewollte Veränderung noch nicht durchgesetzt ist. Die Grünen haben durch die Zusammenarbeit mit der SPD zu pragmatischen, an den engen Handlungsspielräumen kommunaler Politik orientierten Konzepten gefunden — aber doch auch immer wieder erleben müssen, daß das intern zu ständigen Identitätskonflikten führt, die oft nur durch öffentliche Konflikte mit dem Koalitionspartner aufgelöst werden konnten. Und es erwies sich wie auf der Landesebene, daß in der parlamentarischen Praxis schließlich die Einbindung der Bündnis-Skeptiker auf SPD-Seite schwerer fällt als bei den Grünen, die ihre meist völlig neu zusammengesetzten Parlamentsfraktionen relativ problemlos frei von Fundamentalisten halten konnten.

### **Es begann mit dicken Papieren**

Schon in der Legislaturperiode zwischen 1981 und 1985 gab es zwar rot-grüne »Pilotprojekte« (Bündnisse im südhessischen Kreis Groß-Gerau und in der nordhessischen Stadt Kassel) mit einer eher progressiven lokalen SPD. In beiden Fällen holte die SPD nach relativ erfolgreicher rot-grüner Zusammenarbeit 1985 die absolute Mehrheit und verzichtete danach auf die Kooperation mit den Grünen. Auf Basis dieser positiven Erfahrungen aus SPD-Sicht begannen 1985 rot-grüne Verhandlungen in vier größeren Städten und in sieben Landkreisen, die (mit einer Ausnahme) schließlich auch zu Bündnissen führten.

Diese Bündnisse begannen mit dicken Papieren. Ganz detailliert listeten die Verhandlungsdelegationen die lokalen Themen auf und verabredeten die gemeinsame Politik. Das Ergebnis waren, so konkret wie in keiner Koalition zuvor, lange Listen von

gemeinsamen Vorhaben, die sich in vielen Punkten an den Impulsen der rot-grünen Landespolitik orientieren konnten. Wie nahe diese Koalitionspapiere sozial-demokratischer Programmatik waren, belegt der Fall des südhessischen Kreises Bergstraße: Dort hatte die mehrheitlich dem rechten Parteiflügel zuzurechnende SPD-Spitze parallel mit CDU und Grünen verhandelt und einem Kreisparteitag dann zwei mögliche Koalitionsvereinbarungen alternativ vorgelegt. Der Parteitag entschied sich eindeutig für Rot-grün.

Die zentralen Anspruchsebenen der rot-grünen Kommunalpolitik korrespondierten meist mit dem Umsteuern auf Landesebene: Vorrang für den öffentlichen Personen-Nahverkehr und mehr Skepsis gegenüber Straßenneubauten, neue Abfallpolitik durch flächendeckendes Getrennsammeln von Hausmüll mit dem Ziel der weitestmöglichen Wiederverwertung und Restdeponierung (keine Müllverbrennung), Ausweitung kommunalen Einflusses in der Energiepolitik (Energiesparen, mehr Eigenproduktion durch Blockheizkraftwerke) sowie ein deutlich verstärktes kommunales Engagement in der Beschäftigungs- und Sozialpolitik (von außerbetrieblicher Ausbildung bis hin zu kommunalen Beschäftigungsgesellschaften). Zusätzliche Unterstützung bekam die Landesebene von den rot-grünen Kommunen außerdem in der Schulpolitik (schnelle Umsetzung der flächendeckenden Einführung der Förderstufe) sowie in einer Reihe weiterer Felder — von Städtepartnerschaften mit Nicaragua bis hin zu Mietermitbestimmung im Wohnungsbau.

All das sind Punkte, die sich in etwa als linkssozialdemokratische Kommunalpolitik einordnen lassen. Der Kompromiß zwischen Grünen und SPD lag auf der Linie des linken SPD-Flügels und der pragmatischen Teile der Grünen. In beiden Parteien bedeutete das entsprechende Gewichtverschiebungen, die bei den jungen Grünen lokal allerdings auch personell viel eindeutiger abgesichert waren als in der alten, gewachsenen SPD. Die Risiken lagen denn auch immer wieder in der Ungeduld der sich ständig personell verändernden Basis der Grünen und in der Beharrungskraft des rechten SPD-Flügels, der in der Kommunalpolitik vor allem des ländlichen Bereichs traditionell dominiert. Und es zeigte sich, daß besonders im Zusammenhang mit zwei besonders brisanten Themenfeldern die Geschlossenheit der SPD-Fraktionen nicht immer zu halten war: wenn es um Umgehungsstraßen ging, auf die die örtliche SPD lange festgelegt war, und beim Ausweisen neuer Mülldeponien, die von den jeweiligen direkt betroffenen SPD-Kommunalpolitikern nicht mitgetragen wurden.

Schon in der Entstehungsphase der rot-grünen Bündnisse hatten in einigen Fällen SPD-Stimmen gefehlt, als es nach der Abwahl der CDU-Kommunalpolitiker um die Neubesetzung der hauptamtlichen Posten ging. Im Kreis Limburg-Weilburg scheiterte die rot-grüne Koalition gleich beim Start daran, daß trotz rot-grüner Ein-Stimmen-Mehrheit im Kreistag der soeben abgewählte CDU-Landrat in geheimer Abstimmung plötzlich eine knappe Mehrheit vor dem SPD-Landratskandidaten hatte. In der Stadt Offenbach kam es vorübergehend zum politischen Patt, offenbar weil zwei SPD-Leute nicht für die rot-grünen Personalvorschläge stimmten — eine Krise, die inzwischen allerdings zugunsten von Rot-grün ausgestanden ist.

Der einzige bislang zu verzeichnende Bruch einer rot-grünen Kreistagskoalition

hatte zum Anlaß, daß drei SPD-Abgeordnete ihre Unterstützung der Kreispolitik aufkündigten, weil in ihrem Ort eine neue Mülldeponie vorgesehen war — und die Koalition deshalb keine Mehrheit mehr hatte. Die Grünen zogen sich aus der Koalition zurück, weil diese faktisch »von der SPD aufgekündigt« sei. Natürlich war dies ohnehin nur das Endstadium eines schwierigen rot-grünen Leidensprozesses, aber der Verlauf der Krise belegt doch die These, daß Rot-grün der SPD schwerer fällt als den hessischen Grünen.

Abfallprobleme sind generell vielerorts das heikelste Problem der Kommunalpolitik, weil alte Deponien voll sind und sich gegen neue allerorten Widerstand rührt. Auch rot-grüne Koalitionen haben es da in den zurückliegenden Jahren nicht geschafft, unpopuläre Standortentscheidungen politisch durchzusetzen — weil die lokale SPD aus ihrer örtlichen Situation heraus nicht mitspielte. Umgekehrt wurde dieses Thema (wie andernorts umstrittene Umgehungsstraßen) letztlich aber auch nur zum Anlaß für gegenseitige Distanzbedürfnisse, wie sie bisher im Wesen rot-grüner Zweckbündnisse angelegt sind.

Geräuschlos jedenfalls funktioniert die Zusammenarbeit von SPD und Grünen nirgendwo, und zuviel Lautstärke belastet am Ende die Nerven. Bei den Grünen schwingt ständig die Drohung mit, das Bündnis notfalls aufzukündigen. Bei der SPD blieb immer die Angst, die Querelen mit dem Bündnispartner könnten zur Bestätigung der CDU-Parole vom »rot-grünen Chaos« dienen. Inzwischen gibt es einige Orte, an denen SPD-intern trotz passabler rot-grüner Bilanz relativ offen darüber nachgedacht wird, ob man nach der Kommunalwahl von 1989 nicht mit einem Partner wie der FDP ins Geschäft kommen sollte — wenn das Wahlergebnis es ermöglicht. Nicht primär politische Inhalte sind dafür ausschlaggebend, sondern Überdruß an ständigen, meist öffentlich ausgetragenen rot-grünen Streitereien. Die bis zu hundert Seiten dicken Koalitionsabsprachen konnten zwar die Richtung exakt abstecken, im politischen Alltag aber war ihre Auslegung oft genug Anlaß zum rot-grünen Krach.

### Die Mühen des Alltags

Donnerstag, 14. Juli 1988. Der Lokalteil des »Gießener Anzeigers« erscheint mit der Schlagzeile »Endgültig: Haushalt 1989 ohne Zustimmung der Grünen — Stadtverband traf diese Entscheidung bei nur einer Enthaltung«. Wieder einmal wurde in der Koalition hoch gepokert, und die eher konservativ orientierte Lokalpresse stellt die Querelen genüßlich heraus. Einen Bruch der Koalition bedeute die Grünen-Entscheidung nicht, betonten ihre Vertreter, aber eben eine klare Haltung — weshalb es allein bei der SPD liege, ob man vereint oder getrennt in den Kommunalwahlkampf 1989 ziehen werde. Der Anlaß ist marginal und doch längst zum Symbol hochstilisiert: Es geht darum, ob das von den Grünen durchgesetzte Gießener Frauen-Nacht-Taxi mit mehr Geld ausgestattet werden soll oder nicht — was Konsequenzen für Fahrpreise und die Dauer nächtlicher Benutzungsmöglichkeit hat. Die Grünen fühlen sich von der SPD »vorgeführt«, die Sozialdemokraten fühlen sich erpreßt. Die Grünen sind nicht bereit,

von »Eckpunkten« abzurücken, die sie »einmal erreicht haben« — und die SPD ist im Grunde das ganze Thema leid. So streitet die Koalition sich in den Wahlkampf.

Freitag, 8. Juli 1988. »Was zerknittert war, hat dann erst Entfaltungsmöglichkeiten«, zitiert ein Artikel im Lokalteil der konservativen FAZ einen Grünen nach dem Koalitionsbruch im Wetteraukreis. Die Enttäuschung der Grünen über das Ende der Koalition schein überwinden, heißt es weiter. Der Kreisvorstand hatte in seinem Rechenschaftsbericht zufrieden festgestellt, daß »die von manchem gerügte Zusammenarbeit zwischen Kreistagsfraktion und Vorstand offenkundig besser klappt als noch vor Monaten«. Die Grünen sind erleichtert, weil das Trauerspiel ein Ende hat — die SPD hofft jetzt auf die absolute Mehrheit bei der Kommunalwahl, regiert einstweilen mit einer »Minderheitenregierung« weiter.

Zwei Beispiele, die schon einige Monate zurückliegen. Aber sie bleiben aktuell, weil das Strickmuster rot-grüner Beziehungsprobleme dasselbe bleibt. Die SPD bleibt auch unter den Bedingungen einer Zusammenarbeit mit den Grünen das, was ihr Koalitionspartner eine »Altpartei« nennt: eingebunden in traditionelle Wählerschichten und Erwartungshaltungen, in der Form (weniger im Inhalt) kommunaler Politik orientiert an ähnlichen Verhaltens- und Reaktionsmustern wie CDU und FDP. Ihr fehlt in Hessen, bedingt durch die frühen Börner-Jahre, weiterhin fast völlig die Generation der unter 40jährigen, die eingeschliffene Politikmuster abbauen könnten. Die Grünen umgekehrt leben in ihrer Identität auch weiterhin aus ihren Gründungsmotiven einer Opposition zur SPD-Politik, die im sozialdemokratischen Hessen besonders dominant waren. Sie brauchen gegenüber ihrer eigenen Klientel die ständige Abgrenzung zur SPD — auch als Überlebensstrategie in Zeiten, in denen an ihrer Basis junge, neue Leute dünn gesät sind.

Diese ohnehin schwierige Ausgangssituation ist durch die knappe Wahlniederlage der einstigen rot-grünen Mehrheit auf Landesebene noch komplizierter geworden. Jetzt nämlich fällt auf beiden Seiten das stützende Argument weg, daß man im Grunde ja nur die rot-grüne Landespolitik kommunal fortsetze. Und die pure Opposition zur CDU/FDP-Koalition in Wiesbaden reicht für kommunale Zusammenarbeit nicht aus.

Überall da, wo die Unterstützung des Landes nötig wäre, hat seit 1987 auf kommunaler Ebene eine politische Hängepartie mit entsprechenden Frustrationserscheinungen begonnen. Die neue Landespolitik dreht den rot-grünen Projekten meist recht dreist den Geldhahn zu — von Frauenhäusern über Initiativen im sozialen Bereich bis hin zum ursprünglich geplanten Umsteuern in der Energiepolitik. Da die kommunalen Haushalte durch Sozialhilfefasten, Bonner Steuerreform und neue Prioritäten der Landespolitik ohnehin zusätzlich extrem belastet werden, können auch die rot-grünen Städte und Kreise nicht voll auffangen, was durch Streichungen des Landes bedroht ist.

Rot-grün kann jetzt nur noch sehr begrenzt gehalten, statt selbst neu zu gestalten. In der Abfallpolitik will die CDU/FDP-Regierung wieder auf Müllverbrennung umsteuern, in der Schulpolitik zwingt sie die Kommunen in großen Teilen des Landes zur Stärkung des alten dreigliedrigen Schulsystems. Kommunale Energieerzeugung wurde von CDU und FDP noch nie für einen sinnvollen Weg gehalten, und im Straßenbau werden jetzt von Wiesbaden aus Projekte massiv vorangetrieben, die unter rot-grünen

Vorzeichen in Zweifel gezogen und vertagt worden waren. Die kommunalen Koalitionsvereinbarungen von SPD und Grünen hatten zur unausgesprochenen Voraussetzung gehabt, daß man mit dem Land an einem Strang würde ziehen können — jetzt dagegen muß rot-grüne Kommunalpolitik ein Gegengewicht zur Landesebene bilden.

### Die neue Vorsicht

Seit der Wahl Niederlage vom März 1987 hat sich das Verhältnis von SPD und Grünen auf Landesebene gewandelt. An die Stelle der — oft eher widerwilligen — Zusammenarbeit ist ein Nebeneinander getreten, bei dem man vorsichtig den Eindruck von politischer Nähe zu vermeiden sucht. Die Grünen haben einen rot-grünen Bündniskurs intern zwar fest verankert, wollen sich aber zunächst einmal als die »eigentliche« (und damit unverzichtbare) Opposition profilieren. Die SPD hat Rot-grün auf Landesebene mehrheitlich verdrängt und ist — mehr personell als programmatisch — von einer Erneuerung noch weit entfernt. Sie ist die Bündnisdiskussion leid, führt sie derzeit auch nicht, wirkt im Rollenwechsel von der »Staatspartei« in die Opposition aber immer noch unsicher und unangeklärt.

Das führt dazu, daß zur Kommunalwahl 1989 nicht mit einem »rot-grünen« Wahlkampf zu rechnen ist, was die Bündnisperspektive anbelangt. Anders bei den Inhalten: Da hat die rot-grüne Phase durchaus zu Positionsverschiebungen geführt. Und wo die SPD zusammen mit den Grünen vier Jahre lang die Mehrheit gestellt hat, wird sie nun auch die Politik dieser Jahre mit ihren neuen Impulsen positiv vertreten.

Eine vom Meinungsforschungsinstitut Infratest im Auftrag der SPD durchgeführte Umfrage hat im Sommer 1988 ergeben, daß die Union in Hessen noch lange nicht fest im Sattel sitzt: Jeweils nur 36 Prozent aller Befragten sagten damals, sie würden der CDU ihre Stimme geben, wenn jetzt Landtags- bzw. Kommunalwahl wäre. Die SPD käme auf 44 Prozent im Falle einer Landtagswahl und auf 42 Prozent bei einer Kommunalwahl; die Grünen könnten mit jeweils zehn Prozent rechnen. So wenig diese Umfrage in ihren exakten Zahlen auf Wahlaussichten übertragbar sein dürfte: Sie zeigt doch, daß sich die politischen Grundorientierungen der hessischen Wähler durch die hauchdünne CDU/FDP-Mehrheit im Landtag nicht verschoben haben. SPD und Grüne haben zusammen wieder eine Mehrheit — was noch keine »rot-grüne« Mehrheit ist, aber doch immerhin klarmacht, daß »Rot-grün« auf Grund der hessischen Wählerstruktur noch lange nicht Geschichte ist.

»Rot und Grün werden die Modifarben der kommenden Frühjahrsmesse in den hessischen Wahllokalen«, begann das Grünen-Mitgliedermagazin »Stichwort: Grün« seinen Bericht über diese Umfrage — und schaute damit mit Sicherheit zu optimistisch in die Zukunft. Denn in der konkreten Wahlalternative bleibt Rot-grün in Hessen durch den Zusammenbruch der Landtagskoalition belastet, und die CDU wird alles tun, um diese Belastung in der Erinnerung zu halten. Aber es gibt eben auch die sehr reale Chance, über die Thematisierung der Kommunalpolitik der zurückliegenden vier Jahre die positiven Seiten herauszustellen.

Die Sachbilanz ist trotz der ständigen Querelen gut. Zwar haben auch SPD und Grüne in lokal festgefahrenen Auseinandersetzungen (beim Straßenbau oder in der Deponieauswahl) keinen Durchbruch geschafft — erst recht nicht mehr seit dem Regierungsbruch in Wiesbaden. Aber sie haben doch die übriggebliebenen Handlungs- und Finanzierungsspielräume ausgeschöpft und können in den meisten rot-grün regierten Kreisen und Städten optimistisch in die Wahl gehen.

Ob die bundesweit angeschlagene Konzeption rot-grüner Zusammenarbeit in Hessen überlebt, wird letztlich davon abhängen, wie bewußt sie — vor allem von der SPD — vertreten wird. Und entscheidend wird dann nach der Wahl sein, welche Bündnismöglichkeiten sich rein rechnerisch anbieten. Die Polarisierung im Wahlkampf, die landespolitische Einbindung der FDP in die Koalition mit der CDU: all das spricht für klare Fronten im Vorfeld der nächsten Landtagswahl 1991 und damit erneut für rot-grüne Kooperation auf lokaler Ebene, wo die SPD eigene Mehrheiten nicht erreicht. Voraussetzung aber ist dafür auch, daß die Grünen sensibel genug bleiben für die inneren Strukturen der Volkspartei SPD — und das ist wegen der schnellen personellen Fluktuation an der Grünen-Basis oft zweifelhaft. Ob sich beide dann die Anstrengung einer Zusammenarbeit erneut zumuten, ist vor diesem Hintergrund einstweilen offen.

Eines zeigen die Umfragezahlen überdeutlich: In Hessen gibt es strukturell weder eine konservative noch eine sozialdemokratische Mehrheit. Die FDP ist auf unabsehbare Zeit bei der CDU eingebunden. Also bleibt für einen Machtwechsel in der Landespolitik nur der Weg, das rot-grüne Wählerspektrum anzusprechen — wie auch immer eine Regierung dann konkret aussehen könnte. Dazu wären die rot-grünen Bündnisse auf kommunaler Ebene die Fundamente. Wenn auch sie noch wegbrechen, hat sich die Wallmann-Regierung stabilisiert. Wenn sie bestehen bleiben, bleibt auch die reale politische Alternative in Hessen präsent.

So betrachtet, bedeutet die Kommunalwahl von 1989 erneut eine Richtungswahl. Alle Parteien haben das inzwischen erkannt und bereiten ihren Wahlkampf entsprechend vor. So werden Hessens Wähler auch im kommenden Frühjahr wieder einmal Signale geben, die weit über das Land hinaus interessant sind.

Uli Schöler und Wolfgang Zellner

## »Sind die Grünen noch zu retten?«\*

Um die Grünen ist es in den Medien ruhiger geworden. Daß sich darin ein innerer Konsolidierungsprozeß der Partei ausdrückt, kann nicht im Ernst behauptet werden. Aber muß es nicht stutzig machen, daß das Medieninteresse an dieser Partei gerade in solchen Zeiten deutlich nachgelassen hat, wo sie die Schlagzeilen frei Haus liefert, wo der an Masochismus grenzende innere Zerfleischungsprozeß vor aller Öffentlichkeit dargeboten wird? Fischer kann nicht mehr mit Schmidt, Ebermann und Schily wünschen sich wechselseitig eine Zukunft in anderen Parteien oder im politischen Abseits, was will man mehr? Das geschwundene Medieninteresse, da geht die Vermutung wohl nicht zu weit, spiegelt nicht nur wider, wo die (großen) Medien die Grünen hin haben wollen (eben ins Abseits), sondern auch, daß sie sich selbst schon ein Stück dorthin manövriert haben.

Einleitend zu einem Artikel von Thomas Ebermann und Rainer Trampert heißt es, eine Verständigung der streitenden Fraktionen sei nicht mehr möglich, die Spaltung stehe bevor.<sup>1</sup> Zeitpunkt und Inhalt der Lafontaine-Debatte, der nicht etwa nur als Begleiteffekt koalitionstaktische Überlegungen des Initiators in Richtung FDP zugrunde liegen, markieren zugleich die Schwächeposition der Grünen, die in der politischen Strategie führender (auch linker) Sozialdemokraten zur Zeit überhaupt keine Rolle mehr spielen. Dabei sei nur am Rande die schon tragikomische Pointe erwähnt, daß ein Teil der Grünen noch meint, Lafontaines Vorschläge unterstützen zu müssen, ohne zur Kenntnis zu nehmen, daß damit ihre eigene politische Marginalisierung betrieben wird. Solange die Grünen als Tolerierungs- oder Koalitionspartner noch im Gespräch waren, lohnte es sich auch für die Presse, die Binnenvorgänge der Partei zu kommentieren, wobei bis hin zur *Frankfurter Rundschau* das Schwarz-Weiß-Schema der guten Realos und der bösen Fundis überwog. Weitere Differenzierungen — bis auf den noch weitgehend konturenlosen »Grünen Aufbruch« um Antje Vollmer und Lukas Beckmann — wurden nicht wahrgenommen oder bewußt verschwiegen. Daß es so nicht weitergeht, daß man selbst etwas tun muß, damit die lähmende Polarisierung der Grünen, ihre Trennung in zwei miteinander kooperationsunfähige Hauptflügel mit zudem noch jeweils fragwürdigen Positionen beendet wird, diese Erkenntnis hat augenscheinlich mittlerweile größere Teile der Grünen erfaßt.

Konkreter Ausdruck dessen ist eine fortschreitende Binnendifferenzierung der einzelnen Flügel. Dabei hat sich u.a. eine »gemäßigtere« Richtung innerhalb des Fundamentalisten-Flügels herausgebildet, die erstmalig auf der Bundesstrategiekonferenz im Juni 1988 auftrat (das Vorbereitungspapier einer Berliner Gruppe wurde in *spw* dokumentiert<sup>2</sup>), inzwischen ein Buch<sup>3</sup> und ein erstes Selbstverständnispapier<sup>4</sup> vor-

\* Der Mitherausgeber des in diesem Artikel besprochenen Buches, Jürgen Maier, war bis zur Karlsruher Bundeskonferenz der Grünen Mitglied im Grünen Bundesvorstand. Zur Karlsruher Bundeskonferenz vgl. den Bericht von Jürgen Maier in diesem Heft.

gelegt hat. Die — in sich durchaus heterogene — Gruppe (von Ludger Volmer »pragmatischer Teil der Partei-Linken« getauft, 67) sieht die Grünen in einer tiefen Krise. Dabei werden — etwas schematisierend, aber in der Tendenz richtig — die polarisierenden Parteiströmungen als Ausdruck zweier Entwicklungsphasen der Grünen gesehen. Der »Fundamentalismus« hat demnach seine Wurzel in der Gründungsphase der Partei, die sich als Alternative zum herrschenden Parteienkartell, die SPD Schmidt-scher Prägung eingeschlossen, konstituierte. Erst mit der Wende 1982/83 und einer sich wandelnden SPD in der Opposition erhielt der »realpolitische Ministerialismus« eine reale Grundlage. Die neue Attraktivität entfaltete sich angesichts ihrer möglichen Funktion, im Rahmen einer eventuellen rot-grünen Mehrheit als linkes Korrektiv zur SPD wirken zu können. Diese zweite Phase sehen die »pragmatischen Linken« mit dem Scheitern der rot-grünen Koalition in Hessen und der Hamburger Wahl 1987 beendet (*spw* 43, 405f.). — Obwohl also beide Hauptflügel der Grünen aus realen Ursachen entstanden sind, sehen die Autoren beide damit verbundenen Strategien als gescheitert an. Das Buch stellt den Versuch dar, anhand der Konfliktfelder innerhalb der Partei aus den letzten beiden Jahren den eigenen Standpunkt und mögliche Auswege zu zeigen. Das gemeinsame Herangehen wird von den Herausgebern so beschrieben:

»... die radikalen politischen Inhalte der Grünen gegen den als Pragmatismus getarnten Opportunismus der harten Realo-Strömung zu verteidigen, und zugleich sich vor dogmatischen Verhärtungen und sektiererischen Verengungen der ExponentInnen der 'Fund'i'-Strömung vorzusehen.«(8)

Bevor wir zur Darstellung und Kritik anhand der einzelnen Politikfelder kommen, ist noch eine kritische Bemerkung erforderlich. Das Buch spart die Felder Ökologie und Wirtschaftspolitik aus, hierzu finden sich allenfalls kursorische Aussagen im Selbstverständnispapier. Ganz abgesehen davon, daß es sich hierbei um Bereiche handelt, die wesentlich das eigene Selbstverständnis auszumachen hätten, und an denen sich der eigene Anspruch als Parteilinke oder ÖkosozialistInnen festzumachen hätte, durchzieht der fehlende Bezug zu den ökonomischen Grundlagen das ganze Buch, worin auch eine seiner entscheidenden Schwächen zu sehen ist. Wir werden dies noch im Bereich Staatstheorie sehen.

Daß der Bereich Wirtschaftspolitik bei den Grünen zu den umstrittensten gehört, haben nicht erst jüngste Entwicklungen wie die unterschiedliche Antwort auf die Lafontaine-Debatte und Kleinerts Versuch einer Orientierung der Partei auf einen »Ökologischen Kapitalismus« gezeigt. Einer der Autoren verweist mit Recht auf die Kontroverse zu Hattingen, wo Waltraud Schoppe u.a. für die Stilllegung der Hütte und »mehr Markt« eintraten, während das grüne Wirtschaftsprogramm die Vergesellschaftung der Stahlindustrie fordert (28).

### Gretchenfrage Koalition

Das Grundproblem der inneren Polarisierung der Partei wurde von Ludger Volmer s-lapp so auf den Begriff gebracht:

»Ironischerweise geschieht nun seit einiger Zeit das, was die Grünen am parlamentarischen System zu Recht kritisieren, auch in ihren eigenen Reihen: Politische Strategien können nur im Paket bezogen

werden. Der Otto-Versand z.B. bietet den Erwerb der Koalitionsperspektive; er fordert vom potentiellen Käufer aber die gleichzeitige Abnahme eines in wesentlichen Punkten revidierten Parteiprogramms. Juttas Öko-Laden garantiert Originalprogramme, würzt sie aber mit unverdaulichen Zutaten; dem interessierten Kunden wird zudem gleichzeitig eine prinzipielle Oppositionsrolle mitverkauft.« (64)

Auch wenn hier das Schwarz-Weiß-Schema der zwei Lager reproduziert wird, wird dies doch an anderer Stelle durch ein differenziertes Bild ergänzt. Jochen Hippler unterscheidet im Realo-Lager drei Gruppen (wobei er die eher auf die CDU und andere »Wertkonservative« orientierten Ökolibertären ausklammert), die eines gemeinsam haben: Sich nicht als sozialistisch zu verstehen. Die erste Gruppe (Schily, Schoppe) wolle die Grünen zu einer Partei der Mitte machen. Die zweite versuche, ihr ein dezidiert reformistisches Profil zu geben (Fischer, Kleinert). Dies verbinde sich mit einer strategischen Orientierung auf die SPD. Klassisches wie abschreckendes Beispiel — ein sicher allzu undifferenziertes Bild — sei die Regierungsbeteiligung in Hessen gewesen, in der grüne Inhalte nur umgesetzt worden seien, wo es der SPD nicht wehgetan habe. Der dritten Gruppe, den »gemäßigten« Realos (Mechtersheimer, Lippelt, Schilling) wird zugestanden, die grüne Programmatik weiter ernstzunehmen, dabei aber zu glauben, daß ihre Umsetzung nur durch eine Regierungszusammenarbeit mit der SPD vorangetrieben werden könne (19f.).

Die eigentliche Kritik formuliert die »pragmatische Linke« im wesentlichen am »Ministerflügel« der Realos, d.h. der VertreterInnen erster beider Gruppen. Politische Möglichkeit heiße für sie nicht denkbare Alternative, sondern degeneriere zur Machbarkeit (85). Anstatt eine Regierungsbeteiligung der Grünen an der Seite der SPD als ein mögliches Mittel zur Umsetzung eigener Politikinhalt anzusehen, werde diese als Ziel an sich betrachtet (35). Ihre Alternative, »realpolitisch sein oder nicht sein«, sei nichts als ein dreister Erpressungsversuch gegenüber der Partei (*spw* 43, 412). Die eigentliche Spaltungsgefahr und der Wille zur Spaltung gehe von dieser Gruppe aus. Die innerparteilichen Kontroversen um die Gewaltfrage, das Staatsverhältnis, den NATO-Austritt usw. werden — wohl nicht zu Unrecht — als der Versuch betrachtet, der Öffentlichkeit und den eigenen Anhängern die Notwendigkeit der Spaltung plausibel zu machen (22). Als Anschauungsbeispiel dafür, wohin die Reise gehen könnte, dient die SPD:

»Wenn es nach den 'harten Realos' ginge, hätten am Ende die Grünen mit der ökologischen Frage ange stellt, was die Sozialdemokraten historisch mit der sozialen vorexerziert haben. Ver- und Entsorgung o.k. (solange das Geld reicht), Emanzipation im Geschichtsbuch endgelagert.« (88)

Im »Fundi-Lager« werden bei Hippler ebenfalls drei Gruppen unterschieden. Das Etikett »fundamentalistisch« verdiene am ehesten die kleine Gruppe um Petra Kelly, die von einer nicht- (bzw. anti-)sozialistischen Position aus mit besonderem (selbst nicht immer eingelöstem) moralischem Anspruch radikalpazifistische und -ökologische Ansichten mit beträchtlichem Sendungsbewußtsein vertrete. Den bestorganisiertesten und artikuliertesten Teil bildeten die Hamburger ÖkosozialistInnen (Ebermann, Trampert, Bott), wobei die Gruppe nicht nur in Hamburg Anhänger habe. Die dritte, eigene, Gruppe sei ebenfalls ökosozialistisch, bemühe sich aber um pragmatische Strategien. Als bisherige Hemmnisfaktoren für größere eigene Wirksamkeit und Publizität werden

folgende Gesichtspunkte genannt: Fehlen glaubhafter Führungsfiguren, Zerriebenwerden zwischen den Fronten, Solidarisierungszwang mit den HamburgerInnen angesichts der Realo-Offensive, interne Konkurrenzen und die heterogene Binnenstruktur (17f.).

Das Neue an dieser Gruppe ist, daß sie nun erstmals öffentlich mit einer pointierten Kritik an der Hamburger Linie auftritt. Dabei ist zunächst die rückblickende Einschätzung der Hamburger Landtagswahl bemerkenswert:

»Es braucht nicht viel politischen Sachverstand, um zu erkennen, daß die als Ultimatum präsentierten harten Tolerierungsbedingungen der GAL von der SPD niemals akzeptiert werden würden, weil sie die Umwandlung der SPD in eine große grüne Partei erfordert hätten. Stellt man die interne Heterogenität der SPD in Rechnung, hätte ein Akzeptieren *dieser* Forderungen der GAL das innerparteiliche Tisch-tuch zerschnitten und die SPD an den Rand der Spaltung gebracht.« (spw 43, 407)

Dabei bleibt man aber nicht stehen. Einer Tolerierungspolitik wird aus heutiger Sicht als Versuch, eine Regierung zu beeinflussen und doch in der Opposition zu bleiben, eine Absage erteilt. Der Hamburger Gruppe wird vorgeworfen, der koalitionsorientierten (und dabei bzw. deshalb von Grundsatzpositionen abrückenden) Offensive der Realos nichts entgegenzusetzen zu können. Der Ursachenbeschreibung für diese mangelnde strategische Orientierung kann nur zugestimmt werden: Der harte Fundi-Flügel reproduziert beständig die These vom reformistischen Wesen der SPD als überhistorischer Wahrheit, was ihn dazu führt, Angebote der Zusammenarbeit wesentlich als Entlarvungsmanöver vorzutragen (39, 51, 80). Dem setzen Jürgen Maier und Ludger Volmer insofern eine differenziertere Sicht entgegen, als sie — wie oben gezeigt — die innere Heterogenität der SPD zur Kenntnis nehmen und von einer Falsifizierungsmöglichkeit für die These vom »ewigen Verrat der Sozialdemokraten« für die Zukunft ausgehen (51, 81). Daß sich hieraus insbesondere für linke Sozialdemokraten neue Gesprächsansätze ergeben, dürfte offensichtlich sein.

Das Verhältnis der »pragmatischen Linken« zum »Grünen Aufbruch« ist von großer Skepsis geprägt. Bisher sieht man darin den untauglichen Versuch, als Negativkoalition zwischen den Flügeln einen zusätzlichen Mittelblock zu konstituieren, ohne aber eine eigene Position hinreichend deutlich werden zu lassen (8, 58). Liest man das Aufbruch-Manifest daraufhin durch, findet man diese Sicht an mancher Stelle bestätigt, etwa wenn dort aus der Absage an alle bisherigen polarisierenden Schemata Fortschritt/Rückschritt, rechts/links usw. die Konsequenz gezogen wird:

»Wir dagegen schlagen vor, der Blocklogik der sauberen Rechts-/Links-Lagerbildung, der Polarisierung weitestgehend auszuweichen. Das ist möglich, indem wir das grüne Prinzip der Konsensbildung, der wechselnden Mehrheiten und der Respektierung von Minderheiten und Andersdenkenden wieder 'blankpolieren'.«<sup>5</sup>

Allerdings — in einigen wesentlichen Punkten trifft sich die Kritik beider Gruppen an den bisherigen Hauptflügeln. Auch die »Aufbruch-Gruppe« weist entschieden das Gerede vom »ökologischen Kapitalismus«, das den fundamentalen Gegensatz ökologischer Politik zur herrschenden Produktionsweise nur verwässert, zurück. Der Vorwurf, in weiten Bereichen noch keine klar ausgewiesenen politischen Konturen erkennen zu lassen, trifft aber auch die »pragmatische Linke« selbst.

## Staatsverständnis und Gewaltfrage

Ludger Volmer erblickt in den Positionen der Realo-Fraktion den Niederschlag eines klassisch-liberalen Staatsverständnisses. Dabei übersehe man aber, daß sich gerade der Universalismus der politischen Herrschaft, den sie im Staate so schätzten, als Garant eben der Verhältnisse bewähre, die uns die bekannten sozialen und ökologischen Schäden bescherten (69ff.). Das Mißverständnis der Fundis bestehe in einem instrumentellen Staatsverständnis, in einer theoretisch unhaltbaren Gleichstellung von Staat und Ökonomie. So allgemein richtig diese Abgrenzungen sein mögen (wobei zu fragen ist, ob Ebermann/Trampert wirklich so platt denken), so wenig konkret wird es jedoch, wenn es darum geht, selbst den Zusammenhang von kapitalistischer Ökonomie und Staat zu bestimmen. Volmer bleibt hier bei sehr allgemeinen, von Poulantzas und Gramsci entlehnten Begrifflichkeiten stehen: Der Staat als materielle Verdichtung eines gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses (72ff.). Das ist aber, seine näheren Erläuterungen eingeschlossen, eine immer noch klarere Ausgangsbasis als die des »Grünen Aufbruchs«, die »Sichtweise des Staates als widersprüchliche Herrschaftsform« als Ausgangspunkt jeder sinnvollen Staatsdebatte zu bezeichnen und zu fordern, grüne Politik müsse sich — wo immer sinnvoll (was immer das heißen mag) — auf staatlichen Einfluß richten (Teil 1, 17).

Die Wendung von der »Doppelgleisigkeit außerstaatlicher und staatlicher Aktion« als politischer Strategie bei Volmer erinnert an die Debatten der JungsozialistInnen der siebziger Jahre über Doppelstrategie. Nicht unproblematisch dürfte der daran gekoppelte Versuch sein, die Verbands»zuständigkeiten« in der BRD neu zu mischen: die klassischen Verbände, Gewerkschaften und Kirchen für die etablierten Parteien, die neuen sozialen Bewegungen für die Grünen (76f.). Diese »Aufgabenteilung« dürfte so von einigen Beteiligten nicht akzeptiert werden.

Die beiden Aufsätze, die sich mit der Gewaltfrage beschäftigen, gehen zu Recht davon aus, daß es sich dabei zunächst um eine von konservativer Seite aufgedrückte Debatte handelt. Hippler zeichnet anhand der parteiinternen Entwicklung genauer nach, daß daraus aber in der Folge ein innerparteiliches Kampfinstrument wurde. Das Dilemma der Linken wurde durch die (von ihm zutreffend kritisierte) Äußerung Jutta Ditfurths potenziert, die öffentlich die These vertreten hatte, der Staat brauche fast nichts so sehnsüchtig wie den Terror und den Schrecken, um von seiner eigenen tagtäglichen Gewalt abzulenken. Dazu Hippler:

»Eine solche Aussage unterschätzte die Machtmöglichkeiten des Staatsapparates und die Stärke rechter Kräfte in der BRD ebenso, wie das Maß öffentlicher Akzeptanz für den politischen Status quo ... Die kaum bestreitbare Tatsache, daß der Staatsapparat die Anschläge der RAF *ausgenutzt* hat ..., bedeutet eben nicht, daß der Staat politisch auf die RAF *angewiesen* gewesen wäre ...« (106)

Der Autor wendet sich aber gleichzeitig gegen parteiinterne Versuche, Ditfurths damit zusammenhängende Distanzierung von der RAF in eine Übernahme von Positionen der RAF umzumünzen und sie so zu diskreditieren. Sowohl bei ihm als auch bei Jürgen Reents und Michael Stamm geht es darum, das anläßlich dieser Debatte von Otto Schily geforderte uneingeschränkte Bekenntnis zum staatlichen Gewaltmonopol zurückzu-

weisen<sup>6</sup> und das Prinzip der »absoluten Gewaltfreiheit« (das dem eigenen Streben nach Durchsetzung politischer Forderungen mit staatlichen Zwangsmitteln widerspreche) zu relativieren. Die süffisanten Fragen von Reents/Stamm zur Hamburger Hafenstraße und insbesondere zu Rheinhausen lassen sich wohl schwer von der Hand weisen:

»Folgt die ganztägige Lahmlegung des Verkehrs in Duisburg, die Blockierung aller drei Rheinbrücken und von zwanzig Verkehrsknotenpunkten, der Bau von Barrikaden, die Drohung mit weiterer Verschärfung des Kampfes gegen Massentlassungen dem 'Prinzip der Gewaltfreiheit'?« (131)

Daß die Debatte darüber bei den Grünen noch aussteht, zeigt die Tatsache, daß der »Grüne Aufbruch« Blockaden und Besetzungen neben Streiks zu den legitimen Mitteln aus der Tradition des *gewaltfreien* Widerstands zählt (Teil 2, 11).

### Frauenpolitik

Als Dreh- und Angelpunkt grüner Frauenpolitik bezeichnet Marie-Theres Knäpper die Frage, welche politischen Schritte und Forderungen notwendig sind, um die Situation von Frauen mit (kleinen) Kindern konkret zu verbessern und gleichzeitig dem Ziel der Aufhebung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung näherzukommen (141). In dem grünen »Müttermanifest«, dem viel öffentliche Aufmerksamkeit zuteil wurde, sieht sie zwar ein berechtigtes Anliegen formuliert, weist aber den generellen Angriff auf die bisherige Frauenpolitik zurück (154). Anhand der Aspekte Arbeitsbegriff, Altenpflege usw. weist sie nach, daß das ökolibertäre Manifest wesentliche Übereinstimmung mit den Leitsätzen der CDU enthält, wobei selbst Rita Süßmuth daran »von links« das einseitige Verständnis einer überholten Frauenrolle kritisieren kann. Zusammengefaßt: »Im Müttermanifest wird die gesellschaftliche Arbeitsteilung akzeptiert, die Arbeit der Mütter idealisiert und mystifiziert.« (146)

Knäpper vergleicht das Manifest mit dem Selbstverständnispapier der Realos und kommt zu dem Ergebnis, daß im Windschatten der Mütter das grundlegende Ziel grüner Programmatik, die Aufhebung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, aufgegeben werde (148). Die Neuorientierung auf Teilzeitarbeit unterschiebe den Frauen ein entsprechende Interesse, ohne zu prüfen, ob Frauen denn heute überhaupt die Entscheidungsmöglichkeit darüber haben, ob sie teilzeitarbeiten wollen oder nicht (152). Beide Gesichtspunkte — Arbeitsbegriff und Teilzeitarbeit — machen deutlich, daß die Lafontaine-Debatte auch bei den Grünen noch lange nicht ausgestanden ist.

### Friedenspolitische Programmatik

Der Titel des friedenspolitischen Beitrags des Bandes »Die Grünen und die NATO — eine Frage, die keine ist«, läßt Hoffnung aufkommen, die bald enttäuscht wird. Denn allein von der NATO und der in der grünen Programmatik damit eng verbundenen Forderung nach einseitiger Abrüstung handelt der Artikel, der im wesentlichen den innerparteilich zunehmend konfliktreicheren Weg Grüner Friedensprogrammatik vom Saarbrücker Programm 1981 bis ins Jahr 1988 nachvollzieht.

Das Hauptanliegen der Autoren ist es dabei, die Forderung nach »Schwächung, Desintegration und schließlich Aufhebung dieses Bündnisses« (206) durch einseitige

Abrüstung gegen Kräfte wie Fischer, Schnappertz und andere zu verteidigen. Die Autoren machen sich dabei weder die Mühe, die Problematik einseitiger Abrüstung systematisch zu diskutieren noch sind sie bereit, und das ist besonders schade, weil sich gerade hier Anknüpfungspunkte ergeben könnten, die in den letzten Jahren eingetretenen Veränderungen des Bedingungsgefüges der Außen- und Abrüstungspolitik mit in die Diskussion einzubeziehen.

»Das Konzept (einseitiger Abrüstung) verarbeitete«, so Beer/Kaiser, »in ganz natürlicher Weise die Erfahrungen der Entspannungspolitik Anfang der siebziger Jahre« (204), also die Erfahrung der Erfolglosigkeit einer Rüstungskontrollpolitik, die schon deswegen scheitern mußte, weil sie permanent mit der weiterhin gültigen Abschreckungsideologie zusammenstieß. Es gibt im wesentlichen zwei Verarbeitungsmodelle des Scheiterns des alten Rüstungskontrollansatzes. Das eine und ältere davon ist das Modell einseitiger Abrüstung, das vereinfacht sagt: Wenn sich zwei (oder mehr) nicht auf Abrüstung einigen können, muß wenigstens einer so klug sein abzurüsten, gleich, was der andere tut, wenn auch mit der Hoffnung auf dessen Einlenken. Warum das einfacher zu machen sein soll als beiderseitig vertraglich geregelte Abrüstung, falls es mehr meint als einseitig kalkulierte Schritte, die ja doch wieder auf beiderseitige Aktion zielen, hat noch niemand erklären können. Denn wie die Klugheit einseitig so mächtig werden kann, daß sie sich gegen die bewaffnete Dummheit der restlichen Welt durchsetzt, fällt auch Beer und Kaiser nur die Frage ein: »Wie vermitteln wir es der Bevölkerung?« (204) Und die noch grundsätzlichere Fragestellung, daß die Klugheit oder der Überlebenswille der einen Seite nicht ausreicht, um zu überleben, solange die andere Seite weiter auf atomare Überlegenheit, Kriegführungsfähigkeit oder einfach auf Abschreckung setzt, wird von den Autoren nicht einmal gestellt. Das hat zum ersten Mal unter der Überschrift »Gemeinsame Sicherheit« 1982 der Bericht der Palme-Kommission getan. Wo die Position einseitiger Abrüstung sich im Grunde enttäuscht und resigniert von der *Möglichkeit* beiderseitiger Schritte zurückzieht, da radikalisiert das Prinzip gemeinsamer Sicherheit diese *Möglichkeit* zur objektiv zwingenden *Notwendigkeit*. Angesichts der Alternative zwischen dem gemeinsamen Überleben durch Abrüstung und Zusammenarbeit oder einem gemeinsamen Untergang läßt sich beim besten Willen nichts einseitig ausrichten, und austreten kann man aus einer solchen Weltlage ebenfalls nicht.

Über einseitige Abrüstung wird schon lange gestritten. Ärgerlich aber ist, daß neuere Entwicklungen, vom Palme-Bericht 1982 bis hin zum Brundtland-Report — also die gesamte Fragestellung globaler Probleme — nicht zur Kenntnis genommen oder (Entwicklung UdSSR) nur am Rande gestreift oder (INF-Vertrag) lediglich zum Anlaß genommen werden, die Streitigkeiten in der Grünen Fraktion auszubreiten, ob man 1987 weiter für den sofortigen (einseitigen) Rückzug der Raketen oder für die (beiderseitige) doppelte Null-Lösung eintreten sollte. Dabei wäre gerade der INF-Vertrag der Punkt, an dem man nun wirklich den Absolutheitsanspruch einseitiger Abrüstung hätte in Frage stellen müssen. Aber es kommt bei Beer und Kaiser nicht die leiseste selbstkritische Frage auf, ob es vielleicht mit diesem Festhalten an der einseitigen Abrüstungsformel zusammenhängt, wo alle Welt um beiderseitige Abrüstung in Form der

doppelten Null-Lösung kämpfte, daß grüne Friedenspolitik seit einiger Zeit weder konzeptionell noch politisch eine Rolle spielt. Ärgerlich auch das Herumhacken auf längst überholten Fragestellungen:

»Wenn man einmal anfängt, sich auf Verhandlungen zu verlassen, gibt es kein Halten mehr. Man landet dann völlig logisch bei sozialdemokratischen Positionen, die eben von diesem Verhandlungsansatz her entwickelt werden.« (211)

Und:

»Einseitige Schritte scheiden demnach aus in Bereichen, in denen ernsthafte Verhandlungen im Gange sind (weil diese ja stören würden).« (210)

Nach jahrelanger Diskussion zwar, aber eben doch, tritt die SPD-Fraktion für die Ablehnung von Ausgaben für neue Panzer und Tornados ein, für den Ausstieg aus dem Jäger 90, also für einseitige, besser eigenständige Schritte, ohne daß bei den Verhandlungen, auf die sich diese Schritte beziehen, auch nur entfernt Erfolg in Sicht ist. Eine solche »Diskussion« wie die von Beer und Kaiser nimmt keine Entwicklung zur Kenntnis, reproduziert allein die alten Stereotype.

Es soll nicht vergessen werden, daß die Grüne Partei wesentlich aus außerparlamentarischen Bewegungen, darunter auch der Friedensbewegung hervorgegangen ist. Und Bewegungen richten ihre Forderungen zunächst einmal an die Adresse der eigenen Regierung. Vielleicht kommt daher die Tendenz, Forderungen nach einseitiger Abrüstung zu stellen. Auch nicht zu vergessen ist, daß die Grüne Friedensprogrammik — Beer/Kaiser weisen darauf gleich zu Anfang ihres Aufsatzes hin — aus der Tradition des Pazifismus und Antimilitarismus kommt. Wie aber will man beide Grundanliegen heute politikfähig machen im Sinne der Formulierung durchsetzungsfähiger Schritte, wenn man die globalen Problemzusammenhänge nicht mitdiskutiert und sich damit der Chance begibt, Pazifismus unter heutigen Bedingungen als objektive Notwendigkeit für alle, also objektiv notwendigen Prozeß der Entmilitarisierung und Gewaltfreimachung der internationalen Beziehungen neu zu formulieren?

Notwendig wäre eine Politisierung der Grünen Friedensprogrammik. Notwendig, wenn auch bitter für eine Partei, die gerade daraus lange einen guten Teil ihrer Stärke bezog. Notwendig wäre die Erkenntnis, daß man hinter dem internationalen Diskussionsprozeß um Jahre zurückgeblieben ist, daß es erst einmal darum geht, aufzuholen und Anschluß zu gewinnen. Wie demagogisch auch die von Fischer auf die Grünen-Linke gemünzte Gleichsetzung der Forderung nach dem NATO-Austritt und dem Wunsch nach Wiedervereinigung ist: Die linken Grünen müssen sich aus einer innerparteilichen Schlachtordnung lösen, wo sie als Verfechter überholter, aber für »reine« linke Politik symbolhaft stehende Positionen nur untergehen können, während Realpolitiker wie Fischer — in seichter, sachlich wenig beitragender Form — auf veränderte Gegebenheiten einschwenken. Dieses Dilemma prägt nicht nur beim Frieden das Verhältnis linker Sozialdemokraten und linker Grüner, und solange dieses Überkreuzmuster nicht überwunden ist, gibt es wenig Hoffnung auf ein produktiveres Verhältnis.

## Strategische Überlegungen

Die »pragmatische Linke« der Grünen will sich der strategischen Herausforderung stellen, eine Koalitionsperspektive mit der SPD nicht von vornherein auszuschließen, dabei allerdings das inhaltliche Fundament der Partei nicht aufgeben (65). Man hat erkannt, daß es nicht reicht, nur offensiv die Bastionen der Herrschenden zu berennen, sondern daß die Fähigkeit entwickelt werden muß, den Kompromiß als Mittel im politischen Kampf einzusetzen (*spw* 43, 410). Angestrebt werden »inhaltliche Konzepte mittlerer Reichweite« (ein Begriff, der auch die heutige Juso-Debatte prägt), die mit positiven Orientierungen die Menschen erahnen lassen, daß die Abkehr von den heutigen Verhältnissen nicht Chaos, sondern eine Verbesserung der Lebenschancen bedeutet (91). Dies ist ein realistischeres Konzept als das, was bisher Ebermann und Trampert am linken Flügel der Grünen anzubieten hatten, denen in dieser Zeitschrift schon früher entgegengehalten wurde, daß sie eine Ausarbeitung von Zwischenschritten, von Vermittlungsebenen, vermissen ließen, um den von ihnen beschriebenen gesellschaftlichen Widersprüchen eine politikfähige öko-sozialistische Alternative entgegenzusetzen.<sup>7</sup>

Sicherlich sind solche Konzepte mittlerer Reichweite auch auf Seiten der »pragmatischen Linken« in manchen Bereichen noch gar nicht, in anderen erst in Ansätzen erkennbar. Dies wird von ihnen selbst auch freimütig zugestanden. Modellhaft könnte allerdings folgende Überlegung werden, die noch der inhaltlichen Ausgestaltung bedarf:

»Das strategische Problem bestand nun darin, radikale Minderheit und gemäßigte Mehrheit der Ausstiegsbefürworter [aus der Kernenergie] in einem politischen Bündnis zusammenzufassen, diese in einer gesellschaftlichen und politischen Mobilisierung zu bündeln mit dem Ziel, konkrete Ausstiegschritte einzuleiten.« (*spw* 43, 411)<sup>8</sup>

Dieses Problem besteht noch und ist als strategische Überlegung auf andere Felder ausdehnbar. Die »pragmatischen Linken« sehen die Möglichkeit der Organisation einer Koalition mit der SPD als »Konfliktbündnis«, in dem u.a. positive einzelne Reformschritte und Einzelmaßnahmen angepackt werden könnten, die auf der Nahtstelle linkssozialdemokratischer und grüner Positionen lägen, wobei sie diese Strategie ohne Einbeziehung und Stärkung der außerparlamentarischen, sozialen Bewegungen für undurchsetzbar halten (36ff.).<sup>9</sup>

Aufgabe von ÖkosozialistInnen bei den Grünen und linken SozialdemokratInnen müßte es unseres Erachtens sein, sich gemeinsam daran zu begeben, über solche Nahtstellen nachzudenken und tragfähige Konzepte mittlerer Reichweite zu entwerfen.<sup>10</sup> Ohne dies anzupacken, wird es weder gelingen, die Blockade der Grünen zwischen ökologischem Kapitalismus und Fundamentalismus zu durchbrechen, noch möglich sein, den Lafontaine-Lambsdorff-Deal zu stoppen. Linke SozialdemokratInnen können kein Interesse an einem weiteren Niedergang der Grünen haben. Ihn aufhalten können die Grünen aber nur selber. Ob ihn die begonnene Binnendifferenzierung noch weitertreibt oder einen Umkehrprozeß einleitet, ist noch nicht entschieden. Das wird u.a. davon abhängen, ob die dialogfähigeren Gruppen auf beiden Flügeln (und in der Mitte) in der Lage sind, selbst die Dynamik der künftigen Entwicklung zu beein-

flussen. Und dies wird letztlich nur dann funktionieren können, wenn sie es schaffen, eine politische Perspektive für die Partei *als Ganzes*, d.h. die beiden »harten« Flügel eingeschlossen, zu entwickeln.

## Anmerkungen

- 1 Ebermann, Thomas, und Rainer Trampert: Yuppie ayeah!, Konkret 7/1988, S.10.
- 2 Arkenstette, Birgit, u.a., »Es gibt nichts Wahres im Falschen« (Adorno). Zur Strategiedebatte bei den Grünen. In: *spw* 40/1988, S.127ff.
- 3 Hippler, Jochen, und Jürgen Maier (Hrsg.): Sind die Grünen noch zu retten? Krise und Perspektiven einer ehemaligen Protestpartei, Köln 1988. Alle weiteren Seitenabgaben im Text beziehen sich hierauf.
- 4 Langweilige Bekenntnisse zu einer illusionslosen Bestandsaufnahme. Zur Situation und Strategie der Grünen. In: *spw* 43, 1988, S.404ff.
- 5 Vgl. Zwischen Regierung im Wartestand und Revolution im Ruhestand. Das Manifest »Grüner Aufbruch '88«. In: *Frankfurter Rundschau* vom 7.7.1988, S.17 (Teil 1), und vom 8.7.1988, S.10f. (Teil 2); hier Teil 2, S.10.
- 6 Das brachte den Grünen auch schon früher von vermeintlich »linken« Sozialdemokraten den Vorwurf ein, den freien Rechtsstaat mindestens ebenso ruinieren zu können wie die CDU-Versuche zur staatlichen Beschränkung von Grundrechten; vgl. dazu Schöler, Uli, »Schwarz-grüne Allianz gegen die SPD«? In: *spw* 34/1987, S.74.
- 7 Vgl. Albers, Detlev: Zukunft der Grünen und Zukunft der Linken. In: *spw* 27/1985; hier zit. nach ders., Sozialismus im Westen, Berlin/West, Hamburg 1987, S.227.
- 8 Im Text sind an dieser Stelle Minderheit und Mehrheit vertauscht, es geht aber aus dem Zusammenhang hervor, daß es so wie hier wiedergegeben gemeint ist.
- 9 Auch der »Grüne Aufbruch« formuliert in eine solche Richtung: »Wir werden uns darum weder daran beteiligen, die Grünen durch den geistigen Totalausverkauf vermeintlich koalitionsfähiger, noch prinzipiell koalitionsunfähig zu machen.« (Teil 1, S.17)
- 10 Ähnlich hatte Eckhard Stratmann Anfang 1987 gefordert, »für eine rot-grüne Mehrheit — schon 1990 — und Zusammenarbeit einzutreten, aber auf der Priorität von politischen Inhalten vor dem Gerede von rot-grüner Zusammenarbeit zu insistieren. Für Linke heißt das, ökologisch-sozialistische Inhalte mit Nachdruck in die Debatte einzubringen.« Vgl. Stratmann, Eckhard: Was heißt denn hier »links«? In: *spw* 34/1987, S.64.

Jürgen Maier

## Rechtsruck?

### Zur Lage der Grünen nach dem Karlsruher Parteitag

1988 war für die Grünen ein Jahr, das im wesentlichen von der Abwesenheit relevanter, nach außen wirkender politischer Tätigkeit gekennzeichnet war, obwohl es doch ein Jahr war, das eigentlich hervorragende Möglichkeiten für gesellschaftlich wirksame grüne Politik bot. Umwelt- und Atomskandale zuhauf, eine sowjetische Abrüstungspolitik, die die NATO von einer Verlegenheit in die andere stürzt, der bevorstehende EG-Binnenmarkt, der große soziale und ökologische Veränderungen bringt ... — die Probleme, wegen derer die Grünen gegründet wurden, sind aktueller denn je. Und die Bereitschaft der Bevölkerung, diese Fragen ernstzunehmen, auch. Sieht man einmal von der erfolgreichen Verschuldungs-Weltwirtschafts-Kampagne anlässlich des IWF-Weltbank-Gipfels in Berlin ab, gelang es den Grünen jedoch fast nirgendwo, politische Impulse zu setzen. Auch wenn man sagen muß, daß die Grünen damit nur Spiegelbild der gesellschaftlichen Realität geschwächerter sozialer Bewegungen und nachlassenden politischen Engagements sind, ist dies doch für eine Partei mit einem so hohen Anteil von Akademikern mit einiger politischer Erfahrung ein sehr enttäuschendes Bild, auch gemessen an den eigenen Ansprüchen, mit denen sie antrat. Um so heftiger wurde innerparteilich gewählt, wenngleich die dafür verwendeten Energien keineswegs sonderlich produktiv verausgabt wurden.

Mitte 1988 hätte man relativ optimistisch die Zukunft der Grünen beurteilen können, nachdem der Godesberger Perspektivkongreß eine Rückkehr zur inhaltlichen Diskussion und damit eine Versachlichung einer längst in irrationale Bahnen abgeglittenen Diskussion über den künftigen Kurs der Partei signalisiert hatte. Der große und entscheidende Unterschied dieses Perspektivkongresses zu den sonst üblichen Parteitagen lag darin, daß keine Abstimmungen anstanden, mithin die Demagogen schlechte Karten hatten. Die festgefahrene Fundi-Realo-Kontroverse wurde durch die Ausdifferenzierung der Flügel und die Herausbildung neuer Gruppen, die sich von manchen Strömungsloyalitäten zu emanzipieren begannen, auf eine politische Grundlage gestellt. Dies war ein wichtiges Resultat der Diskussionen auf dem Kongreß, die Schulterschußreflexe und Solidarisierungszwänge ansatzweise außer Kraft setzten und real vorhandene inhaltliche Differenzierungen innerhalb der scheinbar so betonharten Flügel sichtbar werden ließen. Für die »Chefs« beider Strömungen hatte dies die Konsequenz, daß sie die bisher trotz teilweise erheblicher politischer Differenzen bestehenden Loyalitäten innerhalb des eigenen Lagers in Gefahr sahen. Eine solche Ausdifferenzierung ist angesichts der wenig attraktiven bzw. tragfähigen politischen Optionen der bis dahin bestehenden beiden Strömungen nach wie vor dringend notwendig, um aus der Sackgasse herauszukommen.

Allerdings war diese hoffnungsvolle Entwicklung nicht von Dauer. Kurz vor dem Perspektivkongreß hatte der *Spiegel* den sogenannten »Finanzskandal« publiziert, mit

Anschuldigungen von Finanzmanipulationen, durchgeführt von Mitgliedern des Bundesvorstandes. Die in die Defensive geratenen Realos nutzten diese Chance zu einer Verleumdungskampagne großen Stils gegen den Bundesvorstand bis hin zur persönlichen Demontage einzelner. Hier wurde Machtpolitik in ihrer häßlichsten Variante sichtbar. Wenn einem Leute hämisch grinsend ins Gesicht sagen, sie hätten schon drei Wochen vor Veröffentlichung der verleumderischen Artikel genau gewußt, daß der Artikel kommen werde, was drinsteht und wann er kommen würde, dann braucht man von solchen Leuten jedenfalls keine irgendwie geartete »grundlegende Alternative zu den herkömmlichen Parteien« (Bundesprogramm 1980) zu erwarten, auch nicht eine irgendwie geartete menschlichere Politik. Bemerkenswert ist z.B. auch, daß der *Spiegel* bei den Gerichtsverhandlungen über die vom Bundesvorstand angestrebte Gegendarstellung immer einen Tag nach Vorstandssitzungen sämtliche noch so internen Dokumente hatte. Es war kein Wunder, daß bei dieser gezielten Kampagne von Vorverurteilungen und Verleumdungen etwas hängenblieb und nach kürzester Zeit kaum noch jemand durchblickte, was wirklich geschehen war. Auch wenn sich rasch gezeigt hatte, daß die tatsächliche Substanz der Vorwürfe die darüber entwickelte Hysterie in keiner Weise rechtfertigt, breitete sich eine Stimmung aus, die forderte, daß Köpfe rollen müssen, um die Sache zu bereinigen. Das ist zwar ähnlich rational wie beispielsweise die Demission eines Bremer Innensenators auf Grund von Fehlern eines Polizeikommissars, aber so ist das offensichtlich in der Politik: man glaubt, mit der Demission von Personen wäre der zugrunde liegende Streitpunkt gelöst. Bedenklich scheint mir zu sein, daß nach den zahllosen Bauchlandungen der Realos bei ihrem Versuch, über Rechtsanpassungen zentraler inhaltlicher Programmatiken der Partei die innerparteiliche Macht zu übernehmen, sie jetzt zu solchen Dreckkübelmethoden greifen und damit erfolgreich waren. Das läßt für die Zukunft nichts Gutes erwarten. Daß die Attraktivität und politische Ausstrahlung der Grünen mit solchen Methoden kaum gesteigert wird, ist ein von ihnen zwar nicht intendierter, aber billigend in Kauf genommener Nebeneffekt. Innerparteiliche Folge war auch, daß die zarten Tendenzen zu einer Versachlichung der innerparteilichen Kontroverse heftig untergebügelt wurden, gleichzeitig alte Schulter-schlußreflexe wiederbelebt wurden (und im Falle der Solidarisierung mit verleumdeten Personen auch zu Recht).

Entsprechend verlief der Karlsruher Parteitag Anfang Dezember. Es war wie im Fußballstadion: zwei gegnerische Mannschaften kämpfen gegeneinander und auf den Rängen, die Fanclubs, die je nachdem, wer redet bzw. ein Tor schießt, jubeln oder grölen. Nur wenige Realos waren so ehrlich, zuzugeben, daß es ihnen überhaupt nicht um die Stichhaltigkeit irgendwelcher Vorwürfe hinsichtlich finanzieller Manipulation geht, sondern daß sie einen Vorstand loswerden wollten, der ihnen politisch nicht paßte, ansonsten wurde geheuchelt, was das Zeug hielt. Eine abstoßendere Debatte habe ich bei den Grünen noch nicht erlebt, und so ging es nicht um rationalen Diskurs, sondern um Stimmungen, die bewirkten, daß eine Mehrheit von 214 gegen 186 Delegierte der Meinung war, daß ein Rücktritt des Vorstandes den Karren wieder aus dem Dreck ziehen könnte. Damit hatte kaum jemand gerechnet. Die Realos und Vertreter des »Aufbruch 88« fielen sich jubelnd in die Arme, haben sich jedoch vermutlich zu

früh gefreut. Seitdem wurde von dem angeblich so dramatischen »Finanzskandal« nichts mehr gehört. Die Linken zogen aus, doch »wer rausgeht, muß auch wieder reinkommen«: sie beantragten die Beendigung des Parteitags, beschlossen nach der Ablehnung dieses Vorschlags, nicht mehr teilzunehmen und taten es dann als Individuen doch.

Das eigentlich Bedenkliche an diesem Vorgang ist nicht die Tatsache, daß einem Parteivorstand das Mißtrauen ausgesprochen wurde, sondern die Art und Weise, wie dies zustandekam. Daß es sich um einen Realo-Durchmarsch oder Rechtsruck der Partei gehandelt haben könnte, wird zwar von manchen (triumphierend oder wehklagend, je nachdem) postuliert, ist aber bei näherem Hinsehen so nicht aufrechtzuerhalten. Anders wäre es nicht zu erklären, daß ein und derselbe Parteitag anschließend eine Mitte-Links-Liste für die Europawahl wählte, bei der die Favoriten des »Bundesrealotreffens« glatt durchfielen. Ein neuer Vorstand wurde in Karlsruhe nicht gewählt, es gibt jetzt einen kommissarischen Interimsvorstand, der in erster Linie den nächsten Parteitag (2.-4. März) vorbereiten soll. Dort werden die Karten neu gemischt. Es ist extrem schwierig, irgendwelche Vorhersagen zu machen, wie es weitergehen wird. Mehr oder weniger klar ist, daß eine Spaltung oder ein Durchmarsch einer Strömung in der Partei breit abgelehnt wird. Vermutlich werden sich auf dem nächsten Parteitag die Realos wundern, wie wenig sich von ihrer geplanten Machtübernahme verwirklichen läßt, während die Fundis kräftig Federn lassen dürften. Gute Karten dürften die undogmatischen (nicht-fundamentalistischen) Linken, Vertreter des sogenannten »Aufbruch 88« und Strömungsunabhängige haben.

### Zur Lage der Strömungen

Dieser sogenannte »Aufbruch 88« — eine Gruppe, die sich als strömungsunabhängig versteht — hat sich allerdings auf dem Karlsruher Parteitag weitgehend als Hilfstruppe der Realos diskreditiert. Ihr zentrales Projekt ist eine mir in ihrem Sinn (außer macht-taktisch gesehen) völlig unklare »Urabstimmung« über den Kurs der Partei. Die Strömungen sollen »Manifeste« über den künftigen Kurs der Partei vorlegen, über den dann alle Mitglieder brieflich abstimmen sollen. Daß dies spätestens bei drei oder mehr solcher »Manifeste« nur noch zu Chaos, jedoch nicht zu Mehrheiten führen kann (von vernünftigen politischen Diskussionen ganz abgesehen), müßte nach eingehenderer Analyse zwar sehr deutlich sein, aber in der gegenwärtigen (oder vor Karlsruhe bestehenden) Gemütslage der Grünen konnten solche Einwände offenbar die des Streits überdrüssige Partei nicht überzeugen. Die notwendige Anzahl von 120 Kreisverbänden, die dieses Projekt unterstützen, ist inzwischen zusammengekommen. Vermutlich dürfte dieses ausgedehnte Selbstbeschäftigungsunternehmen damit nicht mehr zu verhindern sein, obwohl alle anderen Strömungen dies entweder offen ablehnen, wie die linken Strömungen, oder nur aus taktischen Gründen, wie die Realos, unterstützen, jedenfalls bis zum Sturz des Bundesvorstandes auf dem Karlsruher Parteitag. Im Augenblick ist das Projekt »Urabstimmung« ein unklarer Faktor. Jedenfalls dürfte der Haupteffekt der Urabstimmung sein, daß sich die Grünen in nächster Zeit wieder mit sich selbst beschäftigen. Die geschätzten Kosten des Projekts belaufen sich immerhin

auf stolze DM 150000. Während die ökologische Krise sich zuspitzt, die Nordsee stirbt, das Militär immer deutlicher in die größte Legitimationskrise seit dem Zweiten Weltkrieg kommt, die USA Libyen angreifen, ein Tiefflieger nach dem anderen abstürzt usw. — wir machen Urabstimmung, aber jedenfalls keine Politik.

Dem Vernehmen nach haben die Realos interne Schwierigkeiten, sich auf ein gemeinsames Manifest zu einigen, was schon seit dem Perspektivkongreß im Juni 1988 deutlich wurde, als in der realo-typischen Politik der vollendeten Tatsachen das Realo-»Fußvolk« mit einem ökoliberalen Realo-Manifest einiger ihrer sogenannten Vordenker beglückt wurde, in dem der »konsumorientierte urbane Citoyen des Jahres 2000« (sprich: der Yuppie) zur Zielfigur der Realos erhoben wurde. In gänzlich untypischer Weise muckte das Realo-Fußvolk auf, das Papier mußte zurückgezogen werden. In den seitdem stattgefundenen realointernen Debatten haben sich offenbar die Hardliner gegen die »kritischen Realos« durchgesetzt. Die Herausbildung einer eigenständigen Fraktion »kritischer Realos« wird vermutlich stark dadurch behindert, daß die autoritären Denkmuster der früheren K-Sekten KBW und KPD, denen viele der Realos entstammen, bei ihnen noch heute weit verbreitet sind. Weitgehend einig sind sie sich jedenfalls in dem Bestreben, eine »reformpolitische Mehrheit« im künftigen Parteivorstand und überhaupt der Partei herzustellen, was aber bei einer Fortsetzung der bisherigen Unterordnungspolitik dieser »kritischen« Teile unter die kompromißlose Machtpolitik der rechten Chef-Realos in dieser Form unbedingt abgelehnt werden muß, selbst wenn man im Prinzip an Reformpolitik, aber an einer prinzipientreuen Reformpolitik statt politischen Ausverkauf interessiert ist. Der harte Kern der Realos wird allerdings auch künftig mit knallharter Machtpolitik versuchen zu verhindern, daß sich eine pragmatisch-prinzipientreue Reformpolitik durchsetzt. Dort, wo der Realo-Durchmarsch über wenigstens formal korrekte demokratische Prozesse nicht möglich ist, wird offen an Spaltung gearbeitet, wie etwa in Hamburg, wo die Realos per Pressepolitik sich inzwischen anschicken, neben der GAL eine Realo-Partei aufzumachen.

Eine große Gefahr für das linke Spektrum ist derzeit die bei den Fundis verbreitete Stimmung, die »undogmatischen Linken« als Spalter der Linken, Verräter und Realo-Kollaborateure wahrzunehmen, die angeblich bereits jetzt ihre Deals mit den Realos machen, um in Zukunft noch in Positionen gewählt zu werden, und sich deswegen von den Fundis absetzen. Bequem an dieser Auffassung ist, daß man durch dieses Ausweichen auf die rein machttaktische Ebene der inhaltlichen Kritik an der Fundi-Position ausweichen kann. Gefährlich daran ist, daß es eine Tendenz zur self-fulfilling prophecy beinhaltet. Wenn die Fundis sich selbst ins Getto begeben und sich von den undogmatischen Linken soweit absetzen, daß sie diese auch nicht mehr mitwählen, dann haben wir in der Tat die Spaltung der Linken. Intelligentere Realos haben längst begriffen, daß auch ihnen nicht an einer Abspaltung der gesamten Linken gelegen sein kann und sie aus wahltaktischen Gründen wie die SPD auch einen minoritären, »politikfähigen« linken Flügel brauchen, wozu ihnen die pragmatischen Linken gerade recht wären. Diese haben an dieser Perspektive freilich kein Interesse, sondern stellen sich das anders vor: wir streben ein Mitte-Links-Bündnis als mehrheitsbildende Konstellation in der Partei gegen einen dauerhaft minoritären rechten Flügel, dem harten Block der Realos, an, so

wie das bisher bereits bei nahezu allen inhaltlichen Streitfragen der Fall war. Dies ist allerdings erst dann möglich, wenn die Fundis nach aller verständlichen emotionalen Betroffenheit über Karlsruhe (auch mir macht es keinen Spaß, vom Parteitag zum Rücktritt aufgefordert zu werden), zu einer rationalen Bündnispolitik in der Partei überzugehen, die den längst offensichtlichen Tatbestand akzeptiert, daß sie nicht zu definieren haben, wer »links« ist, und daß sie auch nicht mehr die hegemoniale Kraft des linken Spektrums der Grünen sind. Es muß möglich sein, die Fundi-Strategie politisch zu kritisieren und eine andere linke Strategie zu verfolgen, ohne deshalb sofort als Verräter und Realo-Kollaborateur abgestempelt zu werden. An dieser Fähigkeit, mit solcher Kritik rational umzugehen, mangelt es den Fundis bisher. Nach wie vor ist auch für die Fundis eine politische Alternative außerhalb der Grünen nicht in Sicht, auch wenn sie sich dies wünschen würden. Es wird also nicht unmaßgeblich auch vom Verhalten der Fundis abhängen, ob wir es künftig mit einer grünen Partei zu tun haben, die

- von einer tragfähigen, an Inhalten orientierten Mitte-Links-Mehrheit wieder im Sinne einer »grundlegenden Alternative zu den herkömmlichen Parteien« (Bundesprogramm 1980) politikfähig gemacht wird und der opportunistischen Machtpolitik des rechten Flügels dauerhaft einen Riegel vorschiebt, oder
- ob die Parteilinke sich spaltet und daher einer hegemonialen Mitte-Rechts-Mehrheitsfraktion lediglich eine undogmatische Linke als dauerhaft minoritärer Flügel und sich linksradikal gebärdende Fundis als völlig einflußlose, ständig von Ausgrenzung und Selbstausgrenzung bedrohte Gruppe à la Militant Tendency hat. Ein ähnliches Resultat würde bei einem Austritt der Fundis aus der Partei eintreten.

Eine andere Alternative dürfte kaum bestehen. Die undogmatische Linke bevorzugt entschieden die erste Option. Zur Herstellung einer politik- und tragfähigen Mitte-Links-Mehrheit ist es aber auch unabdingbar, daß die Partei insgesamt sich wieder mit den inhaltlichen Fragen beschäftigt, wegen derer sie gegründet wurde und weshalb sie auch weiterhin notwendig ist. Eine Rückkehr zur Politik ist daher angesagt. Eine pragmatische, aber prinzipientreue, an Inhalten orientierte politische Strategie, für die die »undogmatische Linke« steht, dürfte innerparteilich breit mehrheitsfähig sein, doch kommen diese Mehrheiten bisher nicht zum Zuge. Dies liegt auch an der personellen Schwäche dieser Strömung in den Entscheidungsgremien. Hier muß sich noch einiges ändern, ebenso an der Bereitschaft der entsprechenden Personen zu kandidieren. Eine grüne Partei, die wieder Politik statt Selbstbeschäftigung macht, die aus den bisherigen Fehlern lernt und wieder gesellschaftliche Impulse für eine radikale Veränderung setzt, statt sich opportunistisch anzupassen, wäre dann im Gegensatz zu heute auch tatsächlich in der Lage, über reformpolitische Zusammenarbeit mit der SPD nachzudenken und diese ernsthaft herauszufordern. Daß Koalitionsangebote an die SPD keine Spezialität ministeriumsfixierter Realos sein müssen, zeigt die Berliner AL derzeit. Gegenwärtig ist für die weitere Entwicklung der Grünen vieles möglich. Auch, daß es der Partei noch gelingt, eine an den radikalen Zielen der Partei orientierte tragfähige Strategie zu entwickeln, mit der diese Ziele tagespolitisch umsetzbar gemacht werden und an Hand derer Erfolg oder Mißerfolg beispielsweise von Koalitionsverhandlungen beurteilt werden können. Diese Chancen müssen und können jetzt genutzt werden.

# Kommunistische Kontroversen

Mechtild Jansen

## Deutsche Kommunistische Partei — eingeklemt zwischen Vergangenheit und Zukunft

Seit die Sowjetunion die Welt mit ihrer zweiten Revolution von »Glasnost und Perestrojka« in Staunen versetzt, rüttelt und schüttelt es die Deutsche Kommunistische Partei. Nachdem alle Attacken auf den einzig wahren Marxismus-Leninismus, die Reihen, Augen und Ohren fest geschlossen, abgewehrt worden waren, hatte die Partei mit diesem Ansturm auf ihre Bastion weder gerechnet noch war sie ihm gewachsen. Noch einmal vom großen Vorbild inspiriert, fanden sich nach einem Weilchen immerhin ein paar »Erneuerer«. Damit aber war es mit der Einigkeit einer gegen die feindliche Umwelt reitenden Sekte vorbei. Und wie immer in solchen Fällen, ist die Schlacht der Macht ohne Gnade und unfein. Die bürgerliche Presse zeigt Interesse. Der jüngste Parteitag der DKP in Frankfurt versprach eine Schauspielvorführung zu werden. Der Einfluß der Partei ist gering. Gleichwohl besetzt die DKP ein linkes Feld. Andere Linke bleiben, gewollt oder nicht, von der Misere unberührt.

### 20 Jahre DKP — kaum Wurzeln geschlagen in der BRD

Die heutigen Schwierigkeiten der DKP haben ihre Vorgeschichte. Die Partei ist vor 20 Jahren gegründet worden als Produkt vor allem außenpolitischer Veränderungen, nämlich der Entspannungspolitik. In der innergesellschaftlichen Auseinandersetzung war die Frage der Legalisierung einer Kommunistischen Partei nicht ausgefochten, das KPD-Verbots-Urteil nicht aufgehoben. Die DKP, auf die alte KPD aufbauend, konstituierte sich nur äußerlich bemäntelt neu. Die Berufsverbote-Praxis konnte später an diesen unausgestandenen Konflikt um die angebliche Verfassungsfeindlichkeit anknüpfen. Die Existenz der DKP war von Beginn an an ihre Schutzmächte DDR und UdSSR gebunden, die ihr eine entsprechend interessenbezogene Aufgabe zuwiesen. Die Partei war politisch, ideologisch und finanziell abhängig von der SED (bzw. deren großer Bündnismacht KPdSU) und hat sich daraus nie lösen können. Unter diesem zweifelhaften Schutzmantel war sie auch nie zur Emanzipation gezwungen, wähnte sich aber groß und bedeutungsvoll im Licht und Glanz kommunistischer Weltmacht. Hinzu kamen die Traditionen aus der Zeit des Faschismus bzw. Stalinismus. Die KPD war, wie die meisten kommunistischen Parteien in ihrer Politik, streng der autoritären sowjetischen Partei untergeordnet, was aber, aller Ideologie zum Trotz, nicht im Interesse der einzelnen kommunistischen Parteien sein sollte. Diese starke Prägung ließ die DKP die SED und DDR bzw. KPdSU und UdSSR notfalls blind verteidigen.

Diesen Konstitutionsbedingungen auf der einen Seite entsprachen die an der Ost-

West-Grenze besonders zugespitzten Verhältnisse auf der anderen Seite: Antikommunismus, Diskriminierung, Kriminalisierung oder Nicht-Beachtung der Kommunisten in der kapitalistischen Bundesrepublik. Das aber kann als Erklärung für mangelnden Erfolg nicht ausreichen, wenn davon ausgegangen wird, daß die Menschen zwar in objektive Verhältnisse hineingeboren, als Subjekte der Geschichte aber zu ihrer Veränderung befähigt sind. Die DKP hat sich umgekehrt viel Mühe gegeben, der unfreundlich gesinnten Umwelt Stoff für deren Argumentation zu liefern.

Die Partei hat es nicht geschafft, in der BRD und von den Menschen dieses Landes ausgehend, politisch wirklich Fuß zu fassen. Geprägt von den alten, aus der Illegalität oder der DDR kommenden Kadern, erhielt sie Zuwachs aus den Ausläufern der 68er Studentenbewegung und über ihre Jugendorganisationen. Entweder wanderten diese neuen Kader später wieder ab oder sie paßten sich an. Manches Gewerkschaftsmitglied konnte sie gewinnen, doch auch in den Betrieben ging ihre Bedeutung in den letzten Jahren zurück. Gewissen Einfluß hatte die Partei in einigen außerparlamentarischen Bewegungen über angeblich unabhängige »Bündnis«-Organisationen, mit denen sie eine letztlich verheerende Bündnispolitik betrieb, herübergeschleppt zum Teil aus der Zeit der Illegalität und immer bestimmt von ihrem Macht- und Herrschaftsanspruch.

Für einige Jahre vermochte die Partei für einen kleineren Teil linker Kräfte wohl Hoffnung auszulösen, war sie ein Stachel für das saubere »Modell Deutschland« und erinnerte an Ausbeutungsstrukturen auch im Wohlstandskapitalismus. Später aber besetzte sie ein linkes Feld lediglich konservativ, behinderte sie gar manche Möglichkeit der Weiterentwicklung progressiver Politik.

### **Lernunfähigkeit und Substanzverluste**

Diese DKP-Art der Einflußgewinnung und -ausübung funktionierte in den letzten Jahren zunehmend weniger. Die wissenschaftlich-technische Revolution und die Veränderungen in Struktur und Lebensweise der Lohnabhängigen machten Art und Inhalt der bisherigen »Orientierung auf die Arbeiterklasse« fragwürdig — die wohl eingreifendste Veränderung für die Identität der Kommunisten und aller anderen Kräfte der Arbeiterbewegung. Die globalen Probleme traten ins Mittelfeld. Als weitere Faktoren kommen Krise, Rechtswende und konservative Erneuerung, die Defensive der Gewerkschaften, das Entstehen und Wachsen neuer autonomer Bewegungen, der Aufstieg der Grünen Partei, die Veränderungen in der Politik der SPD nicht zuletzt im Verhältnis zu den kommunistischen Parteien des Ostens (Stichwort: SPD/SED-Papier) und die trostlosen inneren Verhältnisse und Entwicklungen der DKP hinzu.

In den vergangenen Jahren gab es auch in der DKP oder in deren Bündnisumfeld (das gelegentlich den hochgehaltenen Anspruch ernstnahm) kritische Diskussionen und Politikansätze. Sie waren im Bereich der Intelligenz, der Künstler, der *Deutschen Volkszeitung* (DVZ), in Einzelfällen in Grundorganisationen, im Friedens- und Frauenbereich oder der Ökologiefrage angesiedelt, betrafen Fragen der Bündnispolitik, neuer Politikinhalte, des Demokratie- oder Sozialismusverständnisses bzw. des Verhältnisses zu den Bruderparteien. Immer aber wurden sie in spezifisch kommunistischer Art hart

verfolgt und ausgegrenzt, in den eigenen Reihen notfalls mittels Ausschluß (z.B. im Fall *Debatte*). Später gab es im Namen ständiger Weiter- und Aufwärtsentwicklung bisweilen unauffällige politische Korrekturen, aber stets auf Druck, reaktiv erzwungen, Jahre verspätet und mit entsprechender Unglaubwürdigkeit. Viele Mitglieder gingen in die »stille Kündigung« oder traten aus der Partei aus. Diese Art der Gehorsamsverweigerung war in einer monolithischen, autoritären, klimatisch gegenüber »Abweichlern« immer noch stalinistisch beeinflussten Partei oft der letzte mögliche Schritt. Der DKP ging dadurch zwar wertvolle Substanz verloren, doch diese Abwanderungen machten zugleich viele Verbliebene nachdenklich und damit auch die gegenwärtige Erneuerungsdebatte erst möglich. — Brüchig also war das Gebäude schon vor den Veränderungen in der Sowjetunion. Als diese zentrale Stütze entfiel, fielen — nur noch notdürftig begrenzt durch den »Rückhalt« in der SED — wesentliche Bauteile zusammen. Früher als die SED geriet die DKP in die Zwickmühle zwischen westdeutscher Öffentlichkeit, emanzipativen Bewegungen und Perestrojka.

### Der öffentliche Ausbruch der Krise

Es war die Folge der Gorbatschow-Wende in der Sowjetunion seit 1985, daß in den letzten zwei Jahren schwindender Einfluß, handfeste Krise und der Konflikt in der DKP nicht mehr im Namen kommunistischer Prinzipien unter der Decke gehalten werden konnten.

Die TrägerInnen einer sich herausbildenden innerparteilichen Oppositionsströmung kommen zum großen Teil aus dem Kreis der ehemaligen und heutigen FunktionärInnen der Jugendorganisationen. Sie haben in Bremen, Hamburg, Köln und eingeschränkt in Dortmund bzw. dem Ruhrgebiet und Rheinland-Pfalz ein spezifisches politisches Umfeld (relativ starke linke Konkurrenz, ein traditionell entwickeltes politische Klima, einstige eigene Traditionen u.a.) gefunden. Sie haben die Eigenart der DKP-Politik sehr lange selbst mitgetragen und setzten ihrerseits auf eine entsprechende kommunistische »Karriere« (die bekanntlich gegen die »Alten« hart verdient sein muß). Auf dem Boden der Frustration oder Ernüchterung über äußeren und inneren Erfolgsmangel bewirkte erst das sowjetische Vorbild Änderung. Die Tiefe des Lernprozesses wird sich herausstellen müssen. Nüchternheit ist angebracht. Das Dilemma der Erneuerer ist, daß die Kräfte, mit denen ernsthafte Veränderungen durchzusetzen wären, zu großen Teilen die Partei bereits verlassen haben. An der Parteibasis dürften sie gegenwärtig bei ca. einem Viertel bis zu einem Drittel der Mitglieder Sympathie finden.

Aktenkundig wurde die Kontroverse in der Vorbereitung des soeben in Frankfurt abgehaltenen Parteitages. »Zur Lage und künftigen Entwicklung der DKP« lagen erstmalig in ihrer Parteigeschichte zwei Antragsdokumente vor. Die vorbereitende Kommission hatte sich nicht einigen können, die Minderheit äußerte sich mit einem eigenen Text. Die Aufregung war entsprechend, der Vorgang hingegen eigentlich banal.

Die veränderte Situation beginnt für die gesamte Partei damit, daß sie, wenn auch in Abstufungen, endlich die Realitäten zur Kenntnis nehmen muß. Mit den immerwährenden Erfolgsbilanzen ist es erstmalig vorbei, selbst wenn die Bilanzen immer noch

nicht wirklich ungeschönt sind. So dürften die Mitgliederzahlen weiter nicht der Realität entsprechen, das offene Geheimnis der Fremdfinanzierung (ohne die z.B. das Problem der UZ gelöst wäre) ist nicht gelüftet, die Anzahl der hauptamtlichen »legalen« und »illegalen« (z.B. in den Bündnisorganisationen) Kader ist retouchiert. Auch Art und Inhalt der sogenannten Bündnispolitik sind noch längst nicht an ihren Wurzeln kritisch reflektiert, über den politischen Einfluß in den Bewegungen werden weiter Illusionen verbreitet u.a.m.

Nun also spricht auch die Mehrheit von einer »kritischen Phase der politisch-ideologischen und organisatorischen Entwicklung der Partei«. Sie spricht von »Stagnation und Rückgang«, aber auch von »Leistungen und wertvollen Erfahrungen«. Sie sieht vor allem objektive Ursachen für die Probleme: die technische Revolution, die Rechtskräfte, die (neuen) globalen Fragen, das Ereignis Tschernobyl und die Veränderungen in der Sowjetunion. Sie will weiterhin auf die »Arbeiterklasse« orientieren. Die revolutionäre, marxistische Partei sieht in einer »Reformalternative ein Hauptfeld« ihrer Tätigkeit und hält »Veränderungen in der Parteilarbeit, offene Diskussionen und organisatorische Neuerungen« für nötig. Zur Identität der Partei gehört die »prinzipiell kommunistische Solidarität mit der SED«, und das »sozialistische Ziel«: »Bewahren und Erneuern« ist ihre Parole für die jetzige Umbruchsituation. Die Aussagen sind weiter höchst phrasenhaft und entleert, es ist das Vokabular, mit dem vor allem weiterhin ein Machtanspruch behauptet werden soll.

Die Minderheit beschreibt den Zustand der Partei nicht wesentlich anders, wirft der Mehrheit aber vor, »Entwicklungshemmnisse« bloß aneinanderzureihen, ohne nach Ursache und Wirkung zu fragen. Die objektive Ursachenanalyse sieht sie durch eine subjektive ergänzungsbedürftig. Sie nennt in diesem Zusammenhang die »Last der Vergangenheit«, »Geschlossenheit im Denken«, »Neigung zu Dogmatismus«, die mangelnde Zurkenntnisnahme der Widersprüche im Sozialismus, zu viel Zentralismus in den Leitungsstrukturen der Partei, in denen der Apparat zur »Partei in der Partei« geworden sei. »Qualitative Veränderungen« sollen »Erneuerung« bringen, bei denen es nicht um ein »unterschiedsloses 'Bewahren und Erneuern'« gehe. Reformen hätten eine »neue Qualität« erlangt, die globalen Fragen seien nicht »Mittel zum Zweck« (des Sozialismus), der Klassencharakter der Partei läge nunmehr darin, daß die »Arbeiterbewegung« zur »Vorkämpferin«, zur »Avantgarde« der Überlebensinteressen würde. Gleichzeitig wird angesichts der Krise der Zivilisation die »Menschheit« zum neuen Subjekt des Kampfes erkoren. Die Frauenfrage will man nun »radikal« angehen, eine eigene Sozialismuskonzeption soll es geben, das »kommunistische Selbstbewußtsein« speist sich aus dem neuen reinen Revolutionsmenschen, der KommunistInnen eigentlich immer schon sein wollten. Schließlich geht es »zurück zu Lenin« und zur »Demokratie«. Auch hier muß weiter mit Säulenheiligen die richtige Linie belegt werden, bleiben manche illusionären Selbsteinschätzungen, hält mensch sich nicht lange an der eigenen Mitverantwortung auf, gibt es kaum Trauer über eigenes Scheitern, wird nicht gezeigt, wo mensch bei sich selbst mit der Änderung anfängt, luken die großen Gesten neuen Elitedünkels hervor, kann mensch den Zentralismus nicht zugunsten von Selbstbestimmung zu Ende durchleuchten und vom Sockel holen — abgesehen von inhalt-

lichen Schwächen eigener Vorschläge bzw. mangelnder Konzepte. — Die Parteimehrheit erkannte in den Vorgehensweisen und Vorschlägen der Minderheit flugs eine »ganz andere Konzeption, deren Flagge nicht rot, zumindest nicht durchgängig ist«. »Zwei« in den Grundfragen nicht zu vereinbarende »Linien« wurden ausgemacht, was traditionell das »Ausmerzen« der falschen Linie einläutet. Wer nur »erneuern« wolle, wolle den »Bruch«. Mensch sah drohenden Verzicht auf ökonomischen Interessens- und Klassenkampf, angesichts lauter globaler Reformen den »Reformismus«, bei so viel Verlangen nach Demokratie eine »pluralistische Partei« und die Infragestellung »einheitlichen Handelns« am Horizont aufziehen.

Eine »Aussöhnung« beider Linien kann es nach der Mehrheit unter Führung des Vorsitzenden Mies nicht geben, sondern nur »Austragen« und »Klärung des Konflikts«. Mensch muß nicht intimer Kenner kommunistischer Verhältnisse sein, um zu verstehen, daß die Minderheit sich davon »durch Ausgrenzung« bedroht fühlte.

Wesentlicher als die eher dürftigen Inhalte der Debatte ist einstweilen die Tatsache, daß sie überhaupt stattfand. Die parteiöffentliche und über große Strecken auch allgemein-öffentliche Diskussion konnte als ein Element von Demokratie nicht mehr ex cathedra ausgeschlossen und verhindert bzw. auf streng hierarchische »Führungs«zirkel beschränkt werden. Es gab alternative Beratungsvorlagen, den Abdruck der Kontroversen in UZ-Sonderbeilagen und eine UZ-Diskussionstribüne. Geschichte und Zustand der Partei ließen bei nüchterner Betrachtung für den Parteitag bestenfalls jenen Lernschritt erwarten, der zur Tolerierung unterschiedlicher Meinungen, zur Einleitung des Endes von Ausgrenzungsmechanismen und politischen Exekutionsmentalitäten und zur vorsichtigen Einübung in einige zeitgemäße Elemente innerparteilicher Demokratie führen. Wo zwischen den Weltsystemen für eine »Zivilisierung des Konflikts« gekämpft werden muß, ist es Zeit für das demokratische Austragen innerparteilicher Konflikte.

## Die Ergebnisse des Parteitages

Die für DKP-Verhältnisse ungewöhnliche politische Bewegung erfaßte mit ihrer Aufregung besonders auch den Parteitag. Im Vorfeld waren schon allerhand mehr oder weniger erfolgreiche Versuche zur Manipulation der Delegiertenwahlen zwecks Minimierung der Minderheit unternommen worden. In den Bezirken der Minderheit erlebten dafür Mehrheitskandidaten ungewohnten Widerstand. 60 Prozent der Delegierten, so war inoffiziell zu vernehmen, waren hauptamtliche FunktionärInnen der Partei. Sie dürften ein einschlägiges Existenzinteresse bei ihren politischen Entscheidungen eingebracht haben. Der Stand der Vorbereitungen und der Ablauf des Parteitages waren nach orthodoxem Verständnis bereits die Vorführung einer halben Beerdigung. Kaum etwas war klar, kein Dokument schon fertig. Obwohl die änderungswilligen Delegierten vergleichsweise zahm und brav im Vorgehen waren, so viel »Durcheinander« im Ablauf hatte es bei der DKP noch nicht gegeben.

Kennzeichnend war ein hoher Grad an Emotionalisierung der Auseinandersetzungen. Ein verständlicher, aber dennoch ernüchternder Ausdruck der Lage in der

DKP. Manche in der »Mehrheit« insbesondere die »Alten«, sahen ihre Lebensidentität und ihr Lebenswerk in Frage gestellt, konnten Probleme nicht an sich heranlassen, reagierten verständnislos, rechtfertigend, empört, gekränkt oder selbstgewiß. Manche der Minderheit regten sich stellvertretend für viele Jahre des Stillhaltens bzw. der Teilhabe an den Mechanismen der Partei jetzt um so heftiger über Ausgrenzung und Betonmentalität auf. Zugleich gab es überbordende Enttäuschung. Wo der Glaube an die Gemeinde groß war, wird oft auch der Unglaube groß.

Das Referat von Herbert Mies beschränkte sich in beschämender Weise auf abgegriffene Allgemeinheiten, Phrasen, Beschwörungen sowie Taktieren. Beliebtes Mittel ist die Aufnahme des Sprachgebrauchs von KritikerInnen, das unverbindliche Bekenntnis von Fehlern und Versäumnissen, die wir ja alle immer wieder machen, konkret aber keiner. Das beruhigt und erhält allzu oft die Macht, ohne tatsächlich etwas ändern zu müssen. Anregung oder gar Orientierung ging von der Rede nicht aus. Die inhaltliche Debatte zum Referat blieb allenfalls bescheiden. Das Interessanteste war das Grußwort des Leiters der KPdSU-Delegation, Alexander Jakowlew, das Peinlichste und Pikanteste das Pendant des SED-Delegationsleiters Hermann Axen, der die »Entschlossenheit und Rücksichtslosigkeit« der »revolutionären Kampfpartei der Arbeiterklasse und des gesamten Volkes« und die »Thälmannsche Verbundenheit zwischen SED und DKP« beschwor und pries. Der Parteitag zeigte dennoch unverkennbar, daß die alten Zeiten kommunistischer Parteipolitik vorbei sind. Die gewohnte machtpolitische Lösung der Probleme funktioniert nicht mehr. Ob sie je dauerhaft tragfähig sein konnte, sei hier dahingestellt. Die nun stattfindende Bewegung machte sich denn nicht zufällig an Fragen der Geschäftsordnung, der Personaldebatte und Wahlen fest. Mehr Demokratie ist der logisch erste Schritt, um mehr Luft zur Bewegung, zur Artikulation, zum wirklichen Meinungsaustausch zu bekommen.

Der Vorsitzende Mies hielt den Willen zur Einheit der Partei hoch, Ausgrenzung solle es nicht geben, um im gleichen Atemzug der Minderheit zu unterschieben, von ihr drohten gänzlich andere Plattformen. Mies vollführte einen Eiertanz, der ihn Kopf und Kragen kosten könnte. Wenn die Substanz der Parteiführung auch lange schon höchst mager ist, es blieb bisher immer wenigstens der Machtinstinkt. Der hätte Mies ein Arrangement mit der Minderheit nahelegen müssen, denn allein die Mehrheit wird seiner entbehren können. Mies aber ließ sich nur hin- und herschieben und bekam die Entwicklung schließlich nicht mehr in den Griff.

Nachdem im Vorfeld versucht wurde, die Minderheit überwiegend von den Wahlvorschlagslisten für Parteivorstand, Sekretariat und Präsidium zu entfernen, gab es einen Initiativantrag der Hessen, bei den Wahlen alle Strömungen der Partei zu berücksichtigen. Der Antrag wurde angenommen, ohne daß sich deshalb die Minderheit die Kritik am Vorsitzenden und seiner Stellvertreterin und das Recht, ihnen die Stimme zu verweigern, nehmen ließen. Das Wahlergebnis (Mies ca. ein Viertel, Ellen Weber ca. ein Drittel Gegenstimmen) war ungewohnt und wurde als Verstoß gegen den angenommenen hessischen Antrag gewertet. Die Mehrheit fühlte sich nun auch nicht mehr gebunden, die Minderheit uneingeschränkt zu wählen. Vier ihrer RepräsentantInnen (Dieter Gautier, Vera Aschenbach, Steffen Lehndorff und Gert Hertel) wurden (knapp)

nicht wieder in den Parteivorstand gewählt. Damit entstand für die Minderheit eine »neue Lage«, der Bremer Bezirk rief zu einem eigenen Treffen auf — somit kam es zur quasi offiziellen Strömungskonstituierung.

Trotz dieses Wahlausgangs kann keineswegs von einem »Durchsetzen« oder gar »Sieg« der Mehrheit gesprochen werden. Der Parteitag brachte einen vorsichtigen Demokratisierungs- und Emanzipationsprozeß zum Vorschein und beförderte ihn. Daß dieser Prozeß weiterentwickelt werden kann, ist nicht sicher. Die Möglichkeit der Dezimierung auf der »richtigen marxistischen Basis« und das Absinken in endgültige Selbstbeschäftigung und Bedeutungslosigkeit sind nicht ausgeschlossen. Anerkennung der Flügel, Strömungen, Gruppen oder auch Fraktionen, Demokratisierung der Partei und inhaltliche Diskussion über Geschichte, Gegenwart und Zukunft freilich sind die letzte Chance einer Belebung der DKP. Selbst dabei ist der Ausgang offen.

### Perspektiven der DKP

Die Krise der Marxisten hat die letzten Hüter der reinen Lehre erreicht. Die DKP versucht nachzuholen. Sie hinkt dabei den Entwicklungen mindestens fünf Jahre hinterher. Die Partei ist noch nicht am Ende der Talsohle, der Desillusionierung und schon gar nicht ihrer Identitätskrise. Sie hat ein langes Tal vor sich und braucht Jahre, bevor kreative Entwicklungsbeiträge von ihr wieder denkbar sind.

Die alte Politik der jetzigen Mehrheit ist ausgehöhlt. Viele, die die Notwendigkeit der Veränderung sahen, sind abgewandert. (Ihre politische Rehabilitation bei Nennung von Roß und Reiter ist, nebenbei, unerlässlich.) Die Minderheit holt gerade die Selbstverständlichkeiten der außerparlamentarischen (neuen) sozialen Bewegungen und ihrer Wirkungen auf die Parteien nach, spät, den neuesten Stand nicht einholend. Sie hält sich an Gorbatschowsche und KPdSU-Aussagen, freilich in einem Land umgekehrter politischer Vorzeichen und gänzlich anderen Entwicklungsstandes. Sie hat kaum eine eigene Konzeption für die Zukunft. Das Verhältnis von globalen und Klassenfragen ist wenig bestimmt, geschweige denn, was die objektive und subjektive Klassenlage ausmacht, wie sie im einzelnen zu bestimmen ist. Welche Perspektive hat eine kommunistische Partei in der Bundesrepublik? Was beinhaltet Ausbeutung hierzulande, wen trifft sie wie? Wie sollen welche Eigentumsstrukturen verändert werden? Worin besteht eine sozialistische Perspektive und Alternative für die BRD?

Wollen KommunistInnen im Fahrwasser von Grünen und SozialdemokratInnen bleiben, die für Reformpolitik mindestens ebenso prädestiniert (und hier weiter) sind? Wo ist ein wirklich neues Parteiverständnis und wo ein wirklich neues Verständnis von Bündnispolitik? (In der von den Erneuerern protegierten Friedensliste ganz bestimmt nicht.) Und wie und wo die schwierige entsprechende Praxis? Die Krise der DKP ist schwer, aber das kann kein Grund zur Zufriedenheit jener sein, die es immer schon gewußt haben. SPD und Grüne überzeugen gegenwärtig als Linksparteien auch nicht. Sie haben Probleme genug.

Davon abgesehen sind manche Politikvorstellungen der Linken insgesamt überholt, tragfähiges Neuland für die Zukunft ist erst noch zu gewinnen.

# Novemberrevolution

Heinz Gerd Hofschien

## Schöne Geschichte

### Die Sozialdemokratie in der Deutschen Revolution 1918/19: Replik auf Susanne Miller\*

Es mag ein Fortschritt im innerparteilichen Umgang sein, wenn Susanne Miller bereit ist, auch in der Zeitschrift der marxistischen Strömung der SPD zu publizieren. Und sicherlich ist es sinnvoll, mit ihr eine Debatte über die Sicht der Parteigeschichte zu führen, deren »offizielle« Interpretin sie seit Jahrzehnten ist — man denke nur an die »Kleine Geschichte der SPD« (gemeinsam mit Heinrich Potthoff) oder an ihre Funktion als Vorsitzende der Historischen Kommission der SPD. Aber schon das einleitende Zitat von Otto Wels, das Susanne Miller zustimmend wiedergibt, erfordert Widerspruch. Wenn ausgerechnet Wels sagt: »Wir können nicht sagen, wir haben die Revolution gemacht, aber wir sind nicht ihre Gegner gewesen«, so stimmt zweifellos der erste Teil des Satzes, doch der zweite ist bereits eine — gelinde gesagt — Beschönigung der Rolle der Führung der Mehrheitssozialdemokratie (MSPD) im Krieg und in der Revolution. Schon bei den Streiks ab 1916 und dann bei den Januarstreiks von 1918 waren Ebert und Scheidemann bemüht, eine Radikalisierung und eine revolutionäre Entwicklung zu verhindern. Wie Ebert später erklärte, trat die MSPD-Führung nur deshalb im Januar 1918 in die Berliner Streikführung ein »um den Streik zum schnellsten Abschluß zu bringen«.<sup>1</sup> Nach Ausbruch der Matrosenrevolte, am 3. November 1918, unterzeichnete Scheidemann ein Flugblatt der Reichsregierung mit, das die Kieler Arbeiter und Matrosen zu Ruhe und Ordnung aufrief<sup>2</sup>, und Ebert bemühte sich noch am 7. November, die Monarchie zu retten, indem der Kaiser zugunsten des Kronprinzen abdanken sollte. Sein von Max von Baden überlieferter Satz: »Wenn der Kaiser nicht abdankt, dann ist die soziale Revolution unvermeidlich. Ich aber will sie nicht, ja, ich hasse sie wie die Sünde.«<sup>3</sup> wurde sein Programm, nachdem er »bis zum letzten Augenblick« geglaubt hatte, »daß eine allgemeine Erhebung noch vermieden werden könnte, wenn sofort Frieden geschlossen und politische Konzessionen gemacht würden«.<sup>4</sup>

Als die Revolution am 9. November auch in Berlin gesiegt hatte, war es das ausschließliche Bestreben der Führungen von MSPD und Gewerkschaften, die Bewegung in Richtung auf eine bürgerlich-demokratische Ordnung zu kanalisieren. Bereits am 10. November schloß Ebert seinen geheimen Pakt mit der Obersten Heeresleitung. Sein

\* Vgl. Susanne Miller: Sozialdemokratie und die deutsche Revolution 1918/19, in: *spw* 44, Dezember 1988, Berlin (West), S.497-503.

Bündnispartner General Gröner erklärte später: »Wir haben uns verbündet im Kampf gegen die Revolution, gegen den Bolschewismus«<sup>5</sup>, und an anderer Stelle:

»Das Offizierskorps konnte aber nur mit einer Regierung zusammenarbeiten, die den Kampf gegen den Radikalismus und Bolschewismus aufnahm. Dazu war Ebert bereit, aber er hielt sich nur mühsam am Steuer und war nahe daran, von den Unabhängigen und der Liebknechtgruppe über den Haufen gerannt zu werden. Was war demnach näherliegend, als Ebert, den ich als anständigen, zuverlässigen Charakter und unter der Schar seiner Parteigenossen als den staatspolitisch weitsichtigsten Kopf kennengelernt hatte, die Unterstützung des Heeres und des Offizierskorps anzubieten.«<sup>6</sup> Dieser Pakt, den Susanne Miller nur beiläufig und verharmlosend erwähnt (während er in ihrer »Kleinen Geschichte der SPD« überhaupt nicht auftaucht), diente von Anfang an auch der Schaffung konterrevolutionärer militärischer Einheiten.<sup>7</sup> Er war keineswegs die Folge einer »Wechselwirkung ... Die Angriffe aus dem linken Lager veranlaßten die SPD, die junge Republik durch das alte Militär schützen zu lassen« (502), wie Miller schreibt, sondern der aktive und bewußte Versuch, die Revolution mit allen Mitteln (auch mit militärischen) zu befrieden, um deren Fortführung zu einer sozialistischen zu verhindern. Der Angriff auf die Volksmarinedivision, auf die einzige kampfbereite revolutionäre Truppe, am 24. Dezember 1918, war der erste Versuch, mit Hilfe der Offiziere und Truppen des alten Heeres, die revolutionären Kräfte in USPD und Spartakus militärisch niederzuschlagen. Der von der nun ausschließlich aus MSPD-Mitgliedern besetzten Reichsregierung provozierte Berliner Aufstand vom Januar 1919 bot Noske dann den endgültigen Anlaß, den Bluthund zu spielen und die Weiterführung der Revolution mit dem Terror der Freikorps zu verhindern.

Diese aktive Rolle der MSPD-Führung gegen die Revolution und deren Weiterführung zu einer sozialistischen Umwälzung — die Gewerkschaftsführung verhielt sich im Legien-Stinnes-Abkommen mit den Unternehmerverbänden vom 15. November ähnlich — verschweigt Susanne Miller weitgehend, oder sie entschuldigt sie mit dem schon von Scheidemann benutzen Argument, man habe dem deutschen Volk die Leiden der »russischen Zustände« ersparen wollen (498). Scheidemann allerdings brüstete sich noch offen seiner Verdienste bei der Niederschlagung der Revolution: »Das Schicksal Deutschlands lag damals in den Händen von drei Männern: Wären Ebert, Landsberg und ich ausgerückt in jenen kritischen Stunden, dann säßen Liebknecht und seine russischen Freunde in Berlin, dann wäre Deutschland ein Anhängsel, eine Provinz von Rußland geworden. (...) Wir haben keine Revolution vorbereitet, wir haben keine Revolution gewollt, sondern wir standen einfach auf die Bitten hin und auch schließlich aus eigenem Pflichtgefühl heraus vor der Frage, was tun wir in diesem Augenblick des furchtbaren Elends unseres Volkes.«<sup>8</sup> Die »Leiden« der »russischen Zustände« der Oktoberrevolution haben die Ebert und Scheidemann zu verhindern gewußt, indem sie die Leiden der Konterrevolution entfesselten, der außer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht hunderte von revolutionären Arbeitern zum Opfer fielen. Und nicht nur dafür trifft die MSPD-Führung die Schuld, sondern die von ihr mitbetriebene Verhinderung einer grundlegenden gesellschaftlichen Umgestaltung ist in der Tat der letzte Grund dafür, warum die Weimarer Republik scheiterte, warum die 1918

mit Beihilfe der MSPD an der Macht gebliebenen Unternehmer, Großgrundbesitzer, Militärs und Bürokraten in der Krise den Faschismus an die Macht bringen konnten.

Denn die Revolution schuf eben nicht die »Grundlagen einer demokratischen, sozial fortschrittlichen Republik« (502) — zumindest nicht die ökonomischen und machtmäßigen. Susanne Miller kritisiert selbst, daß es die MSPD versäumt habe, die Macht der alten Eliten in Wirtschaft und Bürokratie anzutasten und ein republiktreues Militär zu schaffen. Ihre Kritik, die in diesem Aufsatz deutlicher ist als in früheren Arbeiten sozialdemokratischer Hausgeschichtsschreibung (die sich aber in Willy Brandts Memoiren durchaus radikaler findet), wird allerdings ständig gemildert mit dem Hinweis auf die mangelnde Vorbereitung der Parteiführung auf eine revolutionäre Situation und auf die Angriffe von links und rechts. Nun ist es sicher richtig, daß die gesamte deutsche Arbeiterbewegung auf die spontane Revolution von 1918 nicht genügend vorbereitet war, daß sie keine ausreichenden Strategien und Konzepte für die Umgestaltung der Gesellschaft und für die Sozialisierung besaß; aber Spartakus und die Mehrheit der USPD hatten wenigstens den Willen dazu, während die MSPD-Führung sie aktiv zu verhindern gesucht hat, übrigens nicht nur 1918/19, sondern auch nach der Niederschlagung des Kapp-Putsches 1920. Beide Male begleitete sie ihr praktisches Handeln mit verbalen Versprechungen. Nichts kennzeichnet diese Doppelbödigkeit besser als das bekannte Foto, wo Freikorpsoldaten unter dem MSPD-Plakat »Die Sozialisierung marschiert« mit dem Maschinengewehr auf Arbeiter schießen. Da berührt es schon eigenartig, wenn Susanne Miller meint, die »in der Revolution Regierenden« hätten wagen sollen, »wenigstens einige Beispiele für Sozialisierung zu setzen«, denn damit hätte »der tiefen Unzufriedenheit der Arbeiterschaft entgegengewirkt werden können« (502) — Integration als Programm, selbst da, wo sie Kritik übt.

Wenn man aus der Geschichte lernen will, dann muß man auch die Fehler und Irrtümer aufarbeiten. Ich fürchte allerdings, daß Susanne Miller, wie ihr zustimmender Verweis auf Heinrich August Winklers Buch<sup>9</sup> zeigt, nach wie vor die Grundentscheidung der MSPD-Führung 1918/19 nicht für einen Fehler hält, da ihr die Verhinderung des »ökonomischen und politischen Chaos« als große Leistung erscheint, während sie mit Winkler das Versäumnis darin erblickt, daß der »erstrebten parlamentarischen Demokratie« keine stabilere gesellschaftliche Grundlage geschaffen worden sei. Beides ging eben nicht. Entweder bürgerliche Republik und damit die Bewahrung der alten Machtverhältnisse oder revolutionäres »Chaos« und eine sozialistische Neuordnung. Die MSPD-Führung hat sich 1918 bis 1923 bewußt für das erste entschieden und dadurch die Weichen für die weitere Entwicklung bis 1933 mitgestellt.

Dieses sollte bei einer Würdigung der Rolle der Sozialdemokratie in der Novemberrevolution in aller Deutlichkeit gesagt und kritisiert werden. Rosa Luxemburg hat eine Woche vor ihrer Ermordung über die Rolle der MSPD Treffenderes als Susanne Miller geschrieben: »Seit dem 9. November prallt die revolutionäre Welle periodisch gegen dieselbe Mauer: die Regierung Ebert—Scheidemann. (...) Die Fortentwicklung der Revolution laboriert an dem Grundfehler des 9. November: daß an die Spitze der revolutionären Regierung Leute gestellt worden sind, die bis zur letzten Minute alles getan hatten, was in ihren Kräften lag, um den Ausbruch der Revolution zu verhindern, und

die sich an nach dem Ausbruch an ihrer Spitze mit der klaren Absicht gestellt haben, sie bei der nächsten passenden Gelegenheit abzuwürgen. Soll die Revolution weiter ihren Gang gehen, soll sie Etappe für Etappe ihrer Entwicklung durchmachen, um ihre historischen Aufgaben: die Abschaffung der bürgerlichen Klassenherrschaft und die Verwirklichung des Sozialismus zu erfüllen, dann muß die Mauer, die sich ihr entgegenstellt, die Regierung Ebert-Scheidemann, hinweggeräumt werden.«<sup>10</sup>

### Anmerkungen

- 1 Karl Brammer, Der Prozeß des Reichspräsidenten, Berlin 1925, S.21.
- 2 In Auszügen abgedruckt in: Christoph Butterwege/Heinz-Gerd Hofschien, Sozialdemokratie, Krieg und Frieden. Die Stellung der SPD zur Friedensfrage von den Anfängen bis zur Gegenwart. Eine kommentierte Dokumentation, Heilbronn 1984, S.159f.
- 3 Prinz Max von Baden, Erinnerungen und Dokumente, Stuttgart, Berlin und Leipzig 1928, S.599.
- 4 Philipp Scheidemann, Der Zusammenbruch, Berlin 1921, S.206.
- 5 Wilhelm Groener, Aussage im Dolchstoßprozeß, in: Lothar Berthold, Helmut Neef, Militarismus und Opportunismus gegen die Novemberrevolution. Das Bündnis der rechten SPD-Führung mit der Obersten Heeresleitung November und Dezember 1918. Eine Dokumentation, Berlin (DDR) 1958, S.204.
- 6 Wilhelm Groener, Lebenserinnerungen, hrsg. von Friedrich Föhr. Hiller von Gaertingen, Göttingen 1957, S.467.
- 7 Vgl. a.a.O., S.473, in: Christoph Butterwege/Heinz-Gerd Hofschien, a.a.O., S.163f.
- 8 Philipp Scheidemann, Aussage im Dolchstoßprozeß, in: Lothar Berthold/Helmut Neef, a.a.O., S.210f.
- 9 Siehe Heinrich August Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Bonn 1984; hier vor allem S.34-150.
- 10 Rosa Luxemburg, Versäumte Pflichten, in: Die Rote Fahne vom 8. Januar 1919, abgedruckt in: dies., Gesammelte Werke, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Band 4: August 1914 bis Januar 1919, Berlin (DDR) 1979, S.519ff., hier: S.519.

# LESENSWERT

Die im sechsten Jahrgang erscheinende *Kommune*, pro Heft knapp hundert Seiten stark — hundert starke Seiten! — und sieben Mark billig, ist in Sachen Theorie und Politik mit das Beste, was die westdeutsche Linke auf dem Zeitschriftensektor momentan auf die Beine bringt. Von kaum einer anderen Monatszeitschrift läßt sich behaupten, sie sei Heft für Heft lesenswert — die *Kommune* ist es. Das Blatt setzt deutliche thematische Akzente —

FORUM FÜR POLITIK  
ÖKONOMIE · KULTUR  
**KOMMUNE**  
monatlich mindestens 80 Seiten

etwa durch eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit Politik und Ideologie der Grünen oder durch Analyse und Kommentierung der aufregenden Veränderungsprozesse in Osteuropa —, ohne auf Weite, Breite und Vielfalt der Wahrnehmung zu verzichten. Feministische Themen werden ebensowenig ausgeklammert wie ökonomische Sachverhalte. Eine rundum gelungene Veranstaltung mithin . . .

*Martin Lohmann,*  
NDR

Ich bestelle:

- Einzelheft 7 DM
- ein Drei-Monats-Probeabo = 3 Hefte für 20 DM  
(ohne automatische Verlängerung)  
Scheck/Schein liegt bei.
- Jahresabo (12 Hefte: 77 DM, Ausland 87 DM)

Bestellungen nur gegen Vorkasse!

Name \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Datum / Unterschrift \_\_\_\_\_

Diese Bestellung kann innerhalb 7 Tagen schriftlich widerrufen werden. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Zweite Unterschrift \_\_\_\_\_

Kommune-Vertrieb · Postfach 11 11 62 · 6000 Frankfurt

# Regionale Wirtschaftspolitik

Michael Heine

## Endogene Entwicklungspotentiale

### »Sesam öffne dich« für strukturschwache Regionen?

Die Resultate einer nunmehr rund vierzigjährigen staatlichen Förderung strukturschwacher Regionen nehmen sich — gemessen an dem Ziel, gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen zu schaffen — sehr bescheiden aus. Die räumlichen Disparitäten haben sich, bewertet nach solchen Kriterien wie hochwertige Arbeitsplätze, Arbeitslosigkeit, pro-Kopf-Einkommen, Wertschöpfungsquoten usw. perpetuiert und tendenziell sogar verschärft.

Dieses Ergebnis ist um so deprimierender, als es zusammenfällt mit an sich gesamtgesellschaftlich günstigen Rahmenbedingungen: Zum Beispiel ließen die hohen Wachstumsraten der fünfziger und sechziger Jahre in den Agglomerationen das Arbeitsangebot oftmals zum Engpaß werden, so daß über Kapitalmobilitätsprozesse die relative Überschußbevölkerung ländlich geprägter Räume mobilisiert wurde. Diesem Muster der Standortpolitik entsprach die Regionalförderung, indem sie weniger auf Bestandspflege und stärker auf Neuansiedlungen setzte. Seitdem die Produktivitätszuwächse nun schon rund 15 Jahre lang oberhalb der wirtschaftlichen Wachstumsraten etwa des Bruttoinlandsprodukts liegen, was sich bekanntlich in einer zunehmenden Massenarbeitslosigkeit widerspiegelt, hat sich das Mobilitäts- bzw. Ansiedlungspotential sukzessive verringert. Damit wurde der staatlich organisierten Regionalförderung der Boden entzogen, und ein Abbau der territorialen Entwicklungsunterschiede über diese Politikform erscheint seither zunehmend illusionär.

Der Bedeutungsgewinn, den die regionalwissenschaftlichen Konzepte einer regional-endogenen Entwicklung seit etwa Mitte der siebziger Jahre verbuchen können, reflektiert den umrissenen Sachverhalt. Und entgegen eines weit verbreiteten Vorurteils werden Strategien endogener Entwicklung mitnichten nur in Kreisen »grün-alternativer« Provenienz diskutiert; zum Beispiel widmet sich auch die Neoklassik seit Jahren dieser Thematik. Seit einer Empfehlung des Beirates für Raumordnung 1983 gilt die Förderung der »endogenen Entwicklungspotentiale« dann sogar als eine proklamierte Richtschnur für die offizielle Regionalpolitik (vgl. Hartke 1984). In die arrierte Wirtschaftswissenschaft der Bundesrepublik Deutschland wurde der Begriff meines Wissens Anfang der sechziger Jahre von Giersch eingeführt (vgl. Giersch 1964). Giersch warf die Frage auf, »in welchem Sinne man sagen kann, daß A ein größeres Entwicklungspotential hat als B. ... Das Entwicklungspotential von A läßt sich dann definieren als jene maximale zusätzliche Nettoausbringung, die dieses Unter-

nehmen mit Hilfe von kapazitätserweiternden Investitionen erzeugen könnte, ohne daß die Grenzproduktivität des eingesetzten Kapitals dadurch unter das herrschende Zinsniveau sinkt« (ebd., 393).

Eine solche Fassung des Begriffs vermag m.E. nicht zu überzeugen. Wenn die zusätzliche Nettoausbringung aus einer kapazitätserweiternden Investition resultieren soll, so werden die Faktoreinsätze bei einer gegebenen Produktionsfunktion und mithin die Kapazitäten selbst erhöht. Damit aber sind Kapazität und Potential synonyme Begriffe, und es spricht nichts dafür, den einen durch den anderen zu ersetzen (vgl. Strassert 1984, 21ff.). An dieser Konstellation ändert sich auch nichts, wenn Unterauslastungen der Produktionsfaktoren unterstellt werden, da dieser Sachverhalt altbewährt als Auslastungsgrad der Kapazitäten bekannt ist und als solcher regelmäßig empirisch gemessen wird. Gierschs Definition wird auch durch das angesprochene Verhältnis zwischen Grenzproduktivität und Zinssatz nicht besser, da es dabei — unter Berufung auf das sogenannte Ertragsgesetz — lediglich um eine Abschätzung von Ertragschancen bei alternativen Anlagemöglichkeiten geht. Dazu bedarf es erst recht nicht des Begriffs »Entwicklungspotential« (vgl. ebd., 22).

Rund zehn Jahre später erhielt die Diskussion durch die Arbeiten von Biehl und kurze Zeit später von Thoss neue Impulse. Nach Biehl und Thoss kann das regionale Entwicklungspotential gefaßt werden als jene zusätzliche Ausbringungsmenge, die bei einer effizienten Nutzung aller Ressourcen einer Region möglich wäre. Dabei gehen sie von »latent vorhandenen, noch unausgenutzten Ressourcen« in den jeweiligen Teilräumen aus (Biehl u.a. 1974, 107; vgl. auch Biehl u.a. 1975, 14ff., sowie Thoss 1977, 1982, 1983, 1984).

Warum werden diese Potentiale nicht genutzt? Die Autoren vermuten, daß jeder Potentialfaktor immer auch einen möglichen Engpaß darstellt, der, sobald er virulent wird, die übrigen restringiert, also eine »bottleneck-Situation« erzeugt. Daß die nunmehr brachliegenden Potentialfaktoren gleichwohl in der Region bleiben, wird zum Beispiel bei Biehl dreifach begründet: über Immobilitäten, Unteilbarkeiten und Polyvalenzen (differenzierte Nutzungsmöglichkeiten) der Produktionsfaktoren (vgl. Biehl u.a. 1975, 16ff.). Die Zusammenhänge mögen am Beispiel der Immobilität verdeutlicht werden. Sofern, wie etwa im Walrasianischen Modell, vollständige Mobilität unterstellt wird, so »daß sich überhaupt keine feste Zuordnung zu einer Region erkennen ließe, wäre die Frage nach den Bestimmungsgründen des regionalen Entwicklungspotentials nicht zu beantworten« (ebd., 16). Denn dann würde zum Beispiel bei einer räumlich bedingten, auch kurzfristigen Unterauslastung von Kapazitäten innerhalb der logischen Sekunde der Standort gewechselt. Analoges gilt für die angenommenen Unteilbarkeiten. Da indes diese Flexibilitätsrestriktionen existieren, könnte zum Beispiel jener Staat verantwortungsvoll handeln, der diese Potentiale auszunutzen wüßte.

Diese Darlegungen eröffneten eine Umorientierung in der Raumordnungspolitik, indem an die Stelle der tonnenideologischen Variante der regionalen Wirtschaftspolitik etwa in der Form der Investitionszulagen, der überhöhten Abschreibungsmöglichkeiten oder des flächendeckenden Infrastrukturausbaus usw., und zwar unabhängig vom jeweilig konkreten ökonomischen, ökologischen, sozialen, politischen oder kultu-

rellen Regionalprofil der Fördergebiete, zumindest in ihrer theoretischen wie praktisch-politischen Monopolstellung begrenzt wurde. Statt dessen sollten — zum Beispiel einer Empfehlung des Beirats für Raumordnung entsprechend — Potentialbilanzen für die dispersen Gebiete aufgestellt und daraus geeignete Maßnahmekonzepte abgeleitet werden. Der Beirat nannte, in Anlehnung an ältere Arbeiten Thoss', ohne weitere Begründung fünf solcher Potentialbereiche, und zwar das

1. Arbeitskräftepotential;
2. gewerbliche Kapitalpotential;
3. Infrastrukturpotential;
4. Umweltpotential;
5. Nachfragepotential (vgl. Hartke 1984).

Über die Plausibilität dieser Bereichsnennung wird man freilich streiten können. Gleichwohl wurde durch diese Umorientierung in der Raumordnungspolitik eine Ausrichtung auf regionsadäquate Entwicklungspfade erleichtert und die, die Spezifik jeweiliger Räume ignorierende Investitionsförderungs-, Ansiedlungs- und Infrastrukturpolitik zumindest erschwert.

### Zur Kritik an der Rolle der Engpässe

Offensichtlich nehmen Identifizierung und Beseitigung von Engpässen in dieser Konzeption einen zentralen Stellenwert ein.

»Die Bedeutung eines ... Engpasses besteht darin, daß in einem solchen Falle die Ausnutzung der anderen, reichlich vorhandenen, Potentialfaktoren nicht möglich ist. (...) Eine Strategie endogener Entwicklung muß also eine Strategie gezielter Engpaßbeseitigung sein ... Die Raumordnungspolitik hat die speziellen Engpässe aufzuspüren, die die zielgerichtete Entwicklung der einzelnen Regionen ... behindern.« (Thoss 1984, 23)

Und als erhellendes Beispiel führt Thoss an, daß z.B. »die Schaffung von Arbeitsplätzen (Kapitalpotential) die Nutzung des Arbeitskräftepotentials einer Region« ermöglicht (ebd., 24).

Dies ist in dieser Schlichtheit natürlich unumstritten, weil es im Grunde in dieser Formulierung tautologisch ist. Selbstverständlich entpuppt sich ein Potentialbereich immer als bottleneck, wenn zu einem gegebenen Zeitpunkt in einer Raumeinheit nicht sämtliche Potentiale genutzt werden. Die eigentlich zu beantwortende Frage wäre dann aber, wie sich die jeweiligen Engpässe konstituieren und warum es in den peripheren Räumen zu jenem typischen Nebeneinander von ausgeprägten Überkapazitäten und erheblichen Engpässen kommt.

Meine Kritik läßt sich am Beispiel des Kapitalpotentials konkretisieren. Bekanntlich stellt das Kapitalpotential, gemessen an den Arbeitsplätzen, nicht lediglich in den peripheren, sondern auch in den agglomerierten Räumen den entscheidenden Engpaß dar. Dann aber wäre zu klären, welche sozial-ökonomischen Beziehungen und Gesetzmäßigkeiten Kapital im Verhältnis zum Arbeitsangebot knapp halten und warum diese Konstellation in den strukturschwachen Gebieten besonders ausgeprägt ist. Mögliche Erklärungsansätze wären etwa im Keynesianismus über das Verhältnis zwischen

Profiträte und Zinssatz oder im Marxismus über das widersprüchliche Verhältnis von relativer Mehrwertproduktion und Überakkumulation zu finden. In einem zweiten Schritt müßte dann begründet werden, warum das »ohnehin zu knappe« Kapital räumlich disparat, zum Beispiel in der Form überagglomerierter Teilterritorien einerseits und strukturschwacher Gebiete andererseits, verteilt wird. Als Erklärungsansatz bietet sich m.E. eine Theorie räumlicher Agglomerationsvorteile an, deren Grundzüge in der gebotenen knappen Form grob skizziert werden sollen.

Agglomerationen können gefaßt werden als eine teilräumliche Konzentration von komplexen, arbeitsteilig-interdependenten Produktions-, Zirkulations-, Dienstleistungs- und Konsumtionsfunktionen, in denen wachsende Vergesellschaftungszusammenhänge auch in räumlicher Form sichtbar werden (vgl. Läßle 1978). Für jene Einzelkapitale, die intensiv in diese Strukturen involviert sind, bilden die Ballungsräume, trotz zum Beispiel höherer Lohn- und Grundrentenaufwendungen die profitableren Standorte. Stichwortartig lassen sich die Vorteile der Agglomerationen zusammenfassen als relativ höhere Arbeitsproduktivitäten, -intensitäten und Umschlagshäufigkeiten sowie niedrigere Zirkulations- und Transportkosten. Sofern diese Vorzüge die Kostennachteile der Verdichtungsgebiete überkompensieren — und dies ist bei komplexen, ausdifferenzierten Produktionsfunktionen in aller Regel der Fall —, sind die verdichteten Teilräume die geeigneten Anlageorte (vgl. Heine 1989). Hinzu kommt, daß häufig nur diese Räume über allgemeine Voraussetzungen der Produktion wie etwa einem nach sozialen und qualifikatorischen Kriterien ausdifferenzierten Arbeitsmarkt verfügen. Im Ergebnis verteilen die Marktmechanismen die Produktivkräfte (mitnichten nur in der Bundesrepublik Deutschland) räumlich disparat: Den überagglomerierten Räumen mit allen ökologischen und sozialen Folgeproblemen stehen die strukturschwachen Territorien bzw. die Entleerungsgebiete gegenüber. Auf der Erscheinungsebene spiegelt sich der umrissene Sachverhalt u.a. in einer erheblich über dem Durchschnitt liegenden Arbeitslosigkeit, in brachliegenden, unter ökologischen Aspekten gleichwohl sinnvoll nutzbaren Naturressourcen, wie zum Beispiel Sonnen- und Windenergiepotentiale etc., unterausgelasteten Infrastruktureinrichtungen usw. in diesen Räumen wider.

Eine Markttendenz zum Ausgleich dieser räumlichen Differenzierungen, vermittelt etwa über das Gesetz des Ausgleichs der Profiträten, ist nicht zu erwarten. Dieses Gesetz kann den Kapitalfluß zwischen Branchen mit unterschiedlichen Rentabilitäten erklären. Wenn aber in die Bildung der Durchschnittsprofiträte die Agglomerationsvorteile selbst eingehen, so sind die (hieran profitierenden) Einzelkapitale über die Mechanismen der Konkurrenz gezwungen, diese für sich zu erschließen. Mit anderen Worten: In methodischer Hinsicht ist die Situation ausgeglichener Profiträten vereinbar mit extremen räumlichen Disparitäten. Im Ergebnis verfestigen sich die räumlichen Ungleichgewichte. Ein solcher Erklärungsansatz steht somit in diametralem Gegensatz zur Neoklassik, die davon ausgeht, daß derartige Ungleichgewichte über Variationen der Faktorentgelte inhärent ausgeglichen werden (vgl. Borts/Steins 1964). Dabei müssen allerdings, allen empirischen Befunden zum Trotz, solche Bedingungen wie zum Beispiel gleiche Skalenerträge, Umschlagshäufigkeiten und Zirkulations-

kosten usw. zwischen den ungleichen Räumen unterstellt werden. — Sollten sich diese Überlegungen als im Kern plausibel erweisen, so hätte dies unliebsame Konsequenzen für die Regionalpolitik. Der Engpaßfaktor »Kapital« und komplementär dazu die »Überschußpotentiale« »Arbeitskräfte, Naturressourcen, Infrastruktureinrichtungen« usw. wären nicht länger den Bedingungen unvollkommener Marktmechanismen geschuldet, sondern — im Gegenteil — Folge der Marktlogik selbst. Dies gilt auch für andere von Thoss aufgezählte Beispiele für Engpässe wie etwa der Mangel an Boden für Landarbeiter, wirtschaftlich zu geringe Aktivitäten, fehlende Absatzmöglichkeiten usw. (vgl. Thoss 1983, 15).

### Entwicklungspotentiale und Marktlogik

Dann aber sind die Hoffnungen, die Biehl und Thoss an die Korrektivkraft staatlichen Handelns knüpfen, solange trügerisch, wie die kapitalistischen Verwertungsgesetze als Rahmenbedingungen uneingeschränkt akzeptiert werden. Diese Skepsis gilt zumindest für einen erheblichen Teil der Engpaßfaktoren wie eine zu knappe Sachkapitalausstattung, zu geringe Nachfrageimpulse bzw. wirtschaftliche Aktivitäten insgesamt, während andere wie zum Beispiel der notwendig gewordene Ausbau einer Verkehrsader noch eher staatlicherseits zu bewerkstelligen ist. Der Verweis auf sämtliche Erfahrungen der Vergangenheit sowohl im nationalen als auch im internationalen Rahmen soll hier als Beleg reichen. Vor dem Hintergrund einer so gefaßten Dichotomie zwischen einzelwirtschaftlicher und gesellschaftlicher Rationalität scheint mir dann auch die Vorstellung der regionalen Entwicklungspotentiale selbst problematisch zu werden. Im vorliegenden Rahmen können meine Bedenken nur an zwei Punkten konkretisiert werden.

*Erstens:* Nehmen wir als Beispiel das überdurchschnittliche Arbeitsangebot in den ländlich strukturierten Räumen. Seit etwa Mitte der siebziger Jahre, anders als in den fünfzigern und sechzigern, stellen insbesondere relativ unqualifizierte Arbeitskräfte keine Engpaßfaktoren mehr dar. Aus diesem Grunde bedarf es heute aus einzelwirtschaftlicher Sicht in aller Regel keiner Kapitalmobilitätsstrategien in der Form des Standortsplittings mehr, um sich die ergiebigen Arbeitsmärkte der peripheren Gebiete zu erschließen. Da zugleich die strukturschwachen Räume erhebliche ökonomische Nachteile gegenüber den Agglomerationen aufweisen, stellen deren Arbeitsmarktkonfigurationen immer weniger ein reales Entwicklungspotential dar, zumindest unter marktlogischen Aspekten. Dies gilt ebenfalls für unterausgelastete Industrie- und Infrastrukturskapazitäten, brachliegende landwirtschaftliche Anbaufläche usw. Fazit: Unter dem Blickwinkel einer Marktfähigkeit der Potentialfaktoren erscheinen die regionalen Entwicklungspotentiale als zu weit gefaßt.

*Zweitens:* Es ist nur ein scheinbarer Widerspruch, wenn sie unter einer anders akzentuierten Fragestellung dann wiederum als zu eng begriffen erscheinen. Wird nämlich die formanalytische oder wertseitige Bestimmung der Potentialfaktoren durch eine reproduktive, stofflich-naturale und insofern formationsübergreifende ersetzt, dann

ignoriert Biehl erhebliche regionale Entwicklungspotentiale durch seine marktlogische Einengung über das Schema »Immobilität, Unteilbarkeit, Polyvalenz«.

Konkreter läßt sich das an einem simplen Beispiel verdeutlichen. Nach wie vor werden Kies und Torf als marktfähige Rohstoffe abgebaut, obwohl dies etwa in ökologischer Hinsicht äußerst bedenklich ist. Die Substitute, Bergematerial statt Kies und Müllkompost statt Torf, rechnen sich betriebswirtschaftlich auf Grund der Aufbereitungs- und Transportkosten nicht. Würden allerdings die vom Beirat für Raumordnung empfohlenen Potentialbilanzen auch die gesellschaftlichen Negativeffekte dieses Rohstoffabbaus bewerten, so entstünde eine neue Kalkulationsbasis. Das hier angeführte Beispiel ist natürlich beliebiger Natur. Gleichwohl ist die Ergänzung der marktlogischen Bestimmung von Potentialfaktoren durch reproduktive, stofflich-naturale Aspekte alles andere als eine beliebige Setzung, wie die erheblichen ökologischen Probleme zeigen.

### Grün-alternative Selbstentfaltung

Mit der vorgestellten Art der Theoriebildung und -ausgestaltung scheinen jene Überlegungen nur noch den Titel gemein zu haben, die im theoretischen und ideologischen Umfeld der grün-alternativen Bewegungen angestellt werden. *Galtung* (1979, 1983), *Stöhr* (1983), *Baumhöfer* (1983, 1985) und viele andere erhoffen sich aus der Nutzung der nunmehr als endogen klassifizierten Entwicklungspotentiale eine ganz neue, an die Regionalkulisse adäquat adaptierte und in die sozialen, politischen, kulturellen und natürlichen Bedürfnisse eingepaßte regionale Selbstentfaltung. Es geht, um es mit *Dannecker* zu sagen, »um die Forderung nach einem von eigenen Werten bestimmten politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungsweg, der eine schwache Außenabhängigkeit und eine starke Selbststeuerungsfähigkeit aufweist« (*Dannecker* 1983, 89). Dieser Ansatz versteht sich als multidimensional und verwahrt sich entschieden gegen »ökonomistische« Verkürzungen. Möglicherweise liegt hierin das stark konsensstiftende Moment; in methodischer Hinsicht laufen derartige Unterfangen zuweilen Gefahr, sich so gegen kritische Einwände zu immunisieren. Allemaal aber dürfte es legitim sein, die ökonomischen Implikationen zu durchdenken.

Dabei fällt vor allem auf, daß der Begriff der endogenen Entwicklungspotentiale zumindest bei den intensiv rezipierten Arbeiten etwa von *Galtung*, *Baumhöfer* oder *Stöhr* nirgends theoretisch abgeleitet worden ist. Als Potential im ökonomischen Sinn, dies läßt sich aus Randbemerkungen entnehmen, werden wohl, ganz in der Intention von *Biehl* und *Thoss*, brachliegende Kapazitäten unterstellt wie zum Beispiel nicht genutzte Energiequellen, arbeitslose Erwerbspersonen etc. *Baumhöfer* geht davon aus, daß »oft Teile der Bevölkerung noch über Produktionsmittel ... (wie z.B. Grund und Boden, Maschinen), entsprechende Fertigkeiten und Begabungen, teilweise auch über Kapital« verfügen (*Baumhöfer* 1985, 547). In einer solchen Diktion erscheinen die endogenen Potentiale als so etwas wie der verborgene Schatz, den es nur zu heben gilt, wobei — am Rande bemerkt — auch hier der Begriff selbst mit unterausgelasteten Kapazitäten übersetzt werden könnte.

Die Option einer endogenen Entwicklungslogik ist in hohem Maße davon abhängig, ob erstens nutz- und entwickelbare Potentiale, in welchem Umfang und in welcher Struktur vorfindbar sind und ob zweitens deren Nutzung überhaupt, nicht nur technisch, sondern auch ökonomisch-sozial, möglich ist. Selbst wenn wir den ersten Aspekt als gegeben unterstellen (was über regionalisierte Potentialbilanzen erst noch belegt werden müßte), drängt sich die Frage auf, warum die endogenen Potentiale brachliegen. Welche ökonomisch-sozialen oder technisch-naturalen Faktoren zeichnen verantwortlich? Hierzu schweigen sich die Autoren in aller Regel aus. Damit fällt aber die gesamte konzeptionelle Entwicklungslogik dieses Entwurfs.

In der hier verfochtenen Position sind — wie gesagt — brachliegende Kapazitäten kein Betriebsunfall, sondern zwingendes Resultat marktwirtschaftlicher Prozeßlogik. Dieses Strukturprinzip soll aber gerade nicht angetastet, sondern nutzbar gemacht werden, und zwar in der Form der einfachen Warenproduktion und intraregionaler Wirtschaftskreisläufe. Die Ursachen räumlicher Disparitäten werden so zur Entwicklungschance umgedeutet. Dieser Vorwurf soll an einigen Beispielen verdeutlicht werden. Zunächst einmal sind relevante Teile des zum Beispiel von Baumhöfer benannten Entwicklungspotentials mitnichten frei verfügbar, sondern in bestehende Eigentumsrechte eingebunden. Dies gilt für landwirtschaftliche Brachflächen, unterausgelastete Produktionskapazitäten, eingelagerte Rohstoffe usw. Sie lassen sich demnach nur dann revitalisieren, wenn entsprechende Renditeerwartungen plausibel erscheinen und benötigte Geldkapitalvorschüsse verfügbar sind (vgl. Albrecht 1986, 342f.).

Eine Nutzung der Brachen setzt — neben der notwendigen Profitabilität — auch eine Angebotspalette voraus, die sich als marktfähig erweist. Die Marktfähigkeit jener Güter, die mit Hilfe der endogenen Potentiale zusätzlich erstellt werden sollen, werden vorrangig über deren Gebrauchswertstruktur bestimmt: Qualitativ hochwertige landwirtschaftliche Erzeugnisse, langlebige Gebrauchsgüter und Kunsthandwerksprodukte, kleinräumiger, naturnaher Fremdenverkehr etc. Auch wenn die üblichen Denunziationen an derartige Ansätze nicht geteilt werden, bleiben erhebliche Zweifel. Dabei soll keinesfalls bestritten werden, daß als Beweis der Möglichkeit einer solchen, gebrauchswertorientierten und zugleich marktfähigen Produktion eine Fülle von Einzelbeispielen anführbar ist (vgl. Baumhöfer 1983); bestritten wird, daß darüber ein Abbau räumlicher Disparitäten in gesellschaftlichem Maßstab und somit strukturbestimmend in hochindustrialisierten Gesellschaften vom Typ der Bundesrepublik Deutschland möglich ist.

Selbst wenn unterstellt wird, daß sie gewinnträchtig produziert werden können, bleibt die Gefahr einer schnellen Integration in die traditionelle Ökonomie. Zunächst einmal sind sie, von Ausnahmen abgesehen, abhängig von inputs und Nachfragekonstellationen, die entscheidend von den regionsübergreifenden Unternehmen und gesamtgesellschaftlichen Konfigurationen geprägt sind. Sollten sie sich gleichwohl auf dem Markt behaupten, so können auch etablierte Unternehmen in diese Nischen einsteigen und über eine höhere Produktivität den kleineren das Wasser abgraben (vgl. Sörgel 1984, 158ff.). Dies würde wohl auch eine diesbezügliche Geschichte der Genossenschaftsbewegung eindrucksvoll unter Beweis stellen.

Die vorrangig gebrauchswertseitige Fassung der Produktionsproblematik hat darüber hinaus eine weitere Schwachstelle: Durch die analytische Reduktion auf die einfache Warenproduktion als Herstellung und Vertrieb von Konsummitteln bleibt die Produktion von Produktionsmitteln ausgespart. Indem so der Bereich der Investitionsgüterindustrie und somit eine zentrale Akkumulationssphäre ausgeblendet wird, gelingt es zugleich, von solchen Aspekten wie konjunkturelle Krisen, langfristig verminderte Wachstumsraten etc. in ihrer räumlichen Bedeutung zu abstrahieren (vgl. Albrecht 1986, 344).

Als Fazit kann festgehalten werden, daß die theoretische Variante endogener Entwicklungspotentiale in der Lesart der grün-alternativen Bewegung erhebliche Defizite beim Begreifen der ökonomischen Funktionsweisen kapitalistischer Gesellschaften aufweisen. — Sind aber erst die ökonomischen Problemfelder in der skizzierten Art weggedacht, dann reduziert sich das Dilemma darauf, daß es zur Mobilisierung der brachliegenden Kapazitäten »fehlt ... an Marktübersicht und Organisationserfahrung. Auch eine ausgeprägte Innovations- und Kooperationsfähigkeit bzw. Umsetzungsbereitschaft ist kaum vorhanden.« (Baumhöfer 1985, 547) Nachdem so die Ökonomie durch die Pädagogik ersetzt ist, reduziert sich — überspitzt formuliert — die Regionalpolitik auf Aufklärungsarbeit.

Die kritische Würdigung der vorliegenden Konzeptionen zu den endogenen Entwicklungspotentialen soll abgeschlossen werden mit einigen kursorischen Bemerkungen zu dem Begriff des »Endogenen«. Seine Benutzung setzt eine befriedigende Abgrenzung der einzelnen Regionen voneinander nach Größe und Struktur voraus, wofür bislang nur äußerst pragmatisch ausgerichtete Vorschläge existieren. Dessen ungeachtet halte ich den Begriff für mißverständlich. Denn noch jede Region hierzulande ist zum Beispiel durch Warenströme und Pendlerbewegungen in umfassendere räumliche Einheiten eingebunden. Desgleichen sind sie durch natürliche Stoff- und Energieströme mit anderen Teiltterritorien verbunden. Schließlich sind sie geprägt durch die sozial-ökonomische Form der gesellschaftlichen Produktion, deren Teil sie sind. Das heißt, sie sind keineswegs autarke Systeme, so daß der Begriff des Endogenen unrealistisch ist (vgl. FPN 1986, 18f.). Hinzu kommt, daß eine endogene Entwicklung strukturschwacher Regionen auf Grund der strukturellen Defizite und damit der Konkurrenz Nachteile allemal ohne Ressourcentransfer aus den hochagglomerierten Räumen kaum möglich ist.

Zusammenfassend stellen sich die verschiedenen Überlegungen zu einer endogenen Regionalentwicklung nach wie vor als theoretisch defizitär, begrifflich unscharf und praktisch-politisch weitgehend konzeptionslos dar, wenngleich die Diskussion durchaus auch Fortschritte gebracht hat, die vor allem mit dem Namen Thoss verbunden sind.

### **Der Ansatz der Forschungsgruppe Produktivkraftentwicklung Nordhessen**

Problematisch ist insbesondere die fehlende systematisch-theoretische Ableitung der Entwicklungspotentiale unter Berücksichtigung der Notwendigkeit einer stofflich-

naturalen Reproduktion sowie der Systemlogik marktwirtschaftlich verfaßter Gesellschaften. Denn erst auf einer solchen Basis könnten die strukturellen Restriktionen einer Nutzung der so ermittelten Potentiale benannt und die Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Regionalpolitik deutlicher ausgelotet werden. Schließlich könnten, aufbauend auf solche Vorarbeiten, die wirtschaftspolitischen Instrumentarien aus den Ergebnissen dieser Überlegungen deduziert werden. Daß sich dieses »hehre« Unterfangen auch konkretisieren läßt, zeigen zum Beispiel die Arbeiten der *Forschungsgruppe Produktivkraftentwicklung Nordhessen* (FPN) zu einem Strukturkonzept für den Schwalm-Eder-Kreis.

Die Konzeption basiert auf der grundlegenden Auffassung, daß Regionen gefaßt werden müssen als »Wirkungsraum der Auseinandersetzung von Mensch und Natur durch gesellschaftliche Arbeit« (FPN 1986, 19). Die Form der Arbeitsverausgabung wird durch die entsprechenden ökonomisch-sozialen bzw. technisch-naturalen Makrosysteme geprägt, so daß Regionalsysteme keinesfalls autark sind. Demnach »werden die regionalen Produktions- und Reproduktionsbeziehungen durch das gesamtwirtschaftliche Entwicklungsmuster geformt und sind Ausdruck der gesamten Produktionsweise, sind aber trotzdem durch regionsspezifische Faktorkombinationen, Prozesse und Produktionsresultate gekennzeichnet, die ihre Eigenart nicht zuletzt den spezifisch regionalen Möglichkeiten und Voraussetzungen des Mensch-Natur-Austausches verdanken« (FPN 1987, 12).

Die Relevanz einer Entwicklungsstrategie auf der Basis regionaler Potentiale wird über eine »Theorie des Marktversagens« abgeleitet, indem davon ausgegangen wird, daß Systeme kapitalistischer Produktion gleichsam strukturell sowohl Teile des menschlichen Arbeitsvermögens und der einsetzbaren Produktionsmittel als auch der Naturausstattungen nicht nutzen. Es kommt zu Unterauslastungen existierender und zugleich zu Überbeanspruchungen der eingesetzten Faktoren. Des weiteren verstoßen kapitalistische Unternehmen regelmäßig, zum Beispiel in der Form nicht kreislaufförderiger, sondern linearer Produktionssysteme mit der Folge eines hohen Ressourcenverbrauchs und vielfältiger Abprodukte, gegen die Notwendigkeiten einer stofflich-naturalen Reproduktion der Naturhaushalte (wie sie überhaupt erhebliche Bereiche der Reproduktionssphäre dem Staat und der Familie überlassen). Die Folgen sind sattsam bekannt. — Diese Sicht der Dinge läuft darauf hinaus, jene systembedingt unbefriedigten Bedarfsfelder zu ermitteln, die für eine Reproduktion sowohl der Bevölkerung als auch der Naturpotentiale notwendig sind. Zur Illustration sei als Beispiel der Bedarf an ressourcensparenden und abproduktarmen Energiegewinnungstechniken (bzw. Einsparformen) aufgeführt (vgl. FPN 1986, Bd.2, 83ff.).

Auf der Grundlage dieser — von mir sehr vereinfacht vorgetragenen — Analyse käme es dann darauf an, einen regionalen Produktionskörper zu formen, der die menschlichen und natürlichen Potentiale umfassend nutzt, und zwar unter Berücksichtigung der reproduktiven Notwendigkeiten. Hierzu wurden exemplarisch für den Schwalm-Eder-Kreis Potentialbilanzen erstellt, die in exponierbare, aktivierbare, konvertierbare und passivierbare unterteilt wurden, und zwar für das Arbeitsvermögen (menschliches Arbeitsvermögen unter Einschluß der Produktionsmittel) als der eine

Pol und für die Naturpotentiale (ursprüngliche Potentiale und die Arbeitsmaterialien) als der andere Pol. Auf einer solchen Basis konnten schließlich regionsadäquate Entwicklungsperspektiven konzipiert werden, indem Nutzungsmöglichkeiten und Beschäftigungsstrategien dieser Potentiale entworfen wurden. — Diese Konzeption stellt m.E. eine fruchtbare Weiterentwicklung des Ansatzes zu regionalen Entwicklungspotentialen dar. Unklar bleibt, wie bzw. mit welchen Realisierungschancen die Alternativen gegen die herrschende Produktionslogik durchgesetzt werden können.

## Literaturverzeichnis

- Albrecht, W., 1986: Endogene Entwicklungskonzepte zwischen fortschrittlicher Perspektive und kleinbürgerlicher Sackgasse. Einige kritisch-systematische Anmerkungen. In: IMSF (Institut für Marxistische Studien und Forschungen) (Hrsg.): Jb II, Frankfurt/M.
- Baumhöfer, A., 1982: Wirtschaftsprojekte durch regionale Initiativen. Oldenburg
- Baumhöfer, A., 1983: Die Stärkung einer eigenständigen Regionalentwicklung — eine regionale Entwicklungschance. In: Neues Archiv für Niedersachsen, Bd. 31, H.4
- Baumhöfer, A., 1985: Regionalentwicklung — Leben in Stadt und Land. In: IMSF (Hrsg.), Jb 9, Frankfurt/M.
- Biehl, D., u.a. 1974: Bestimmungsgründe des regionalen Entwicklungspotentials — Infrastruktur, Wirtschaftsstruktur und Agglomeration. In: Die Weltwirtschaft, H.1
- Biehl, D., u.a., 1975: Bestimmungsgründe des regionalen Entwicklungspotentials. In: Giersch, H. (Hrsg.): Kieler Studium, Bd. 133, Tübingen
- Borts, G.H., und J.L. Stein, 1964: Economic Growth in a Free Market. New York, London
- Dannecker, R., 1983: Entwicklungsarbeit und endogene Entwicklung. In: Heintz, v.P. (Hrsg.): Endogene Entwicklung: Wirklichkeit und Ideologie. Dissenhofen
- FPN (Forschungsgruppe Produktivkraftentwicklung Nordhessen), 1986: Energie- und Strukturkonzept Schwalm-Eder-Kreis, Bd. 1 und 2, Kassel (Schriftenreihe der Gesamthochschule Kassel)
- FPN, 1987: Potentiale regionaler Reproduktion, FPN:NEP 01, Kassel (Schriftenreihe der Gesamthochschule Kassel).
- Galtung, J., 1979: Self-Reliance. Strukturveränderungen auf internationaler, nationaler, lokaler und persönlicher Ebene. In: Huber, J. (Hrsg.): Anders arbeiten — anders wirtschaften. Frankfurt/M.
- Galtung, J., 1983: Self-Reliance. Beiträge zu einer alternativen Entwicklungsstrategie. München
- Giersch, H., 1964: Das ökonomische Grundproblem der Regionalpolitik. In: Jürgensen, H. (Hrsg.): Gestaltungsprobleme der Weltwirtschaft, Festschrift für Andreas Predöhl. Göttingen
- Hartke, S., 1984: Selbstverantwortete regionale Entwicklung im Rahmen der Raumordnung — Bemerkungen zur Durchsetzbarkeit der Empfehlung des Beirats für Raumordnung vom 18. März 1983. In: Raumordnung und Raumforschung, Heft 2
- Heine, M., 1989: Von der Peripherie zur Wirtschaftsmetropole — und zurück. Grundzüge einer Theorie räumlicher Agglomerationsvorteile. Berlin (West)
- Läpple, D., 1978: Gesellschaftlicher Reproduktionsprozeß und Stadtstrukturen. In: M. Mayer u.a. (Hrsg.): Stadtkrise und soziale Bewegungen. Frankfurt/M.
- Sörgel, A., 1984: Zum Stellenwert von Alternativprojekten in einer marxistischen Konzeption. In: IMSF (Hrsg.): Die Alternativen der Alternativbewegung. Frankfurt/M.
- Stöhr, W., 1983: Alternative räumliche Entwicklungsstrategien endogener »selektiver Eigenständigkeit«. In: österreichische Zeitschrift für Soziologie (öZS), Nr. 8
- Strassert, G., 1984: »Regionales Entwicklungspotential«. Ein Versuch der Enträtselung eines Schlagwortes. In: Raumordnung und Raumforschung, H.1
- Thoss, R., 1977: Die Verteilung des Entwicklungspotentials als Problem der Regionalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. In: Buhr, W., Friedrich, P. (Hrsg.): Konkurrenz zwischen kleinen Regionen. Schriften zur öffentl. Verwaltung und öffentl. Wirtschaft, Bd.23
- Thoss, R., 1982: Die Dosierung der Maßnahmen zur Steuerung des räumlichen Entwicklungsprozesses. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Grundriß der Raumordnung. Hannover
- Thoss, R., 1983: Qualitatives Wachstum in den Raumordnungsregionen der Bundesrepublik Deutschland. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Gleichwertige Lebensbedingungen durch eine Raumordnungspolitik des mittleren Weges. Indikatoren, Potentiale, Instrumente. Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 140, Hannover
- Thoss, R., 1984: Potentialfaktoren als Chance selbstverantworteter Entwicklung der Regionen. In: Informationen zur Raumentwicklung, H.1

Kurt Wand

## Arbeitsplätze für das Revier

### Neue strukturpolitische Initiativen für eine Krisenregion

»Aufbruchstimmung« herrscht im Ruhrgebiet. Wenn man den Konjunkturbericht der Industrie- und Handelskammer des Reviers liest, überschlagen sich die frohen Botschaften nur so: »Konjunktur hat an Schubkraft gewonnen«, »Mit Zuversicht ins nächste Jahr«, »Kräftiger Anstieg der Umsätze«, »Aufschwung stärkt Ertragskraft«, »Stahlindustrie konjunkturell auf Hochtouren« usw.<sup>1</sup> Die Eisen- und Stahlindustrie, die mancher Politiker noch vor kurzem als altindustriellen Schrott betrachtete, von dem man sich lieber heute als morgen trennen sollte, trägt mit ihrem unerwarteten Boom zu vollen Konzernkassen und kräftigem industriellen Wachstum bei. Darüber wird schnell vergessen, daß der derzeitige Wirtschaftsaufschwung im Revier konjunktureller Natur ist und auf der Basis unveränderter, nach wie vor zutiefst krisenträchtiger Industriestrukturen stattfindet. Dabei hat sich der Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt des Reviers ohnehin nur geringfügig ausgewirkt. Die Arbeitslosenquoten der Ruhrgebietsstädte und -kreise liegen im Durchschnitt noch immer fast doppelt so hoch wie im Bund. Der anhaltende Anpassungsdruck bei Branchen wie Eisen und Stahl, Steinkohlenbergbau und ihren Zulieferindustrien führt bereits kurzfristig zu weiteren massiven Beschäftigungseinbrüchen; dabei sind die zukünftigen Risiken aus einem Rückgang der Automobilkonjunktur noch gar nicht berücksichtigt.

Vor diesem Hintergrund besteht wenig Anlaß, auf eine Lösung der Probleme des Reviers im Selbstlauf zu bauen. Die aktuell zum Teil günstigere Wirtschaftslage muß vielmehr als Chance begriffen werden, neue strukturpolitische Initiativen mit etwa besseren Ausgangsbedingungen in der Region in Angriff nehmen zu können, als sie noch vor etwas mehr als einem Jahr in der Folge des Börsenkrachs erwartet werden mußten.

Mit dieser Zielsetzung hat die Bezirksleitung Dortmund der IG Metall im Herbst 1988 neue Konzepte der Beschäftigungs- und Strukturpolitik für die Region vorgelegt. Sie stützen sich auf ein Forschungsprojekt des Vorstands der IG Metall und der Hans-Böckler-Stiftung, das gemeinsam vom GEWOS Institut für Stadt-, Regional- und Wohnforschung Hamburg/Essen, von der Gesellschaft für Arbeitsschutz- und Humanisierungsforschung Dortmund und vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB Düsseldorf durchgeführt wurde.<sup>2</sup> Dieses Projekt analysierte den Strukturwandel und die Beschäftigungsperspektiven der Metallindustrie an der Ruhr am Beispiel der Branchen Eisen und Stahl, Stahlbau, Maschinenbau und Elektrotechnik. Wesentliche Ergebnisse daraus und einige weiterführende Überlegungen sollen im folgenden zur Diskussion gestellt werden.

### Krisenprobleme der Ruhrgebietswirtschaft

»Sozialpläne geben dem einzelnen ein soziales Netz. Aber sie geben dem Ruhrgebiet keine Arbeit und der jungen Generation keine Zukunft. Deshalb muß und wird sich

unser Handeln ausrichten an dem Ziel, Arbeitsplätze zu erhalten und neue Arbeitsplätze zu schaffen. « So formulierte Harald Schartau, Sekretär in der IG Metall Bezirksleitung Dortmund, die Leitlinie des Projekts »Metallindustrie an der Ruhr«. <sup>3</sup>

Die bestimmende Zielsetzung des Projekts bestand folglich darin, Ansatzpunkte für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Metallindustrie aufzuzeigen, die von der gewerkschaftlichen Interessenvertretung im Betrieb und in der Region aufgegriffen und umgesetzt werden könnten. Basis dafür sollten Vorschläge zur Produktinnovation und Diversifizierung sein, mit denen z.B. in krisenbetroffenen Betrieben Alternativen zum Arbeitsplatzabbau formuliert werden könnten. Diese Zielsetzung machte es notwendig, zunächst eine mögliche differenzierte und konkrete Analyse der Entwicklungstendenzen in der Metallindustrie und in der Ruhrgebietswirtschaft insgesamt zu erstellen. Die hierzu vorgelegten Untersuchungsergebnisse machen vor allem deutlich, daß die Krisenprobleme des Reviers keinesfalls allein auf das dominierende Gewicht der »altindustriellen« Branchen, insbesondere der Eisen- und Stahlindustrie, zurückgeführt werden können. Die Stärken und Schwächen der Metallindustrie an der Ruhr bilanziert das Projekt vielmehr wie folgt:

— Strukturprobleme prägen nicht nur die montanindustrielle Produktion, sondern auch weite Teile der übrigen Industrie. Der Beschäftigungsabbau war 1980 bis 1986 im nicht-montanindustriellen Sektor sogar höher als im traditionellen Kernbereich. In der Volkswirtschaft insgesamt wachsende Branchen wie der Maschinenbau, der Automobilbau und die Chemieindustrie bleiben im Revier deutlich zurück. Auch der bundesweit expandierende Dienstleistungssektor schafft regional keinen Ausgleich. Auf jeweils neun im Zeitraum 1978 bis 1986 in der Industrie weggefallene Arbeitsplätze kam im Revier nur ein neu entstandener Dienstleistungsarbeitsplatz.

— Die Betriebe in der Region produzieren zwar auf modernem technologischem Niveau, sie schaffen aber nicht den Übergang in neue Märkte durch Produktinnovation. Dies hängt entscheidend zusammen mit der Produktionsausrichtung auf die Montanindustrie, mit fehlenden eigenständigen F&E-Aktivitäten, mit der Orientierung an »Tonnage-Denken« und Massenproduktion, mit rigider Arbeitsteilung und zentralisierter Entscheidungskompetenz sowie mit Defiziten in der Qualifikationsstruktur der Unternehmen bei den höherqualifizierten produktionsorientierten Dienstleistungen.

— Ebenso bedeutsam ist die starke Abhängigkeit der regionalen Metallindustrie von Konzernstrukturen. Rund 90 Prozent aller Metallarbeitsplätze in den vier Branchen sind nach den Ergebnissen einer Betriebsräte-Befragung konzernabhängig. Aus der Sicht des Ruhrgebiets besteht das zentrale Problem darin, daß die großen Konzerne den Strukturwandel für sich durchaus bewältigen, aber auf einem Wege des »Rückzuges aus dem Revier«, der dem Ruhrgebiet nur die Anpassungsprobleme und die Altlasten läßt, während die neuen Konzernaktivitäten in anderen Regionen aufgebaut werden. Konzern- und Regionalentwicklung fallen also immer mehr auseinander.

— Stärken der Metallindustrie des Ruhrgebiets liegen in den Feldern Anlagenbau und Umwelttechnik. Diese Stärken können zu Ausgangspunkten einer neuen industriellen Entwicklung werden, wenn sie von den Unternehmen in der Region ausgebaut und von der Wirtschafts- und Strukturpolitik systematisch unterstützt werden. Bislang

ist ein übergreifendes strukturpolitisches Konzept für das Ruhrgebiet allerdings nicht in Sicht. Statt dessen dominieren Zersplitterung und kommunale Konkurrenz.

Im Ergebnis von positiven und negativen Faktoren kommt die Studie zu dem Schluß, daß die Krisenfaktoren eindeutig überwiegen. Für die Zukunft muß befürchtet werden, daß sich der Beschäftigungsabbau in der Ruhrgebietsindustrie noch erheblich verschärft. Neben die Probleme bei Eisen und Stahl treten absehbar »neue Krisenbetriebe« in den Branchen Maschinenbau und Elektrotechnik, hinzu kommen die Risiken der Beschäftigungsentwicklung in der Automobilindustrie und ihren Zulieferbranchen. Im Falle eines erneuten konjunkturellen Abschwungs sind Arbeitslosenquoten von über 20 Prozent im Revier daher keineswegs mehr auszuschließen.

In bezug auf die Eisen- und Stahlindustrie wäre es allerdings verfehlt, den Begriff der »Altindustrie« aufrechtzuerhalten. Die Stahlindustrie der Bundesrepublik produziert im wesentlichen auf modernstem technologischen Niveau, und Stahl ist zugleich ein »alter« wie ein »neuer« Werkstoff, der beständig weiterentwickelt und in vielen Bereichen der Volkswirtschaft auch zukünftig der leistungsfähigste und günstigste Werkstoff sein wird. Da im Rahmen einer vernünftigen Energiepolitik dem bundesdeutschen Steinkohlebergbau ebenfalls ein wichtiger Stellenwert zukommt, insbesondere unter den Bedingungen eines Verzichts auf die Kernenergie, hat der montanindustrielle Sektor des Reviers insgesamt eine Perspektive als bedeutsame regionale Industrie, wenn auch auf längerfristig weiter verringerten beschäftigungsmäßigem Niveau.

### Arbeitsplätze durch Strukturwandel

Ausgehend von der so skizzierten Ausgangslage schlägt die IG Metall eine strukturpolitische Konzeption für das Ruhrgebiet vor, die nicht in einer rein defensiven, auf die Konservierung bestehender Strukturen gerichteten Strategie besteht, sondern abzielt auf »eine Strategie, die Bestandssicherung, zukunftsorientierten Umbau und beschäftigungswirksame Neuerungen miteinander verbindet«, so Georg Ippers vom Vorstand der IG Metall. Im Mittelpunkt der Überlegungen steht dabei auch nicht, nur ein überwiegend an politische Instanzen gerichtetes Forderungspaket zu schnüren, sondern integrierte Lösungen zu finden, die von der Umstrukturierung der betrieblichen Produktpalette über eine neue Qualifizierungsausrichtung bis hin zu einer entsprechenden Veränderung der Wirtschafts- und Strukturpolitik reichen.<sup>3</sup>

Die Kernpunkte der beschäftigungs- und strukturpolitischen Alternativen der IG Metall für das Ruhrgebiet können in folgender Weise zusammengefaßt werden:

(1) Notwendig ist eine neue Industriepolitik, die aus einer Kombination von betriebsbezogener Strukturpolitik und nachfrageorientierter Investitionspolitik besteht. Produktinnovationen in den Betrieben müssen durch die Wirtschafts- und Technologieförderung, aber auch durch Qualifizierungskonzepte und die Förderung von Pilotprojekten und Demonstrationsanlagen in der Region unterstützt werden.

(2) Die Förderung von Neuansiedlungen und Neugründungen wird notwendig bleiben, sie wird im industriellen Bereich aber nur begrenzte Beschäftigungswirkungen haben. Vorrang muß deswegen ein Konzept der dynamischen Bestandsentwick-

lung erhalten. Zielvorstellung ist vor allem eine leistungsfähige Investitionsgüterindustrie, die sich auf den Einsatz moderner Elektronik und Steuerungstechnologie stützt und Produkte und Produktionsverfahren anbietet, die höchsten Ansprüchen auch hinsichtlich Umwelt- und Arbeitsschutz, Energieeinsparung und Abfallvermeidung genügen.

(3) Die notwendige Stärkung des Innovationspotentials muß vor allem in den Betrieben selbst erfolgen. Ein entscheidender Stellenwert kommt dabei den Qualifikationen der Beschäftigten und ihren betrieblichen Handlungsmöglichkeiten zu. Facharbeiter, Techniker und Ingenieure haben vielfach eigene Ideen, wie Produktionsverfahren verbessert und neue Produkte entwickelt werden können; dieses Innovationspotential muß systematisch unterstützt und genutzt werden.

(4) Die unaufschiebbare Aufgabe der ökologischen Modernisierung der Industrie eröffnet für die Investitionsgüterindustrien breite zukünftige Marktchancen im privaten wie im öffentlichen Sektor. Eine Schlüsselstellung hat dabei der Maschinen- und Anlagenbau, der mit seinen Produkten das technologische, ökologische und soziale Niveau der Produktion in der Volkswirtschaft insgesamt bestimmt. Moderner Maschinenbau und zukunftsorientierte Werkstoffentwicklung sind für die Metallindustrie an der Ruhr daher ebenso entscheidende Innovationsfelder wie hochwertige Anlagen und Verfahren in den Sektoren Energie-, Umwelt- und Verkehrstechnik sowie in der Abfallwirtschaft und Altlastensanierung.

(5) Wenn diese Innovationschancen genutzt werden sollen, muß auch ein Umbau der Unternehmensstrukturen erreicht werden. Großunternehmen müssen sich stärker in der regionalen Wirtschaftsförderung engagieren, Klein- und Mittelunternehmen müssen neue Formen der Kooperation entwickeln. In der Industrie insgesamt ist eine innovativere Organisation des Arbeits- und Produktionsprozesses und der Unternehmensleitung erforderlich.

(6) Die vorgefundenen Defizite in den Qualifikationsstrukturen können nur überwunden werden, wenn Innovations-, Investitions- und Qualifizierungskonzepte miteinander verknüpft werden. Die regional bedeutsamen Ausbildungszentren der Montanindustrie sollten für Projekte genutzt werden, die neue Arbeitsplätze schaffen, Qualifikationen in technologischen Schlüsselbereichen vermitteln und neue Produktionslinien in der Region aufbauen helfen.

(7) Die regionale Strukturpolitik müßte um eine starke sektorale Komponente erweitert werden. Kommunale Wirtschaftsförderung und Technologieprogramme können direkter auf das Ziel der Produktinnovation ausgerichtet werden, indem sie z.B. auch nachfrageseitige Instrumente einsetzen. Die »Zukunftsinitiative Montanregionen« der Landesregierung bietet hierzu gute Ansatzpunkte, die im Zusammenwirken von Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften und öffentlicher Hand ausgebaut werden müssen. Regionale Entwicklungsprogramme müssen dabei durch ein ruhrgebietsübergreifendes Strukturkonzept koordiniert werden.

(8) Die strukturellen Aufgaben der Zukunft werden nur dann zu bewältigen sein, wenn es zu einem aktiven Handeln gegen die Krise heute kommt. Unternehmen und öffentliche Hand sind dazu aufgerufen, das IG Metall-Konzept der »Beschäftigungsge-

sellschaft« aufzugreifen, das die Sicherung aktuell bedrohter Arbeitsplätze mit den längerfristigen Aufgaben der industriellen Umstrukturierung verbindet.

(9) Die struktur- und beschäftigungspolitischen Initiativen des Reviers und der Landesregierung müssen durch ein Zukunftsinvestitionsprogramm von Bund, Ländern und Gemeinden erweitert werden. Nur durch die vom DGB geforderte »Offensive für qualitatives Wachstum« und ein Programm »Arbeit und Umwelt« kann gesichert werden, daß dringend notwendige Investitionen zum Schutz der Umwelt und zur Schaffung einer großen Zahl von Arbeitsplätzen gemeinsam verwirklicht werden.

### Perspektiven des Konzepts

Die hier skizzierte strukturpolitische Konzeption für das Ruhrgebiet stellt eine regionale Konkretisierung der allgemeineren gewerkschaftlichen Programmatik zur Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik dar, wie sie von der IG Metall zuletzt in ihrem »Strukturpolitischen Memorandum« vom Februar 1988 zusammengefaßt wurde.<sup>4</sup> Dieses Konzept leistet einen entscheidenden neuen Beitrag zur wirtschafts- und strukturpolitischen Strategiediskussion in der Bundesrepublik, indem es die verschiedenen beschäftigungspolitischen Aktionsfelder zusammenführt und miteinander verknüpft. Von besonderer Bedeutung ist dabei der Vorschlag der »Beschäftigungsgesellschaft« (bzw. des »Beschäftigungsplans«): Konzipiert zunächst für die Stahlindustrie, ist die Idee der Beschäftigungsgesellschaft prinzipiell übertragbar auch auf viele andere betriebliche Situationen.<sup>5</sup>

Im Kernpunkt geht es hierbei um alle »klassischen« Fragen der Demokratisierung der Wirtschaft — Mitbestimmung, Planung und Vergesellschaftung —, nur auf einer Ebene, wo die Verbindung zu den realen Auseinandersetzungen auf betrieblicher und regionaler Ebene unmittelbar deutlich wird. Mit dem Konzept der Beschäftigungsgesellschaft

- werden die betrieblichen Arbeitskreise »Alternative Produktion« und ihr Kampf um Mitbestimmung über die Inhalte der Produktion und die Organisation des Arbeitsprozesses aufgegriffen,
- wird die betriebliche Auseinandersetzung um den Erhalt von Arbeitsplätzen mit dem Ziel einer anderen, sozial und ökologisch sinnvollen Entwicklung der Region verknüpft,
- wird die Verantwortung der Unternehmen, insbesondere der großen Konzerne, für die Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen im Betrieb und in der Region eingefordert,
- wird die Forderung nach Initiativen der öffentlichen Hand konkretisiert, den wirtschaftlichen Strukturwandel zu gestalten und Zukunftsinvestitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Verbesserung der Lebensverhältnisse einzusetzen.

Mit der Beschäftigungsgesellschaft hat die IG Metall insofern ein offensives politisches Konzept vorgelegt, das »einen Ausweg aus dem Dilemma einer bloßen Verteidigung vorhandener Produktionsstrukturen mit ihren Beschäftigungsmöglichkeiten und nur abstrakt gefaßten gesamtgesellschaftlichen Veränderungen zu bieten vermag. Damit er-

weisen sich Gewerkschaften eben nicht als jene strukturkonservativen Dinosaurier, als die sie gerne sowohl von neokonservativen Modernisierungsstrategen als auch von linken Postindustriellen hingestellt werden«. <sup>6</sup>

Mit dem Konzept der Beschäftigungsgesellschaft erhält zugleich auch die Vergesellschaftungsforderung neue Aktualität und eine reale Grundlage. Solange sie sich nur auf die Eigentumsfrage bezog, blieb sie »zu abstrakt, zu wenig greifbar, um mobilisierend zu wirken«. <sup>7</sup>

Im Zusammenhang mit den konkreten Auseinandersetzungen um die Arbeits- und Lebensbedingungen in Betrieb und Region, um die Zielsetzungen von Produktion, Investition und Innovation gewinnt sie dagegen einen ganz anderen Stellenwert. Die Vergesellschaftungsforderung wird dann letztlich zur unmittelbaren notwendigen Voraussetzung, um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung zu gestalten, um die Unterordnung von ganzen Regionen unter die betriebswirtschaftliche Logik strukturbestimmender Konzerne zu durchbrechen.

Von daher führt die Auseinandersetzung um alternative Konzepte der betrieblichen und regionalen Entwicklung in der Konsequenz stets auch zu den weiterreichenden Konflikten um die Gestaltung von Ökonomie und Ökologie im nationalen und internationalen Maßstab. Der globale Zwang, die Verschwendung von Energie und Ressourcen zu beenden, Produktionsverfahren und Transportsysteme zu entwickeln, die von vornherein umweltverträglicher arbeiten, kann und muß entsprechende neue Ideen und Lösungen in den Betrieben, in Landkreisen und Städten »vor Ort« hervorbringen. Hier sind das Wissen und die Initiativen von Belegschaften, Betriebsräten und Gewerkschaften, von Technikern und Wissenschaftlern, von Verwaltungen und Umweltorganisationen ein unverzichtbares Potential. Ob solche neuen sozialen Bündnisse zustandekommen, wird zu einer entscheidenden Frage für die Durchsetzung sowohl der Demokratisierung der Wirtschaft als auch für die Bewältigung der grundlegenden ökologischen Probleme. <sup>8</sup>

Die Arbeit an alternativen Konzepten der Regionalentwicklung kann hierbei auf jeden Fall ein wichtiger Baustein sein.

## Anmerkungen

- 1 Industrie- und Handelskammern im Ruhrgebiet: Die Ruhrwirtschaft im Herbst 1988. Konjunkturbericht, Dortmund 1988.
- 2 Harald Schartau: Referat im Rahmen der HBS/IGM-Konferenz am 14.9.1988 in Bochum.
- 3 Georg Ippers: Die Zukunft an der Ruhr: Arbeitsplätze durch Strukturwandel, Referat im Rahmen der HBS/IGM-Konferenz am 14.9.1988 in Bochum.
- 4 IG Metall Vorstand: Strukturpolitische Alternativen zur gesellschaftlichen Arbeitslosigkeit, in: Schriftenreihe der IG Metall Nr. 112, Frankfurt/M. 1988.
- 5 Zur Konzeption der Beschäftigungsgesellschaft vgl. Rudolf Kuda, Nikolaus Schmidt: Beschäftigungsgesellschaften — Konzerne bleiben verantwortlich, in: Der Gewerkschafter, Nr. 5/1987, S.31.
- 6 Heinz Bierbaum: Gewerkschaften als »Reparaturkolonne«?, in: Sozialismus Nr. 12/1988, S.58.
- 7 Theo Steegmann (Interview), in: Sozialismus Nr. 1/1988, S.7.
- 8 Vgl. Karl-Heinz Blessing: Gewerkschaftliche Reformperspektiven, in: WSI-Mitteilungen, Nr. 9/1988.

Wolfgang Lerch

## Beschäftigungskrise im Saarland

### Situation, Ursachen und Handlungsmöglichkeiten

Lange Zeit dominierten in der bundesweit über das Saarland geführten öffentlichen Diskussion die negativen Beiträge. Arbeitslosenrekordzahlen, neuer Subventionsbedarf der saarländischen Stahlindustrie usw. beherrschten die Schlagzeilen. Vor diesem Hintergrund stieß der durch die Landtagswahl im März 1985 herbeigeführte Regierungswechsel und insbesondere der neue Ministerpräsident Oskar Lafontaine auf besonderes Interesse. Gesteigert wurde die Aufmerksamkeit an der Politikpraxis im Saarland noch durch die von Oskar Lafontaine ausgelösten aktuellen wirtschaftspolitischen Kontroversen zum Beispiel um die Arbeitszeitverkürzung.

Um vorschnelle »endgültige« Urteile über Erfolg/Mißerfolg der Landespolitik auf der Grundlage einfacher Indikatoren zu vermeiden, muß darauf hingewiesen werden, daß auf die quantitativ bedeutsamsten Wirkungsfaktoren am Arbeitsmarkt aus Sicht der saarländischen Landespolitik nur eine begrenzte Einwirkungsmöglichkeit besteht. Da, wo solche Möglichkeiten aber vorhanden sind, ist die Diskussion um den richtigen Weg umso wichtiger. Zu den Rahmenbedingungen gehört vor allem die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung, aber auch die sektorale Strukturpolitik bei Energie (hier: Kohle) und Stahl. In diesen beiden, im Saarland immer noch wichtigsten Branchen, bestimmen politische Entscheidungen in Bonn und Brüssel über die Marktposition und damit über die Beschäftigung im Saarland. Neben den Bemühungen, im Vorfeld darauf Einfluß zu nehmen, bestehen aktive Handlungsmöglichkeiten des Landes praktisch weitgehend im ideenreichen Reagieren auf dort gefällte Entscheidungen.

#### Ausgangsbedingungen

Das Saarland ist mit drei Kernproblemen konfrontiert, die in enger Wechselbeziehung miteinander stehen und deren Grundlagen weit in die Industriegeschichte des Landes zurückreichen:

##### 1. *Arbeitslosigkeit*

Seit Beginn der Beschäftigungskrise Mitte der siebziger Jahre hat das Saarland die höchste Arbeitslosenquote aller Bundesländer (1988: 11,8; Bund 8,8 %); erst in den letzten Jahren melden die Stadtstaaten Bremen und Hamburg höhere Werte. Dabei ist zu beachten, daß die offiziellen Arbeitslosenzahlen insbesondere im Saarland nur einen Teil der Realität widerspiegeln:

— Die Erwerbsbeteiligung der saarländischen Frauen ist extrem niedrig (Erwerbsquote 1987 42,3; Bund 54,0 %),

- bei den älteren Männern zeigen die massiven Ausgliederungstendenzen Wirkung (Erwerbsquote 1987 der 60- bis 65jährigen Männer 19,3; Bund 34,2 %),
- die arbeitsmarktpolitischen Entlastungsinstrumente der Arbeitsämter vermindern die offizielle Arbeitslosenquote (1987 — 2,5 Prozentpunkte; Bund —1,6 Pp),
- und schließlich »entlasten« die seit langem anhaltenden Abwanderungen vor allem junger, qualifizierter Arbeitskräfte den Arbeitsmarkt von der Angebotsseite (seit 1967 rund 53000 = 12 % der Erwerbspersonen).

Die aktuelle Situation zeigt einen erneuten leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit um 3,6 Prozent, der erstmals nicht getragen wird von einem verstärkten Einsatz der arbeitsmarktpolitischen Instrumente der Arbeitsämter. Die Beschäftigungszunahme im Dienstleistungsbereich konnte das nach wie vor rückläufige Arbeitsplatzangebot bei Bergbau und Verarbeitendem Gewerbe nun auch im Saarland leicht übertreffen.

## 2. *Ökologische Problembereiche*

In seiner langen Geschichte als Industrieregion hat das Saarland den Zusammenhang zwischen Umwelt und Arbeitsplätzen überwiegend in seiner negativen Form kennengelernt: Die Entwicklung der Montanindustrie war lange Zeit mit hohen Belastungen für die Umwelt gleichbedeutend (z.B. Flächenkontaminierung, Sonderabfälle, Abwässer).

Die Belastungen der betrieblichen Umwelt, des Bodens, der Luft usw. können in unserem Wirtschaftssystem nur reduziert werden, wenn sich das allgemeine Umweltbewußtsein auch in staatlicher Politik wie zum Beispiel Ge- und Verboten und Förderprogrammen niederschlägt. Die mit verstärktem Umweltschutz verbundenen wirtschaftlichen Chancen beginnen sich auch im Saarland erst zögernd von theoretischen Möglichkeiten in konkrete Projekte umzusetzen. Ebenso zeigen die im Saarland immer wieder betonten positiven Merkmale der Lebenssituation (z.B. »Savoir vivre«, reizvolle Landschaftsbilder, ausgeprägte kulturelle Vielfalt) nur geringe arbeitsmarktwirksame Folgen (z.B. im Tourismus).

## 3. *Finanzprobleme der öffentlichen Haushalte*

Der Landeshaushalt ist durch seine »an sich verfassungswidrige« — so der saarländische Finanzminister — Verschuldungsproblematik gekennzeichnet. Zum Ausdruck kommt dies z.B. durch

- den Anteil der zu leistenden Zinsen an den Gesamtausgaben (1989: 15,4 %; zum Vergleich 1980: 6,3 %);
- den Schuldenstand von 10,3 Mrd. DM, davon rund 5,8 Mrd. DM montanbedingt. Der Schuldenstand ist damit mehr als doppelt so hoch wie das gesamte Haushaltsvolumen (zum Vergleich: Relation im Länderdurchschnitt 1,2);
- die im Bundesländervergleich mit Abstand geringste Finanzkraft der saarländischen Kommunen (1988: 64,8 % des Bundesdurchschnitts). Im Unterschied zu Nordrhein-Westfalen, wo neben »armen« Ruhrgebietsgemeinden auch finanzstarke Kommunen vorhanden sind, ist die Spannweite der Finanzausstattung zwischen den saarländischen Gemeinden relativ gering: Alle sind »arm«.

Aus den in jüngster Zeit beschlossenen Veränderungen in den Finanzbeziehungen des Landes mit dem Bund bzw. den anderen Bundesländern ergeben sich aus saarländischer Sicht letztlich keine Verbesserungen. Erhöhten Einnahmen aus Länderfinanzgleich/Bundesergänzungszuweisungen und auf Grund der kürzlich beschlossenen Strukturhilfen stehen zum Beispiel ab 1990 steuerreformbedingte Ausfälle, steigende Sozialhilfebelastung, erhöhter Finanzbedarf zur aktiven Arbeitsmarktpolitik (9. AFG-Novelle) usw. gegenüber.

Die Wiederherstellung der Grundlagen einer soliden Finanzwirtschaft im Saarland läßt sich eigentlich nur durch eine Teilentschuldung des Landes, zum Beispiel durch Übernahme der montanbedingten Schuldenlast von 5,8 Mrd. DM durch den Bund, erreichen. Dies würde den Schuldenstand des Bundes um 1,3 Prozent erhöhen und den des Saarlandes um mehr als die Hälfte verringern. Der Schuldenstand des Saarlandes würde dann etwa dem Länderdurchschnitt entsprechen (1987: 8758 DM je Einwohner zu 4689 DM je Einwohner der Flächenstaaten). Zum Vergleich: Die an Berliner Unternehmen geflossenen Vergünstigungen nach dem Berlin-Förderungsgesetz erreichten allein im Jahr 1987 ein Volumen von mehr als 7 Mrd. DM, davon trugen der Bund etwa 55, Berlin 15 und die anderen Bundesländer 30 Prozent.

## **Ursachen**

Die überdurchschnittliche Betroffenheit des Saarlandes in der Beschäftigungskrise ist vor allem auf folgende Ursachen zurückzuführen:

— Rund die Hälfte der in den letzten Jahren verlorengegangenen Arbeitsplätze ist durch die überdurchschnittliche Besetzung mit Krisenbranchen bzw. unterdurchschnittliche Besetzung expansiver Wirtschaftszweige zu erklären (Branchenstruktureffekt). Die mit dem Branchenbesatz eng verbundene Betriebsgrößenstruktur zeigt für das Saarland einen Nachteil an kleinen, selbständigen Einbetriebsunternehmen, denen heute immer wieder eine besondere Beschäftigungsdynamik nachgesagt wird.

— In den letzten Jahren ist die Produktivität im Saarland schneller gestiegen als im übrigen Bundesgebiet, d.h. das saarländische Wirtschaftswachstum war weniger beschäftigungswirksam. Um den gleichen Beschäftigungseffekt zu erreichen, hätte das BIP-Wachstum im Saarland seit 1980 um 2,5 Prozentpunkte höher als im Bundesgebiet ausfallen müssen; tatsächlich waren es sogar 2 Prozentpunkte weniger.

— Der Dienstleistungsbereich hat — bei ohnehin niedrigerem Ausgangsniveau — zwar auch im Saarland zur Entlastung beigetragen, aber weitaus weniger als im Bundesgebiet. Zumindest teilweise steht dies sicher auch in unmittelbarem Zusammenhang zur Beschäftigtenentwicklung in den Grundbereichen (vgl. z.B. die Beschäftigtenzahlen im Handel in den von der Stahlkrise besonders betroffenen Städten). Der geringe Besatz mit produktionsorientierten Dienstleistungsunternehmen steht im engen Zusammenhang mit der oben aufgezeigten saarländischen Betriebsgrößenstruktur.

— Einige positive bzw. negative Abweichungen im Saarland sind unmittelbar Ergebnis einzelner unternehmenspolitischer Entscheidungen auf Bundesebene (z.B. Ford, Hochtief bzw. Streif) zurückzuführen, die die jeweilige Branchenentwicklung

bzw. -abweichungen vom Bundesdurchschnitt wesentlich bestimmt haben. Dies ist Resultat der intensiven Kapitalverflechtungen

— zumeist bedeutet dies Abhängigkeit — der saarländischen Wirtschaft mit Entscheidungszentralen außerhalb des Landes.

— Diese externe Kontrolle über Tochtergesellschaften und Zweigbetriebe hat nicht nur Folgen für die quantitative Entwicklung der Beschäftigtenzahl, sondern auch unmittelbare Auswirkungen auf die qualitative Dimension der Beschäftigtenstruktur. Im Saarland sind die Headquarter-Funktionen Verwaltung, Vertrieb, Forschung und Entwicklung, Unternehmensführung unterdurchschnittlich vertreten.

— Nicht zu übersehen sind auch die für das Saarland überwiegend negativen Folgen politischer Entscheidungen. Dies gilt einmal für die unmittelbar beim Staat Beschäftigten (z.B. Bundesbehörden, Bundesbahn, Forschungsinstitutionen), aber auch für die privatwirtschaftlichen Bereiche, die von politischen Entscheidungen wesentlich beeinflußt werden (z.B. Kohle, Stahl, Bauwirtschaft).

### **Beschäftigungspolitische Handlungsmöglichkeiten auf Landesebene**

Die Arbeitslosigkeit im Saarland kostet allein die öffentlichen Haushalte jährlich über 1,3 Mrd. DM; das Land trägt davon rund 130 Mio. DM, die saarländischen Kommunen rund 85 Mio. DM. Schon dieses Finanzvolumen zeigt die Notwendigkeit, aber auch — bei gesamtstaatlicher Betrachtung — die finanziellen Möglichkeiten aktiver Beschäftigungspolitik für das Saarland auf. Daß die hierfür notwendigen Entscheidungen auf Bundesebene aber nicht getroffen werden, ist bekannt und braucht hier nicht näher erläutert zu werden.

Selbst bei optimistischen Annahmen erwartet die Arbeitskammer des Saarlandes für 1995 ein Arbeitsplatzdefizit von 80000. Dies zeigt, wie trügerisch manchmal geäußerte Erwartungen sind, das Problem der Arbeitslosigkeit werde sich in einem absehbaren Zeitraum wegen Veränderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung »quasi von selbst« lösen oder zumindest deutlich vermindern.

#### *1. Montanbereich*

Das wirtschaftspolitische Konzept des Landes war in der Vergangenheit wesentlich durch die finanzielle Dominanz zugunsten der Montanindustrie geprägt. Etwa die Hälfte des — im Ländervergleich extrem hohen — Schuldenstandes des Landes ist unmittelbar auf Sanierungshilfen zugunsten von Kohle und Stahl zurückzuführen. Angesichts der beschäftigungspolitischen Bedeutung des Montanbereichs — noch heute arbeiten rund 40 Prozent der Industriebeschäftigten an der Saar in diesen Bereichen — ist diese Abfederungsstrategie innerhalb des Saarlandes wegen fehlender konkreter Alternativen vergleichbarer Größenordnung weitgehend unumstritten.

Gleichwohl wurden seit dem Regierungswechsel wichtige neue Akzente auch in der Montanpolitik gesetzt, die durch die weltweit günstige Entwicklung auf dem Stahlmarkt wesentlich an Durchsetzungskraft gewonnen haben. Zu diesem Weg gehört zum

einen die produktionstechnisch abgeschlossene und für beide Partner sinnvolle Fusion Dillingen/Saarstahl. Zweites Standbein des Konzeptes ist seit Anfang 1987 die soziale Abfederung über die »Stahlstiftung Saarland« bzw. die »Beschäftigungsgesellschaft Saar«. Vergleiche mit der aktuellen Diskussion im Ruhrgebiet sind wegen der dort ganz anders gelagerten finanziellen Voraussetzungen der beteiligten Unternehmen nur sehr beschränkt sinnvoll.

## 2. Wirtschafts- und Technologiepolitik

Die Gemeinschaftsaufgabe »Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur« als zentraler Bestandteil der traditionellen Regionalpolitik in der Bundesrepublik wurde quantitativ seit Ende der siebziger Jahre sowohl vom Gesamtniveau als auch bezüglich des saarländischen Anteils (Maximum 1981 22,7; 1988 7,5 %) in ihrer Bedeutung reduziert. Hinzu kommt ein qualitativer Bedeutungsverlust durch Verminderung der Förderintensität.

Die bewußte Zurückhaltung des Bundes in der Regionalpolitik bietet den Bundesländern größere eigene Gestaltungsräume — und die finanzstarken Bundesländer können sie nutzen. Für die finanzschwachen Bundesländer (wie z.B. das Saarland) dominiert hingegen das Risiko, einzeln stärker in Abhängigkeit des Bundes zu geraten, weil die Lösung ihrer Arbeitsmarktprobleme nach wie vor wesentlich von der inhaltlichen und finanziellen Ausgestaltung der Bundespolitik bestimmt wird. Durch die Bereitschaft der Bundesregierung zu speziellen Ländergesprächen (z.B. Ruhrgebietskonferenz, Saarkonferenz) besteht die Gefahr, daß das Problem der Arbeitslosigkeit und damit auch die politische Verantwortung für die Lösung des Problems weiter regionalisiert und weniger als eine Aufgabe der Bundespolitik gesehen wird.

Im Saarland selbst wurden in den letzten Jahren neue wirtschaftspolitische Akzente gesetzt, die außer einer Neugliederung der Wirtschaftsförderungsorganisation, einem Zukunftsqualifizierungsprogramm u.a. auch industriepolitische Neuerungen umfassen. Diese Bemühungen stehen unter dem Leitmotiv »Moderner Wirtschaftsstandort Saar«, das sich von einem integrierten Landesentwicklungsprogramm jedoch nicht nur im Titel unterscheidet. Zur konkreten Umsetzung seiner Vorstellungen bedient sich das Ministerium für Wirtschaft verstärkt externer Institutionen wie zum Beispiel der ZPT — Zentrale für Produktivität und Technologie (federführend: Industrie- und Handelskammer), der saarländischen Energieagentur und der landeseigenen Wirtschaftsförderungsgesellschaft GW-Saar. — Im Vordergrund der Bemühungen steht dabei

— die Innovations- und Technologieförderung: Dreiviertel der geförderten Projekte sind umwelttechnische Vorhaben bzw. umweltverträgliche Produkte; Verfahrensinnovationen werden nur gefördert, wenn mit ihnen eine spürbare Umweltentlastung einhergeht. Zu beachten ist aber, daß bei der Förderung privater Unternehmen die insbesondere auf Umwelttechnologien ausgerichteten Zuschüsse quantitativ nur eine geringe Rolle spielen (1989: 2,6 %). Ganz eindeutig dominiert die klassische Form der Investitionszuschüsse;

— die Förderung der Energieeinsparung und umweltverträglicher Technologien (z.B. saarländische Energieagentur, Kohleverwendungstechniken);

— die technisch-naturwissenschaftliche Schwerpunktsetzung im Hochschulbereich einschließlich Förderung entsprechender Spill-over-Effekte. Kennzeichnend dafür ist die Neueinrichtung einer technischen Fakultät an der Universität des Saarlandes und die kürzlich erfolgte bzw. anstehende Gründung von Forschungsinstituten (Institut für neue Materialien, Max-Planck-Institut für Informatik, Deutsches Forschungszentrum für künstliche Intelligenz, CIM-Center, Zentrum für Umweltforschung). Angestrebt wird dabei eine unmittelbare Zusammenarbeit mit bestehenden Unternehmen (z.B. Siemens, Villeroy & Boch) bzw. eine Initialzündung zur Gründung neuer Unternehmen (z.B. in Zusammenhang mit SITZ-Saarbrücken Innovations- und Technologie-Zentrum). Die Bemühungen der Gewerkschaften und der Arbeitskammer des Saarlandes, Einfluß zum Beispiel auf die technologiepolitische Ausrichtung im Sinne einer Sozialverträglichkeit zu gewinnen, stieß lange Zeit auf erhebliche Probleme (z.B. Einrichtung einer arbeitnehmerorientierten Technologieberatung).

### 3. Arbeitsmarktpolitik

Die Landesregierung hat die Arbeitsmarktpolitik in den zurückliegenden Jahren sowohl von der Instrumentenseite als auch finanziell ausgebaut. Vom Grundsatz her sind die verstärkten Bemühungen des Landes zu begrüßen, wenngleich in einzelnen Fällen kritische Anmerkungen anzubringen sind. Dies gilt vor allem für die starke Ausweitung der AB-Maßnahmen innerhalb der Landesverwaltung; über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen dürfen keine regulären staatlichen Aufgaben abgewickelt werden.

Als Erschwernis für die Landespolitik ist die erneute Novellierung des AFG anzusehen, die aus Landessicht Arbeitsmarktpolitik zum Teil erheblich verteuert. Dies wird in einigen Bereichen auch zu quantitativen Rückgängen (ABM, FuU) führen.

Positiv zu werten ist auch die verstärkte Mittelbereitstellung des Landes zur Beschäftigung arbeitsloser Sozialhilfeempfänger. Problematisch an dieser Maßnahme ist jedoch die lediglich kurzfristige Beschäftigung von einem Jahr, die häufig nur den Zweck verfolgt, die Betroffenen zur Arbeitsverwaltung abzuschieben.

Die Landesregierung hat mit der Auflage eines Jugendbeschäftigungsprogramms für langfristig arbeitslose Jugendliche einen ersten Schritt in die richtige Richtung zur Minderung der immer noch gravierenden Jugendarbeitslosigkeit getan. Bisher ist dieses Programm — obwohl bereits vor einem Jahr vorgestellt — u. a. auf Grund administrativer Schwierigkeiten jedoch nur sehr schleppend angelaufen. Eine Ergebnisauswertung ist daher zur Zeit noch nicht möglich. Zu befürchten ist jedoch, daß auf Grund der Ausgestaltung des Programms die Zielgruppe der langfristig arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren nur teilweise erreicht wird. Rechnet man die Dunkelziffern nicht-registrierter Personen ein, dürften im Saarland weit mehr als 2000 junger Menschen unter 25 Jahren bereits ein Jahr und länger arbeitslos sein.

#### 4. *Arbeitszeitpolitik*

Die Arbeitszeitverkürzung zählt zu den Rahmenbedingungen, die aus Landessicht normalerweise kaum beeinflusst werden können, in ihrer quantitativen Bedeutung für das Beschäftigungsniveau einer Region aber große Bedeutung haben. Überträgt man die Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit auf die saarländischen Verhältnisse, so hatte die Arbeitszeitverkürzung seit 1984 einen Netto-Beschäftigungseffekt im Saarland von etwa 2 600 Vollzeit-Arbeitsplätzen (zum Vergleich: ohne Arbeitszeitverkürzung wären die Arbeitsplatzverluste in diesem Zeitraum etwa 50 % höher als ohnehin ausgefallen).

Für die Landespolitik bestehen konkrete Handlungsmöglichkeiten in der Arbeitszeitdiskussion in ihrer Eigenschaft als öffentlicher Arbeitgeber. Sowohl Stellenplan als auch Personalausgaben des Landes machen jedoch deutlich, daß die von den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in der letzten Tarifrunde akzeptierte Aufteilung des Tarifabschlusses in niedrigere Einkommenserhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen von der Landesregierung zur Haushaltssanierung und nicht zur Entlastung des saarländischen Arbeitsmarktes genutzt wird. ÖTV-Saar und Arbeitskammer des Saarlandes haben in gemeinsamen Berechnungen aufgezeigt, daß durch Verzicht auf ansonsten mögliche Einkommenserhöhungen in 1989 dem Land von den Beschäftigten als Vorleistung einen kostenneutralen Finanzierungsspielraum für 670 neue Stellen gegeben wurde: Tatsächlich sieht der Haushaltsplan des Landes aber eine weitere Verminderung um 105 Stellen netto — in der Haushaltsrede des Finanzministers ist sogar von 150 als Ziel die Rede — vor! Wahrlich kein Ruhmesblatt der praktizierten Politik im Saarland.

## Reaktion

### Betrifft: »Aufwertung der Betriebsarbeit« in *spw* 44

Überrascht war ich, als ich in *spw* 44 etwas über die Betriebsarbeit lesen konnte, da dieses Thema in den sozialdemokratischen Medien nur selten zu finden ist.

Ich halte die Ausführungen des Autors nicht für uninteressant, bin aber mit seiner Position zum Bundesparteitagsbeschuß zur AfA-Arbeit nicht im geringsten einverstanden. Es bleibt das Gefühl, daß hier wenig kritisch der Beschuß bejubelt werden soll.

1. Den Beschuß als »wichtigsten Einschnitt seit dem Wiederaufbau der Partei nach 1945« (S.493) zu bezeichnen, ist sicher übertrieben und mindert die Bedeutung des Quotierungsbeschlusses, der ja ebenfalls in Münster gefaßt wurde, herab.

2. Daß Betriebsgruppenkonferenzen die Betriebsarbeit der SPD automatisch verbessern oder gar »die SPD auch wieder mehrheitsfähig machen« (S.496), ist ein Trugschuß.

Ich vermisse einen Vorschlag für eine inhaltliche, organisatorische Konzeption einer sozialdemokratischen Betriebsarbeit, die sich auf die Entwicklungen und Brüche der letzten Jahre in der Arbeitswelt einstellt. Nur so wird es möglich sein, anknüpfend an Diskussionen vieler DGB-Gewerkschaften, die Betriebsarbeit der SPD wirklich aus ihrem politischen Schattendasein herauszuführen.

Was aber wird nun, ohne diese Gesamtkonzeption, mit dem Parteitagsbeschuß geschehen? Überall dort, wo er umgesetzt wird, werden bis zu 20 Prozent der Parteitagsdelegierten zusätzlich aus den Reihen der AfA kommen. Daß dies in vielen Unterbezirken und Bezirken zu einer deutlichen Kräfteverschiebung führt, braucht weiter nicht erläutert werden. Insgesamt bekommt eine Arbeitsgemeinschaft ohne für mich ersichtliche Gründe wirksame Sonderrechte mit einschneidender Wirkung. Vielleicht hat daher auch der Bezirksparteitag Westliches Westfalen mit Mehrheit im Frühjahr 1988 eine solche Regelung abgelehnt. Gerade diese Parteitagsdelegierten ahnten wohl, was geschehen kann, wenn bis zu 20 Prozent oft etablierte AfA-Funktionäre (Funktionärinnen gibt es hier kaum) demnächst mit ihnen an den Konferenztischen sitzen werden.

Es soll übrigens nicht verwundern, wenn nun andere Arbeitsgemeinschaften ebenfalls einen Teil dieser Sonderrechte für sich beantragen werden. Einige Juso-Gliederungen haben sich hierfür bereits ausgesprochen.

Andreas Bach

## Besprechungen

**Stark, Rainer: Berlin nach dem Vier-Mächte-Abkommen.** Materialien zur Berlin-Politik. Rahel-Bürger-Verlag o.J. (1986), Bonn. (253 S., br., 19,80 DM)

Fakten und Motive der neueren Berlin-Politik will der Autor beschreiben, der als Mitarbeiter des derzeitigen Regierenden Bürgermeisters von Berlin tätig ist. Dazu fügt er vor allem interessant erscheinende Publikationen, meist auszugsweise zusammen, aus denen die deutsche Berlin-Politik, die der drei Schutzmächte und die Gegensätze »zu den Auffassungen des Ostblocks und Ost-Berlins« (S.11) deutlich werden sollen.

Nach einleitenden Worten skizziert der Autor zunächst knapp die historische Entwicklung in und um Berlin vom Kriegsende bis zum Jahr 1970. Dann behandelt er auf über einhundert Seiten die rechtliche Stellung Berlins und die politische Entwicklung seit dem Viermächteabkommen des Jahres 1971. Nach einem kurzen Blick auf die Rechtslage Berlins und auf die Regelungen des Viermächteabkommens gibt der Autor einen nahezu umfassenden Überblick über alle Passagen der seit dem Viermächteabkommen in Deutschland geschlossenen Verträge und Vereinbarungen, die Berlin betreffen. Problematisch erscheint, daß der Autor im Eifer des Gefechts selbst den Grundlagenvertrag, den Verkehrsvertrag und das Kulturabkommen unter die Ausführungsvereinbarungen zum Viermächteabkommen einordnet. Ähnliches wiederfährt auch einer ganzen Reihe weiterer innerdeutscher Absprachen. Nun ist sicherlich richtig, daß das Viermächteabkommen — zusammen mit dem Moskauer Vertrag — und insofern Berlin im Zentrum der ersten Phase der Entspannungspolitik stehen, etwas mehr begriffliche Präzision wäre dennoch wünschenswert. Positiv ist, daß der Autor den bislang umfassendsten Überblick über die Berlin betreffenden Regelungen in gut zwei dutzend Ost-West-Vereinbarungen gibt. Dies macht seine Publikation zu einer nützlichen einführenden und illustrierenden Arbeitshilfe für die politische Bildung. Der Darstellung dieser Regelungen folgen Skizzen der Berlin-Politik ausgewählter Staaten in Ost und West seit dem Viermächteabkommen, darunter der vier Signatarstaaten. Die weiteren Kapitel, die sich mit der Einbeziehung Berlins in Vereinbarungen der Bundesrepublik Deutschland, sowie mit seiner Stellung in der Europäischen Gemeinschaft und seinem Verhältnis zu den Vereinten Nationen befassen, sind jeweils nur wenige Seiten stark. Unter der Überschrift »Sonstige berlinpolitische Aspekte« trägt der Autor dann noch Vereinbarungen über S-Bahn, Verkehrswasserwirtschaft und Erdgas nach, die eigentlich ins Hauptkapitel der Arbeit gehören. Auf das Schlußwort folgen schließlich eine Berlin-Chronik, eine Rede des derzeitigen Regierenden Bürgermeisters und eine Antwort des SPD-Fraktionsvorsitzenden im Abgeordnetenhaus, ein Abkürzungsverzeichnis, ein überaus knappes und teilweise veraltetes Literaturverzeichnis sowie ein Auszug des Viermächteabkommens und einer der jährlichen Berichte des Senats über die Durchführung des Viermächteabkommens.

Allzu viel taucht doppelt oder dreifach in der vorliegenden Publikation auf: So wird die historische Entwicklung ein erstes Mal in der einleitenden Skizze, ein zweites Mal

natürlich in der weitgehend chronologisch angeordneten Darstellung der Regelungen, die Berlin in den einzelnen Vereinbarungen betreffen, und dann auch noch ein drittes Mal in der Berlin-Chronik 1945-1986 behandelt. Hier hätte man sich die ordnende Hand eines Lektors gewünscht, desgleichen bei der recht eigenwilligen Abfolge und ungleichgewichtigen Stärke der einzelnen Kapitel. Auch eine Angabe des Erscheinungsjahres im Impressum wäre nicht ungewöhnlich gewesen. Dennoch liegt trotz aller Mängel und mancher offenbleibender Wünsche — warum geht der Autor beispielsweise nicht auf die in und zwischen den Parteien in Berlin (West) laufende Debatte über die Perspektive der Stadt ein, die teilweise bereits zu Fragen nach einer Weiterentwicklung des Viermächteabkommens führt? — liegt mit Rainer Starks Publikation eine überaus nützliche, gerade für Zwecke der Einführung und der Illustration anhand konkreter Regelungen brauchbare, insbesondere für die politische Bildung empfehlenswerte Arbeitshilfe vor.

Hans Willi Weitzen (Berlin/West)

**Gélieu, Claudia von: Geschichte der Frauenbewegung erfahren.** Stadtrundfahrt in Berlin (West). DVK-Verlag, West-Berlin 1988 (82 S., br., 6,80 DM)

Stadtbesichtigungen gehören für Berlin-BesucherInnen fast zum Pflichtprogramm: alternative Bus- oder Schiffsrundfahrten, historische Spaziergänge und antifaschistische Rundgänge. Die Berolinensien füllen spätestens seit den 750-Jahrfeierlichkeiten die Regale und Abteilungen der Buchläden. Allerdings: Die »Fragen der lesenden Frau« finden in diesem unübersichtlichen Angebot nur unzureichende Beachtung. Eher zufällig und meist randständig wird die Geschichte der Frauen dieser Stadt gewürdigt.

Vor etwa einem Jahr boten die Berliner Jusos mit großem Erfolg anlässlich des Internationalen Frauentages erstmalig eine Stadtrundfahrt zur »Geschichte der Frauenbewegung« an. Die vorliegende Broschüre ist als begleitende Information für diese Rundfahrten gedacht, besitzt aber einen darüber hinausgehenden eigenständigen Charakter. In ihr kann man eine Menge über die Geschichte der Frauenbewegung in Berlin erfahren.

Für den Zeitraum von 1848 bis zur Zerschlagung des deutschen Faschismus wird hier ein Faden aufgerollt. Die Entstehung und Entwicklung von bürgerlicher wie proletarischer Frauenbewegung wird genauso nachvollziehbar wie der Anteil der Frauen an gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Vor diesem Hintergrund werden auch hervorragende Kämpferinnen vorgestellt: Die Gründerin des »Deutschen Vereins für das Frauenstimmrecht«, Minna Cauer, die antifaschistische Künstlerin Käthe Kollwitz und natürlich die Sozialistin und Antimilitaristin Rosa Luxemburg.

Breiten Raum nimmt die Darstellung des Kampfes um gleiches Recht auf Bildung ein. »Die Frau als Dienerin des Mannes, dies war das Frauenbild des Bürgertums im 19. Jahrhundert. Es bestimmte auch die Anforderung an die Bildung von Mädchen. (...) Ziel dieser Frauenbildung war die Hebung des Ansehens des Ehemannes und seine Unterhaltung. (...) Die Ergreifung eines standesgemäßen Berufes aber setzte eine höhere Bildung voraus, die den Frauen verwehrt war. (...) Die Beseitigung der Benachteiligung von Frauen im Bildungssystem, die Zulassung zu höheren Schulabschlüssen

und zum Studium wurden zum Hauptanliegen der bürgerlichen Frauenbewegung.« (16f.) Im Anschluß an ihre Feststellungen skizziert Claudia von Gélieu den Weg von der ersten Berliner Mädchenschule mit Gymnasialstufe sowie den ersten koedukativen Versuchen in der Weimarer Republik bis hin zu den mühsamen Kämpfen zur Erlangung des Rechtes auf universitäre Ausbildung, deren Erfolge im Faschismus zum Teil wieder zunichte gemacht wurden (16-23). Gesonderte Abschnitte sind den Lehrerinnen sowie dem 1866 gegründeten »Verein zur Förderung der Erwerbsfähigkeit des weiblichen Geschlechts« (später Lette-Verein) gewidmet (23-25).

Immer wieder werden Vereine und Organisationsformen zum Thema gemacht. Dabei belegt die Autorin u.a. den Klassencharakter des Preußischen Vereinsgesetzes (12f.). Der Bogen wird gespannt vom Demokratischen Frauenverein der 48er Frauen (10-12), über das Vertrauenspersonensystem der SPD sowie gewerkschaftliche Tätigkeit (34-37) bis zur NS-Frauenschaft (65f.) und den Frauen im antifaschistischen Widerstand (Frauen der Roten Kapelle 73, 75; Lilo Hermann 75f.). Bei dem Gang durch die Geschichte werden immer wieder die Wurzeln unserer heutigen Kämpfe sichtbar: der Kampf für Frieden (z.B. Frauen im Ersten Weltkrieg, 52; Frauen in der Novemberrevolution, 55-57), der Kampf um gleiche *politische* Rechte (neben schon genannten Kapiteln der Abschnitt über Frauen im Reichstag 57-59) oder der Kampf um selbstbestimmte Sexualität (z.B. Sexualberatungsstellen, Kampfausschuß gegen den § 218 usw., 59-63).

Trotz zeitlicher und thematischer Beschränkung kommt in dieser wichtigen Broschüre die Lebensvielfalt der Berliner Frauen während einer etwa 100jährigen Periode zum Ausdruck. Die Autorin leistet damit einen notwendigen Beitrag zur Erforschung der Spuren unserer Vorkämpferinnen und gibt hoffentlich nicht nur Ansporn zu Nachahmung in anderen Städten, sondern auch ein wenig Mut für unsere eigenen Kämpfe. Als abschließende Anregung für folgende Auflagen: Ergänzend zur umfangreichen Bibliographie könnte ein Register die schöpferische Weiterarbeit mit der Broschüre erleichtern. Ein Stadtplan mit den »Aktionsschwerpunkten« der Frauenbewegung wäre für diejenigen BesucherInnen hilfreich, die nicht die Gelegenheit erhalten, von der Autorin kenntnisreich begleitet zu werden.

Bettina Michalski (Berlin/West)

**Foitzik, Jan: Zwischen den Fronten.** Zur Politik, Organisation und Funktion linker politischer Kleinorganisationen im Widerstand 1933 bis 1939/40 unter besonderer Berücksichtigung des Exils. Verlag Neue Gesellschaft, Bonn 1986 (= Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung: Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 16) (364 S., br., 58,- DM)

Ehemalige Angehörige sozialistischer Splittergruppen spielten nach 1945 in der Sozialdemokratie und in den Gewerkschaften eine — bezogen auf die früheren Mitgliederzahlen dieser Gruppierungen — unverhältnismäßig große Rolle. Es genügt, die Namen von Otto Brenner, Willy Brandt, Willi Eichler und Fritz Erler zu nennen. Worin bestand nun das Besondere und das Gemeinsame der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP), der Kommunistischen Partei/Opposition (KPO), des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK), der Gruppe Neu Beginnen, der Roten Kämpfer, der

Trotzkisten und der Anarcho-Syndikalisten in ihrer Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus?

Jan Foitzik hat in seiner Dissertation die linken Kleinorganisationen im Widerstand und im Exil vor 1940 erstmals insgesamt untersucht. Wer schon einmal mit solchen Gruppierungen zu tun hatte, weiß, wie mühsam die Recherchen angesichts des disparaten Quellenmaterials sind. Dennoch ist es dem Verfasser gelungen, durch Auswertung von ungedruckten und gedruckten Materialien der betreffenden Organisationen, Verfolgerakten und intensiven, gezielten Befragungen ein erstaunlich dichtes und geschlossenes Bild zu zeichnen.

Nach der ein wenig umständlichen, problematisierenden Einleitung und einem Kapitel zur Ausgangslage der Kleinorganisationen am Ende der Weimarer Republik folgt eine konzentrierte, gehaltvolle Darstellung der Entwicklung der Widerstandstätigkeit, des Exils und der »politisch-strategischen Dimension der Widerstandsanleitung«. Das letzte Kapitel enthält neben einer organisationssoziologischen Analyse, für die rund 600 (im Anhang abgedruckte) Biographien ausgewertet wurden, Überlegungen zur politischen Funktion der Kleinorganisationen in der Arbeiterbewegung. Das soziale Rekrutierungsfeld lag — bei einem Facharbeiteranteil der Elternberufe zwischen 18 und 36 Prozent (Ausnahme: Rote Kämpfer mit 80 %) — schwerpunktmäßig oberhalb der Arbeiterschaft und des proletarischen Milieus. »Der sozialpsychologische Habitus zumindest der führenden Mitglieder ist durch das soziale Herkunftsmilieu und eine signifikant überdurchschnittliche Bildungssozialisation geprägt. Er wirkt sich individualpsychologisch in einer überdurchschnittlichen Motivations- und Ich-Stärke aus.« (239) Wird die Berufsposition nach 1945 mit der vor dem, in der Regel in jungen Jahren erfolgten, Eintritt in die Kleinorganisation verglichen, dann ist ein erheblicher sozialer Aufstieg festzustellen. In den — neben den akademischen Berufen — wichtigsten Bereichen des Journalismus und der Politik wird oft an die frühere politische Arbeit in den Kleinorganisationen angeknüpft. Als organisationsdestabilisierende bzw. wachstumshemmende Faktoren macht der Autor das Verhältnis von hoher sozialer und politischer Frustration, Professionalisierungstendenz und Leitungsstruktur sowie das unpolitische, aber nicht zu unterschätzende Bedürfnis nach Geborgenheit, Schutz und Kontakt als Teilnahmemotive aus.

Verglichen mit der Widerstandstätigkeit der Sozialdemokraten und Kommunisten, die erheblich voneinander abwich, wies die illegale Arbeit der Kleinorganisationen gegen das »Dritte Reich« viele konzeptionelle und praktische Gemeinsamkeiten auf. Dies verwundert weniger, wenn man sich vor Augen hält, daß schon vor 1933 in der Faschismus-Analyse, dem vergleichsweise realistischen Erkennen der Gefahr und der Orientierung auf die gesamtproletarische »Einheitsfront« wichtige Ähnlichkeiten bestanden. Die Bedeutung der Kleinorganisationen für den antifaschistischen Widerstand ergibt sich schon daraus, daß sie, die vor 1933 zusammen nicht einmal zwei Prozent der Mitgliedschaft von SPD und KPD erreichten, um die Mitte der 1930er Jahre etwa die Hälfte der schätzungsweise 20000 Angehörigen der sozialistischen Untergrundbewegung stellten. Der enorme Einsatz und die relative Leistungsfähigkeit der linkssozialistischen Widerstandsgruppen werden auch dadurch nicht in Frage gestellt, daß die

KPD stets die größte organisierte Kraft der linken Opposition war und das Regime in ihr durchgehend den innenpolitischen Hauptfeind sah.

Die Kleinorganisationen verfochten — so der Verfasser — durchaus dogmatische und elitäre Varianten des revolutionären Sozialismus, unterschieden sich aber durch größere Flexibilität im Denken und Handeln von den großen Parteien. Interessant ist zu sehen, wie sich — nicht bei allen Gruppen, aber bei der großen Mehrzahl ihrer Mitglieder — im Verlauf der praktischen politischen Lernprozesse im Untergrund und im Exil die ursprünglichen Doktrinen, zunächst unter der Hand, zu einem »demokratischen« und ideologisch offeneren Sozialismus wandelten. Während die früheren Verklammerungsbemühungen in der Arbeiterbewegung, endgültig 1939 mit dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt, vermeintlich hinfällig wurden, führte diese Entwicklung über die konzeptionellen Stationen sozialistische »Einheitspartei« und linkssozialistisch-sozialdemokratische »Konzentration« die Kleinorganisationen mehrheitlich in die Reihen der SPD. Diese wurde dadurch pluralistisch aufgelockert.

Jan Foitzik hat die erste umfassende Darstellung und Analyse des politischen Wirkens linker Splittergruppen in den Jahren 1933 bis 1939 vorgelegt. Regionalhistorische Ergänzungen sind möglich; denn es geht dem Autor nicht um eine vollständige Behandlung aller lokalen linkssozialistischen Widerstandszirkel, sondern um die Untersuchung von Zentralorganisationen. Er hat einen bedeutenden Beitrag zur Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung wie des antifaschistischen Widerstands geleistet. Besonders der Widerstandsforschung wird sein Buch in mancherlei Hinsicht auch als Nachschlagewerk dienen können.

Peter Brandt, (Berlin/West)

**Ditfurth, Jutta: Träumen Kämpfen Verwirklichen.** Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1988 (335 S., Abb., br., 19,80 DM)

Das Buch enthält Reden, Aufsätze und Interviews aus den Jahren 1978-87. Mitautoren verschiedener Beiträge sind Jan Kuhnert, Walter Oswald und Manfred Zieran. »Träumen Kämpfen Verwirklichen« umfaßt ein breites Spektrum von Themen. Einige Texte beschäftigen sich mit grundsätzlichen Fragen, von der Ökologie bis zur Friedenspolitik, vom Entwurf neuer Arbeits- und Lebensmodelle bis zum Verhältnis von Reformen und radikaler Gesellschaftsveränderung; in anderen Beiträgen geht es um enger umrissene Themen, wie den Abtreibungsparagrafen 218, die Konflikte in der Börner-Fischer-Koalition, den Tod von Günter Sare, um die Verleihung des Goethe-Preises an Ernst Jünger oder um die Situation von Sinti und Roma in der Bundesrepublik.

Ditfurths politische Überzeugungen stehen zu einem großen Teil in der Tradition eines undogmatischen, emanzipatorischen Sozialismus, die von Marx und Luxemburg bis Bloch und Dutschke reicht; sie grenzt sich entschieden gegen einen anpassungsbereiten Reformismus ab, ebenso gegen die autoritäre Politik kommunistischer Parteien und terroristische Aktionsformen.

Ihre Kritik ist fundamental insofern, als ihr nicht so sehr die Skandale und Katastrophen der gegenwärtigen Gesellschaft bedrohlich erscheinen, sondern der Normalzustand selbst. Sie kritisiert die Kurzsichtigkeit, mit der diese Gesellschaft Risiken

— von der Chemieproduktion über die Kernkraft bis zur Gentechnologie — eingeht, ohne sie auch nur annähernd zu überschauen. Sie hebt das selbstzerstörerische Potential einer Lebensform hervor, die immer mehr ihre natürlichen Grundlagen aufs Spiel setzt, die ihre militärische Selbstausschöpfung perfekt vorbereitet hat und die den Tod von Millionen Menschen als technologisches »Restrisiko« (oder auch »nur« als Preis des Autoverkehrs) in Kauf nimmt. Immer wieder wenden sich die Texte gegen die Vorstellung, »Sachzwänge« beherrschten die gesellschaftliche Entwicklung. Entscheidend für diese seien vielmehr die Interessen der wirtschaftlich Mächtigen; ihnen würden — selbst von sozialdemokratischen Regierungen — die Interessen der anderen gesellschaftlichen Gruppen letztlich untergeordnet. Auch die Technologieentwicklung sei kein autonomer Prozeß, sondern wesentlich von wirtschaftlichen und militärischen Vorgaben abhängig.

In der Ära eines perspektivlos scheinenden »Krisenmanagements« hat die grün-alternative Bewegung zumindest das Verdienst, radikal andere Lebensentwürfe zur Diskussion gestellt zu haben. Auch Jutta Ditfurth plädiert für neue gesellschaftliche Grundwerte, für ein Denken in langfristigen, komplexen Zusammenhängen, für eine Arbeitsorganisation und Technik, die den Bedürfnissen der Menschen untergeordnet ist, für ein Leben ohne Diskriminierung von Frauen oder sozialen Minderheiten. Entscheidende Voraussetzung solcher Veränderungen wären strikte Kontrolle und Transparenz wirtschaftlicher und staatlicher Macht. Die Autorin verweist auf die unmittelbaren Vorteile einer »radikaldemokratischen und radikalökologischen« Wende, auf das Vorhandensein ausgereifter technologischer Alternativen oder auf die möglich Schaffung von Arbeitsplätzen durch eine ökologisch orientierte Wirtschaftspolitik.

Ein Grundmotiv des Buches ist das Eintreten für Solidarität und Toleranz. Häufig setzen sich die Texte mit den autoritären Traditionen der deutschen Geschichte auseinander, mit der freiwilligen Zustimmung zu Krieg und Inhumanität, mit dem verbreiteten Unwissen gerade über wirtschaftliche Machtverhältnisse. Mit Blick auf die späten siebziger und achtziger Jahre in der Bundesrepublik formuliert Ditfurth provokante Thesen über den Ausbau des »Sicherheitsstaates«. Sie sieht die Gefahr, durch umfassende Ermächtigungen und die Gewöhnung an Übergriffe staatlicher Apparate könne sich eine Art technokratischer Polizei- und Überwachungsstaat herausbilden — gerade auch im Zusammenhang mit der Expansion der Datennetze und dem Übergang zur Plutoniumwirtschaft. Im Bereich der Außen- und Verteidigungspolitik tritt Ditfurth ein für einseitige Abrüstung, die Blockfreiheit der Bundesrepublik und die Entwicklung ziviler, waffenloser Formen des Widerstandes. Nicht solche Forderungen seien irrational, sondern vielmehr die Vorstellung, die Bundesrepublik werde einen atomaren Krieg überleben. Sie warnt vor einer Überschätzung der bisherigen Abrüstungsvereinbarungen; in der Tat läuft ja der Abbau der landgestützten Mittelstreckenraketen parallel zu einer Aufrüstung der (flexibleren und damit gefährlicheren) see- und luftgestützten Atomwaffen und der »Modernisierung« der Kurzstreckensysteme.

Die Perspektiven der Grünen sind ungewiß; die Gegensätze zwischen »realpolitischem« und »fundamentalistischem« Flügel scheinen kaum mehr überbrückbar. Ditfurth wirft den »Realpolitikern« vor, sie wollten durch eine Anpassung an etablierte

Politik Einfluß gewinnen. Es genüge aber nicht, die bestehenden Verhältnisse zu modernisieren, sie ökologischer oder »sozialverträglicher« zu gestalten. Der Verzicht auf radikale Alternativen mache vielmehr die Grünen überflüssig. Sie warnt auch vor einer Überschätzung der parlamentarischen Arbeit. So gut wie nie seien weitreichende Reformen aus Parlamenten initiiert worden. Wesentlich wichtiger als parlamentarische Mehrheiten oder eine Regierungsbeteiligung sei die Stärke der sozialen Bewegung. Der reale Einfluß der Grünen in der Opposition könne weitaus stärker sein als der einer Regierungspartei. Nachdrücklich grenzt sich Ditfurth von der SPD ab. Sie sieht in den entscheidenden Fragen nur relativ geringe Unterschiede zwischen SPD und CDU. Ditfurth erinnert an die Mitverantwortung der SPD für die Notstandsgesetze und die atomare Aufrüstung der siebziger Jahre, für die Einführung der Berufsverbote, den Ausbau der Sicherheitsapparate oder die Forcierung der Kernenergie. Von der Rüstungs- und Umweltpolitik bis zur Technologieentwicklung und der Kontrolle staatlicher und wirtschaftlicher Macht — in den zentralen Fragen seien die Widersprüche zwischen SPD und Grünen so groß, daß kaum mehr als eine punktuelle Zusammenarbeit in Frage komme. Eine Koalition mit der SPD sei nur sinnvoll, wenn tatsächlich wesentliche Forderungen der Grünen — wie der kurzfristige Ausstieg aus der Kernenergie — verwirklicht würden.

Offen bleibt, wie die entscheidenden Machtstrukturen in der Gesellschaft tatsächlich radikal verändert werden könnten. Wie soll wirtschaftliche Macht eingeschränkt oder auch nur effektiv kontrolliert werden? Wie sollen bürokratische und militärische Apparate abgebaut werden? Wo liegen die Grenzen außerparlamentarischer Aktionen? Auf diese Fragen einer langfristigen Strategie gibt das Buch ebensowenig eine Antwort wie das Programm der Grünen.

»Träumen Kämpfen Verwirklichen« ist als Kompendium radikal-grüner Politik lesenswert. Wenn, wie die Autorin meint, unsere Lebensweise vor dem materiellen und moralischen Bankrott steht, dann ist in der Tat nur noch die Utopie realistisch. »Träumen Kämpfen Verwirklichen« ist ein Appell zur Humanität, ein Appell an die Leserinnen und Leser, über ihre eigenen Interessen nachzudenken und für sie zu kämpfen.

Winfried Roth (Berlin/West)



Edgar Einermann/Matthias Kollatz (Hg.)

## TECHNOLOGIE- ENTWICKLUNG UND REFORMPOLITIK

Ein ökologisches Ein-Lesebuch

1988, 240 S., DM 19,80  
ISBN 3-924800-93-6

Texte zum Zusammenhang von Technologieentwicklung und Reformpolitik. Stichworte aus dem Inhalt: Demokratisierung des technologischen Wandels, Computer-Weltmodelle, Neue Technologien und "Dritte Welt", Rüstungskonversion, Bio- und Gentechnologie, Kommunikationstechnologien, Verdattung und Datenschutz, Mikroelektronik und Freizeit, Der Silicon-Valley-Mythos, Umweltvergiftung und Politik, Dezentrale Energiepolitik, Ökologische Abfallwirtschaft, Auto und Politik u. v. a. m.

Hans-Jürgen Lange

### BONN AM DRAHT

Politische Herrschaft in der  
technisierten Demokratie

April 1988, 180 Seiten, br., 16,80 DM  
ISBN 3-924800-92-8

Veränderte Kommunikationsstrukturen führen auch zu veränderten Entscheidungsstrukturen, so daß der Einsatz neuer Techniken eine politische Dimension erhält, die im vorliegenden Band untersucht wird.

Hans-Joachim Schabedoth/  
Ruth Weckenmann

### STRATEGIEN FÜR DIE ZUKUNFT

Neue Technologien zwischen  
Fortschrittserwartung und  
Gestaltungsauftrag

1988, 136 Seiten, br., 16,80 DM  
ISBN 3-924800-91-X

Die Autoren beleuchten und bewerten die Diskussion um eine veränderte Nutzungslogik beim Einsatz neuer Technologien in der Arbeitswelt in Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Modernisierungsstrategien (Späth, Glotz u. a.).



SP-Verlag  
Schüren  
Deutschhaus-  
straße 31  
3550 Marburg

**Bestellungen:**  
Direkt beim  
Verlag oder  
in jeder guten  
Buchhandlung

## Über die Autorinnen und Autoren

*Bach, Andreas*, geb. 1960; Student der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Mitglied der SPD, GEW, Mitglied des Landesausschusses der Jusos NRW

*Brandt, Peter*, geb. 1948; Historiker; Arbeitsgebiete: Geschichte der Arbeiterbewegung, Bürgertum und bürgerliche Umwälzung im 18. und 19. Jahrhundert, Mitglied im SB und in der ÖTV

*Heine, Michael*, geb. 1950; Dipl.-Volksw. und Dipl.-Pol., wiss. Mitarbeiter am Institut für Konzentrationsforschung und Arbeitsökonomie der FU Berlin. Mitglied der GEW

*Hofschen, Heinz-Gerd*, geb. 1949; wiss. Mitarbeiter am FB Weiterbildung der Univ. Bremen. Arbeitsgebiete: Geschichte und Theorie der Arbeiterbewegung, Wirtschaftspolitik. Mitglied in SPD, GEW, BdWI

*Jansen, Mechtild*, geb. 1952; 1975 bis 1978 Vorsitzende des SHB, 1978 Ausschluß aus der SPD, Mitglied der GEW und des Büros des »Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit«. Veröffentlichungen zu Fragen des demokratischen Kampfes, der Frauen- und Friedensbewegung in der BRD

*Kisker, Klaus Peter*, geb. 1932; Hochschullehrer für Volkswirtschaftslehre/Politische Ökonomie an der FU Berlin. Veröffentlichungen u.a.: *Wirtschaftswunder Berlin?* (Mithrsg., 1987); *Multinationale Konzerne* (1982). Mitglied in SPD, GEW sowie Mithrsg. der *spw*

*Jerch, Wolfgang*, geb. 1945; Dipl.-Volkswirt, Leiter der Wirtschaftsabteilung der Arbeitskammer des Saarlandes

*Maier, Jürgen*, geb. 1963. Bis 12/88 Mitglied im Bundesvorstand der Grünen

*Michalski, Bettina*, geb. 1955, Mitglied der SPD, GEW, VVN, SJD-Die Falken, Mitarbeiterin der SJD-Die Falken Berlin. Veröffentlichung: § 218 — *Die Reformruine* (1988)

*Schöler, Uli*, geb. 1953; Jurist, Doktorand. Mitglied in SPD und ÖTV

*Vater, Klaus*; Redakteur und Sprecher des Redaktionsausschusses des *Vorwärts*

*Wand, Kurt*, geb. 1944; wiss. Angestellter, Mitglied der IG Bau, Steine, Erden und des Kreisvorstandes der SPD Hamburg-Eimsbüttel

*Wehr, Andreas*, geb. 1954; Jurist. Mitglied des Fachausschusses I (Berlin, Deutschland, Internat.) beim LV der Berliner SPD. Mitglied in SPD, HBV, AWO sowie Redakteur und Geschäftsführer der *spw*. Veröffentlichungen u.a.: *Herforder Thesen* (Mitautor, 1980)

*Weinzen, Hans Willi*, geb. 1953; Dr.rer.pol., tätig in der politischen Bildung. Mitglied des Fachausschusses I (Berlin, Deutschland, Internat.) des LV der Berliner SPD. Veröffentlichungen u.a.: *Gewerkschaften und Sozialismus* (1982); *Viktor Agartz — Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft* (1985). Mitglied der *spw*-Redaktion

*Zellner, Wolfgang*, geb. 1953; Dipl.-Soz. Arbeitsgebiete: Sicherheitspolitik und Strategien der Friedensbewegung. Mitglied in SPD und GEW

## **Bestehende Rechte nutzen nur dem, der sie kennt!**

Die in Berlin seit Jahrzehnten geltende Mietpreisbindung für Altbauten wurde zum 1.1.1988 aufgehoben. Die Rechtslage für die Berliner Altbaummieter ist damit komplizierter und ungünstiger geworden.

Das Buch „Berliner Altbaumietpreisrecht“ von Frank Maciejewski stellt unter Berücksichtigung der maßgeblichen Rechtsprechung

u. a. folgende Bereiche des Altbaumietpreisrechts vor:

- Mietzinsfestsetzung bei Vertragsabschluß
- Erhöhung der Kaltmiete nach dem Berliner Mietspiegel
- Abwälzung der Betriebskosten
- Mieterhöhung nach Modernisierung
- Mieterhöhung wegen gestiegener Kapitalkosten
- Kündigung aus Anlaß der Mieterhöhung

Das Buch will den im Berliner Altbau wohnenden Mietern Hilfestellung leisten bei Auseinandersetzungen um Mietzins und Miethöhe. Die zahlreichen Rechtsprechungs zitrate sollen den mit miethpreisrechtlichen Fragen befaßten Juristen die Arbeit erleichtern.

Zu beziehen über den Buchhandel oder über den DVK-Verlag,  
Gielower Straße 32, 1000 Berlin 47, Telefon 601 72 92  
zum Preis von 12,80 DM. 170 Seiten.

ISBN 3-89110-003-5



**Weinzen, Hans Willi (Hrsg.): Viktor Agartz.**

Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft – Wirtschaftspolitische  
und andere Schriften von Viktor Agartz.

az-Verlag, Verlag der anderen Zeitung, Frankfurt 1985, 239 S., br.

Hans Willi Weinzens Buch markiert einen bisherigen Höhepunkt der Versuche, Viktor Agartz wieder ins Gedächtnis zu rufen. Im ersten Teil des Buches stellt Weinzen zunächst eine große Anzahl interessanter biographischer Aspekte zur Person von Viktor Agartz zusammen, die um seine familiäre Herkunft, seine Tätigkeit in der Konsumgenossenschaft, der SPD und der Gewerkschaften gruppiert sind. (...)

In einem zweiten Abschnitt versucht Weinzen dann die Konzeption von Agartz zur wirtschaftspolitischen Neuordnung nach 1945 aufzuzeigen. Weinzen führt den theoretischen Hintergrund bei Agartz auf die Einflüsse von Hilferding, Naphtalie und Lenin zurück, die dieser sich in den Vorkriegsjahren angeeignet hat und auch nach 1945 in praktische Politik umzusetzen versucht. Das Scheitern dieser Wirtschaftsneuordnung und damit auch der Agartzschen Politik stellt Weinzen in den Zusammenhang der „politischen, wirtschaftlichen und sozialen Situation der späten vierziger und frühen fünfziger Jahre“. (...)

Im dritten Abschnitt gibt Weinzen einen „ausführlichen Literaturüberblick“, der eine kritische Kommentierung von Arbeiten zum Werk und Wirken von Agartz enthält. Auf den knapp 15 Seiten dieses Abschnittes gelingt es ihm, den derzeitigen Diskussionsstand in seinen wichtigsten Zügen aufzuzeigen. (...)

Das zweite Hauptkapitel enthält 23 Beiträge von Agartz, die dieser zu so verschiedenen Anlässen wie z.B. Gewerkschaftstagen, Landtagsdebatten oder zur Würdigung Hans Böcklers öffentlich gemacht hat. Weinzen hat die von ihm ausgewählten Arbeiten in sieben Bereiche gliedert: Partei, Gewerkschaft, Genossenschaft, Sozialisierung, Planung und Staat, Mitbestimmung. Die diesen Stichworten zugeordneten Beiträge sind chronologisch angeordnet und erstrecken sich über einen Zeitraum von 1924 (Ko-Referat auf dem Reichsparteitag der SPD) bis 1959 (Auseinandersetzung mit der SPD). (...)

Der letzte Teil des Buches enthält den derzeit vollständigsten Überblick über das Werk von Viktor Agartz. (...)

Insgesamt hat Hans Willi Weinzen mit seinem Buch einen weiteren, sehr wertvollen Baustein für eine Auseinandersetzung mit Agartz geliefert. Jeder, der sich mit westdeutscher Nachkriegsgeschichte beschäftigen will, wird ohne dieses Buch nicht auskommen können, denn diese ist untrennbar mit dem Namen „Agartz“ verbunden. Seine Lektüre zwingt den Leser zu erkennen, daß Nachkriegsgeschichte Politik und Politik Auseinandersetzung bedeutet, die auf jenen politisch-ökonomischen Feldern stattfindet, die heute wie damals aktuell sind, z.B. Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes, des Beschäftigungs- und Arbeitsförderungsgesetzes etc. Die Bemühungen um programmatische Weiterentwicklung in SPD und DGB signalisieren auch heute wieder Krise und Chance zugleich. Hans Willi Weinzen nährt mit diesem wichtigen und aktuellen Buch sicherlich eher die Hoffnung auf Chancen politisch-ökonomischer Emanzipation als auf ein 'neues Wirtschaftswunder'.

*Josef Hülsdünker (Münster)*

Aus: Das Argument, Rezensionenbeihft  
zum Kritischen Wörterbuch des Marxismus, 27. Jg., 12/1985

SPW

Graefestraße 71

1000 Berlin 61

Postvertriebsstück

Gebühr bezahlt

Herausgegeben  
von D. Albers  
F. Heidenreich  
H. Lienker  
K. Neumann

# Marxismus der Zukunft



Chaplin in: "Modern Times"

Mit  
Beiträgen von  
Diether Dehm  
Joachim Ebert  
Jürgen Egert  
Katrin Fuchs  
Frigga Haug  
Jürgen Herter  
Hans Janßen  
Michael Krätke  
Manfred Muster  
Heinke Salisch  
Andreas Westphal

Grundlagen für das neue Programm der SPD

spw

ISBN 3-922489-11-7

17,50 DM

Bestellung: spw-Vertrieb · Graefestraße 71 · 1000 Berlin 61